

Asylantrag abgewiesen?
Kein Problem, S. 2



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 48 - 1. Dezember 2017

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

**Asylantrag abgewiesen?
Kein Problem**
Der Rechtsweg führt wahrscheinlich sicher zum Ziel **2**

Deutschland

**Zugemauerte
Adventsfreude**
Weihnachtsmärkte werden zu Hochsicherheitszonen **3**

Hintergrund

Rückkehr ins Mittelalter
Für viele Moslems ist die brutale Scharia unverzichtbarer Teil ihres Glaubens **4**

Preußen / Berlin

Kahlschlag in der Lausitz
Was der Kohleausstieg für Südbrandenburg bedeuten würde **5**

Ausland

**Libanon: Rätselfragen um
Hariris Rücktritt**
Zweifel an der Freiwilligkeit **6**

Kultur

Friedrichs Zauberschloss
Wiedereröffnung der Staatsoper Unter den Linden **9**

Geschichte

**Leben mit dem zweiten
Herz**
Die erste Verpflanzung **11**



Auch bald vorbei? Wachbataillon mit Barettabzeichen nach historischem Vorbild und Karabinern aus Beständen der Wehrmacht

JAN HEITMANN:

Vergiftetes Lob

Der 24. April 1998 war ein denkwürdiger Tag. Zum einen, weil es der Fraktion der Linkspartei (PDS) ein einziges Mal gelang, einen eigenen Änderungsantrag zu einer zuvor interfraktionell abgestimmten Bundestagsentschließung durchzubringen, und zum anderen, weil das Parlament mit der von ihm beschlossenen Pauschalverurteilung aller Angehörigen der im spanischen Bürgerkrieg eingesetzten Legion Condor den Bildersturm auf alles, was irgendwie nach Wehrmacht riecht, auslöste. Das, was damals begann, ist jetzt unter der Ägide von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit dem Entwurf des neuen Traditionserlasses der Bundeswehr kodifiziert worden (siehe Bericht unten).

Womit die Linken allerdings nicht gerechnet haben dürften, ist, dass der Bannstrahl nun auch die DDR-NVA getroffen hat. Plötzlich sind deren Angehörige mit den Wehrmachtsoldaten gleichgestellt, zumindest, was die Feststellung ihrer Traditionsunwürdigkeit angeht. Das ist insofern pikant, als dass noch immer ehemalige NVA-Soldaten in der Bundeswehr dienen. Viele von ihnen haben Erinnerungstücke an ihr früheres militärisches Leben in ihrem Dienstzimmer. Künftig jedoch ist die „Aus schmückung von Diensträumen mit Exponaten und Darstellungen“ auch der NVA oder ihrer Angehörigen verboten. Für die davon Betroffenen dürften die Worte des an den Beratungen zu dem Erlass beteiligten Bundeswehrgenerals a.D. Werner von Scheven, „die „Kameraden der früheren NVA“ hätten sich durch „große Loyalität und Kooperationsbereitschaft“ ausgezeichnet, obwohl sie die „Bindung an Rechtsstaat und Demokratie“ hätten erst lernen müssen, wie ein vergiftetes Lob klingen.

Demokratie wagen

Statt neuer »Groko«: Stimmen für eine Minderheitsregierung werden lauter

Nicht nur Dänemark, auch die USA zeigen: Es ist kein Unglück, wenn die Regierung ihre Mehrheiten von Fall zu Fall suchen muss.

Nach dem Scheitern von Schwarz-Gelb-Grün scheint alles auf eine Neuauflage von Schwarz-Rot hinzudeuten, auch wenn die SPD noch zögert. Eine weitere „Groko“ sei unausweichlich, um Stabilität zu garantieren, heißt es zur Begründung. Eine Minderheitsregierung der Union, welche sich von Fall zu Fall neue Mehrheiten im Parlament zu suchen hätte, gefährde die innere Festigkeit Deutschlands und seine außenpolitische Berechenbarkeit.

Der Einwand, ein stabiles Land wie Dänemark lebe seit Langem sehr gut mit solchen Minderheitsregierungen, wird vom Tisch gewischt mit dem Argument, dem Königreich komme längst nicht

die europäische und internationale Bedeutung zu wie Deutschland. Wegen ihrer weit größeren Verantwortung müsse die Regierung der Bundesrepublik dagegen stets auf eine stabile parlamentarische Mehrheit gegründet sein.

Dieser Einwand zerschellt indes schon am Beispiel der USA. Dort verfügt die Partei des Präsidenten oft nur über die Mehrheit in einem der beiden Parliamentshäuser. Zudem gebärden sich die US-Parlamentarier weit unabhängiger von ihrer Parteilinie als ihre deutschen Kollegen. Die Folge ist, dass sich US-Präsidenten sehr häufig ihre Mehrheit im Parlament mühsam zusammensuchen müssen. Die Stellung der Vereinigten Staaten als bedeu-

tendste Weltmacht hat darunter aber ebenso wenig gelitten wie ihr Aufstieg in diesen Spitzenrang.

Daher sehen zahlreiche Beobachter in einer Minderheitsregierung weit mehr Chancen als Risiken für die deutsche Demokratie. Wenn die Regierung zu

jeder Abstimmung um Zustimmung erst werben müsste, würde das Parlament – in den vergangenen vier Jahren zur Staffage vermenthäuser. Zudem gebärden sich die einzelnen Parteien nicht mehr hinter Koalitionskompromissen verstecken. Sie müssten ihr Abstimmungsverhalten Punkt für Punkt direkt vor dem Wähler rechtfertigen.

Ein „Durchregieren“, wie es Deutschland unter Merkel zuletzt

erlebt hat, wäre nicht mehr möglich. Daran dürfte es liegen, dass aus dem Kanzleramt heraus nun so gezielt auf einen neue „Groko“ zugesteuert wird.

Die Argumentation der Befürworter einer Minderheitsregierung lautet zusammengefasst: Nichts ist „stabiler“ und „zuverlässiger“ als eine Diktatur. Wer Demokratie will, muss ein gewisses Maß an Unvorhersehbarkeit nicht nur hinnehmen, sondern sogar ausdrücklich begrüßen. So käme frischer Wind in einen Bundestag, der damit endlich wieder ein eigenes Gewicht entwickeln könne. Es wäre das Gewicht des Volkes, das den Bundestag gewählt hat.

Eine weitere „Groko“ mutet dagegen an wie ängstliches Erstarren: Man wagt die lebendige Demokratie nicht und flüchtet sich vor ihr zurück in eine abgewählte Koalition.

Kanzlerin dagegen:
»Durchregieren«
ginge nicht mehr

Leistung muss in die
Gegenwart wirken

oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt, etwa die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen das NS-Regime oder besondere Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr“. Auch dem untadeligsten Wehrmachtsoldaten ist also „die Aufnahme in das Traditionsgut der Bundeswehr“ verwehrt,

Können im Gefecht allein nicht mehr traditionsstiftend

Neuer Traditionserlass der Bundeswehr zieht klare Trennlinie zu Wehrmacht und Nationaler Volksarmee

Das Bundesverteidigungsministerium hat nach einer Reihe sogenannter, teilweise ressortübergreifender, Workshops den Entwurf des neuen Traditionserlasses für die Bundeswehr fertiggestellt. Zwar ging es laut Vizeadmiral Joachim Rühle, Stellvertreter des Generalinspektors, bei der Überarbeitung des mittlerweile 35 Jahre alten Erlasses nicht um eine „radikale Neuschreibung“, sondern um eine „sinnvolle Weiterentwicklung“, doch folgt das Dokument der von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorgegebenen Direktive, zu „nicht traditionswürdigen Kapiteln, Ereignissen und Personen“ eine klare Trennlinie zu ziehen.

Soldatische Tugenden wie Tapferkeit, Ritterlichkeit und Pflichterfüllung und sogar Beispiele herausragender Truppenführung dürfen auch weiterhin „in der Bundeswehr Anerkennung finden“. Allerdings sind sie „immer im historischen Zusammenhang zu bewerten und nicht zu trennen von den politischen Zielen, denen sie dienen“. „Handwerkliches Können im Gefecht“ soll allein nicht mehr reichen, um sinn- und traditionsstiftend zu sein.

Die Trennung von nunmehr nicht traditionswürdigem betrifft zuallererst die Wehrmacht, die in dem Vorgängererlass von 1982 noch gar nicht explizit erwähnt worden war. So heißt es jetzt: „Die

Wehrmacht diene dem nationalsozialistischen Unrechtsregime und war in dessen Verbrechen schuldhaft verstrickt, die in ihrem Ausmaß, in ihrem Schrecken und im Grad ihrer staatlichen Organisation einzigartig in der Geschichte sind.“ Und weiter: „Der verbrecherische NS-Staat kann Tradition nicht begründen. Für die Streitkräfte eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates ist die Wehrmacht als Institution nicht sinnstiftend. Gleiches gilt für ihre Truppenverbände, Organisationen, Militärverwaltung und den Rüstungsbereich.“ Immerhin gesteht

der Erlass Einzelpersonen zu, traditionswürdig für die Bundeswehr zu sein. Voraussetzung dafür ist „immer eine sorgfältige Einzelfallbetrachtung und Abwägung, die die Frage persönlicher Schuld einschließt sowie eine Leistung zur Bedingung macht, die vorbildlich

wenn er weder dem Widerstand angehört noch später in der Bundeswehr gedient hat, um auf diese Weise seine demokratische Gesinnung unter Beweis zu stellen.

Mit dem neuen Erlass hängt auch der Nationalen Volksarmee der DDR der Makel fehlender Traditionswürdigkeit an. Dazu heißt es: „Die NVA wurde von der SED geführt, handelte im Sinne ihrer Politik und trug maßgeblich zu ihrer Herrschaftssicherung bei.“ Später folgt dann die deutliche Distanzierung: „Auch die NVA begründet als Institution keine Tradition der Bundeswehr. Als Hauptwaffenträger der Partei-Diktatur der SED war sie fest in die Staatsideologie der DDR eingebun-

den und wesentlicher Garant für die Sicherung ihres politisch-gesellschaftlichen Systems.“ Was für die Traditionswürdigkeit einzelner NVA-Angehöriger gilt, ist bekannt: Einzelfallprüfung und die nachgewiesene Auflehnung gegen die SED-Herrschaft oder Verdienste um die „Armee der Einheit“.

Was der Bundeswehr bleibt, ist also vor allem ihre eigene Geschichte. Diese bietet nämlich laut Erlass „einen breiten Fundus, um Tradition zu stiften“. Diese Geschichte „zu würdigen und zu entfalten“ ist demnach Aufgabe aller Bundeswehrangehörigen. Denn daraus gewinne „das Selbstverständnis unserer Bundeswehr Sinn und Stolz“.

Jan Heitmann

MELDUNGEN

Stiftung bittet um Fluchtberichte

Berlin – Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ruft zur Sammlung von Zeitzeugenberichten auf. Gesucht werden Fluchtberichte und Lebensgeschichten von Vertriebenen und Flüchtlingen für das Archiv des künftigen Dokumentationszentrums in Berlin. Dort werden sie dauerhaft aufbewahrt. Zeitzeugenberichte vermitteln auf besondere Weise die tiefgreifenden und langfristigen Auswirkungen von Zwangsmigration auf das Leben eines Einzelnen, begründet die Stiftung ihren Aufruf. Auftrag der Stiftung sei es, dazu beizutragen, dass diese Geschichten nicht vergessen werden. Neben schriftlichen Berichten über Flucht und Neuanfang sucht die Stiftung Tagebücher, Briefe, Fotos, Zeichnungen, Ausweise und sonstige Dokumente. Der Aufruf richtet sich an alle Menschen, die selbst oder deren Familien Flucht und Vertreibung erlebt haben, beispielsweise Flüchtlinge der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren, deutsche Vertriebene aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Kinder und Enkel, oder heutige Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten. Die Stiftung bittet um Nachrichten und Zusendungen bis zum 20. Dezember. Kontakt: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Mauerstraße 83/84; 10117 Berlin, E-Mail: geschichten@sfvv.de, Telefon 0049 (0)30 206 29 98-23. Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung realisiert im Auftrag der Bundesregierung derzeit am Anhalter Bahnhof in Berlin ein Dokumentationszentrum zum Thema Flucht und Vertreibung weltweit. Dazu zählt die Geschichte von Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Heimatverlust sei, so die Stiftung, eine universelle Erfahrung, auch heute seien unzählige Menschen davon betroffen. In diesem Kontext bietet die Stiftung mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Recherchemöglichkeiten ein „Forum für historisches Lernen“. J.H.

Gedenkkränze konfisziert

Heidelberg – Aufgrund des Verdachts, sie könnten von Anhängern rechter Gruppen stammen, hat die Stadt Heidelberg drei Gedenkkränze entfernen lassen und konfisziert, die am Volkstrauertag am Ehrenmal auf dem Ehrenfriedhof der Stadt niedergelegt worden waren. Die Stifter der Kränze, die „Identitäre Bewegung“ (IB), eine Gruppierung namens „Der Marsch 2017“ und ein Privatmann wendeten sich daraufhin an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, um die Begründung für die Entfernung zu erfahren. Wie der Volksbund erfuhr, beruft sich die Stadt darauf, dass im Vorfeld eine Genehmigung weder beantragt noch erteilt worden sei. Die Verwaltung stelle es den Stiftern frei, die Kränze abzuholen. Volker Schütze, Geschäftsführer des Volksbundes Nordbaden, erklärte hierzu: „Da wir seitens des Volksbundes keinen Missbrauch des Gedenkens durch die rechte Szene wollen, tragen wir das Vorgehen der Stadt Heidelberg mit.“ Der Privatmann, der einen der drei Kränze gestiftet hatte, hat bekräftigt, dass auf den Gedenkkränzen keine verfassungsfeindlichen Symbole gewesen seien. Die Behauptung, er stehe mit der Partei „Die Rechte“ in Verbindung, weist der Mann vehement zurück. H.H.

Jede Menge Anlass zur Klage

Asylantrag abgewiesen? Kein Problem, der Rechtsweg führt wahrscheinlich sicher ins gelobte Deutschland

Derzeit sind an den Verwaltungsgerichten über 320 000 Klagen in Asyl- und Aufenthaltssachen anhängig. Damit hat sich ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr vervielfacht. Wie beim großen Asyl-Ansturm im Jahr 2015 gibt sich auch hier die Politik überrascht von der Klagewelle. Dabei war von vornherein abzusehen, dass die meisten Einwanderer nach der von ihnen in Kauf genommenen strapaziösen Odyssee gen Deutschland nicht einfach sang- und klanglos wieder ausreisen, nur, weil ihnen das zuständige Bundesamt einen ablehnenden Bescheid zugestellt hat.

Als 2015 die Masseneinwanderung in die Bundesrepublik mit fast einer Million Immigranten ihren vorläufigen Zenit erreichte, wurde vielen Deutschen das massive Staatsversagen offenbar. Während überall im Land Turnhallen und andere Räumlichkeiten zu provisorischen Notunterkünften zweckentfremdet wurden, bemühten sich die Politiker der Regierung und anderer Altparteien das Ausmaß der Krise schönzureden.

Zwar wurde gleichzeitig bei der Erstversorgung des Millionenheeres Erstaunliches geleistet. Auch hat sich die Zahl der nach Deutschland drängenden Menschen zwischenzeitlich reduziert, doch damit ist noch keines der grundlegenden Folgeprobleme des bisherigen Zustroms gelöst. Schon von Beginn an war das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit dem Zulauf personell überfordert. Trotz des großen Andrangs legte man Wert darauf, die Verwaltungsverfahren entsprechend den formalen Vorgaben korrekt abzuwickeln. Die dabei an den Tag gelegte Pedanterie war nicht immer leicht nachzuvollziehen, denn auch Personen, denen man schließlich keinen Schutzstatus zubilligte, laufen kaum Gefahr aus Deutschland abgeschoben zu werden. Dennoch versuchen viele der ausländischen Antragsteller ihre Rechtsposition soweit als möglich zu verbessern und klagen zu diesem Zweck vor den deutschen Verwaltungsgerichten.



320 000 Menschenschicksale in Gerichtsakten: Bis sie bearbeitet sind, haben manche der Kläger schon die Staatsbürgerschaft erhalten

Bild: Imago

Es geht ihnen nicht immer nur darum, generell eine Aufenthaltsberechtigung für das Bundesgebiet zu erlangen. Viele Antragsteller streben einen möglichst sicheren Rechtsstatus an. Insbesondere Personen, denen aufgrund einer Kriegssituation in ihrem Herkunftsland bislang nur subsidiärer Schutz gewährt wurde, klagen auf Anerkennung als Asylberechtigter oder zumindest um eine Anerkennung als Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention. Grund dafür ist, dass es mit diesem Titel besonders einfach ist, seine Familienmitglieder aus der Heimat nachzuholen.

Die Entscheidung, vor Gericht zu ziehen, fällt nicht besonders schwer: Die Inanspruchnahme des Rechtsweges ist für die Betroffenen in der Regel kostenfrei,

Rechtsberatung gibt es bei ProAsyl

wenn ein Verfahren hinreichende Aussichten auf Erfolg hat. Soweit das der Fall ist, zahlt der Staat über die Gewährung von Prozesskostenhilfe die Gebühren für Anwälte und Gerichte. Dennoch ist dies eher die Ausnahme. Zumeist

wird abgelehnten Asylsuchenden von Organisationen, wie etwa der Caritas oder der Diakonie, eine kostenlose Rechtsberatung angeboten. Hier bekommen die Betroffenen auch wichtige Tipps, wie sie sich in einem künftigen Strafverfahren verhalten sollen, wenn sie den deutschen Behörden zuvor gefälschte Dokumente vorgelegt oder andere Delikte begangen haben. Der Verein ProAsyl unterhält gar einen eigenen Rechtshilfefonds, der Klagen von solchen Asylsuchenden finanziell unterstützt, die ihren Prozess nicht aus anderen Quellen finanzieren können.

Asylsucher gegen Obdachlose

Die Masseneinwanderung in die Sozialsysteme verschärft den Kampf um bezahlbare Wohnungen



Die deutsche Volkswirtschaft kann gar nicht so schnell neuen Wohnraum schaffen, wie die Politik neue Wohnungssuchende ins Land lässt: Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Hamburg

nachholen, ohne für deren Versorgung oder Unterbringung selbst sorgen zu können. Die Sorgen um die Verwandten im Bürgerkriegsland Syrien würden einer Integration der hier lebenden Syrer im Weg stehen, argumentieren die

Grünen. Nur, der Bürgerkrieg in Syrien ist mittlerweile so gut wie beendet und von deutschstämmigen Aussiedlern hat die Regierung auch verlangt, sich zu integrieren, wenn noch die Hälfte der Familie im Herkunftsland war, weil ihr

wegen mangelnder Sprachkenntnisse eine Einreise verwehrt wurde. Viele Russlanddeutsche leben heute noch getrennt von ihren Angehörigen, denen oft nur der Zugang ins Königsgelände für eine Familienzusammenführung

Insgesamt kommt diesen Organisationen eine Schlüsselstellung zu, wenn es darum geht, über den Verwaltungs- und Gerichtsweg möglichst vielen Asylsuchenden erfolgreich zu einem dauerhaften Bleiberecht zu verhelfen, denn die meisten Antragsteller verfügen kaum über die notwendigen Kenntnisse der deutschen Sprache oder des hiesigen Rechtssystems, um alleine den langen Weg durch die Instanzen antreten zu können. Sozusagen mit deutscher Effizienz leisten Caritas, ProAsyl und andere Vertreter einer grenzenlosen Willkommenskultur dabei ganze Arbeit. Derzeit sind an deutschen Verwaltungsgerichten über 320 000 Klagen in Asyl- und Aufenthaltssachen anhängig.

Zwar werden zurzeit vereinzelt zusätzliche Richter eingestellt, doch die Zahl reicht bei weitem nicht aus, um den riesigen Arbeitsanfall einigermaßen zeitnah und mit der gebührenden Sorgfalt zu bewältigen. Dabei ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, dass die politisch verantwortlichen Entscheidungsträger absichtlich auf Zeit spielen. Mit der zunehmenden Dauer aufenthaltsrechtlicher Verfahren gewinnen nämlich bei der letztlich zu treffenden Entscheidung solche Aspekte eine stärkere Bedeutung, die bei der ursprünglichen Antragstellung noch gar nicht vorlagen. So kann beispielsweise die Abschiebung einer sechsköpfigen zunächst nur geduldeten afghanischen Familie plötzlich nicht mehr durchgeführt werden, nur weil nach vier Jahren Aufenthalt die mittlerweile 16-jährige Tochter in Deutschland eine Ausbildung aufgenommen hat. Nicht selten kommt es sogar vor, dass ein Asylverfahren nach mehreren Jahren ohne eine Entscheidung einfach eingestellt wird, weil der Kläger zwischenzeitlich die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hat. Das geht über eine sogenannte Ermessenseinbürgerung der zuständigen Behörden im Gegensatz zur Anspruchs-einbürgerung oft sehr viel schneller als viele meinen. Dirk Pelster

auf Distanz bleibt. Dabei handelt es sich hier um deutsche Staatsbürger.

Die unbegrenzte Zuwanderung hat die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt noch verschärft. Vor allem jene, die ganz unten stehen auf der sozialen Skala, die Obdachlosen, haben dies zu spüren bekommen. Viele sozial Schwache wurden infolge der Zuwanderung erst zu Obdachlosen, weil sie sich die infolge der Zuwanderung galoppierenden Mieten nicht mehr leisten konnten. In Ludwigshafen mussten in den vergangenen Jahren zahlreiche Sozialhilfeempfänger ihre Wohnungen verlassen, in denen sie teilweise schon über 30 Jahre gelebt hatten. Dies war in vielen anderen Städten und Kommunen auch der Fall. Sie wurden in ein Obdachlosenheim umgesiedelt, um einem Neubauprojekt für Asylsucher Platz zu machen.

Während die Asylsucher bei Angela Merkel und auch bei den Grünen eine starke Lobby haben, die bis hin zu einer Regierungsverweigerung im Falle einer Ablehnung des Familiennachzugs geht, haben Obdachlose niemanden, der von ihrer Wohnraumversorgung eine Regierungsbeteiligung abhängig macht. Bodo Bost

Zugemauerte Adventsfreude

Angst vor islamischem Terror – Weihnachtsmärkte werden zu Hochsicherheitszonen mit Betonpollern

Nur gut ein Jahr, nachdem ein tunesischer Terrorist einen schweren Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt verübte, wächst die Angst vor neuen Terroraktionen in der Vorweihnachtszeit.

In Washington hat erst vor Kurzem das Außenministerium die US-Bürger vor einer erhöhten Terrorgefahr zu Weihnachten und Silvester in Europa gewarnt. In einer Mitteilung wies die Behörde auf „Terrorismpathisanten“ oder „sich selbst radikalisierte Extremisten“ hin, die ohne Vorwarnung zuschlagen könnten. Die Warnung nannte als Beispiel ausdrücklich den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt.

Am 19. Dezember 2016 war ein radikaler Tunesier mit einem gekaperten Lastwagen über den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz gerast und hatte dabei zwölf Menschen getötet. Weitere 70 Personen erlitten teilweise schwerste Verletzungen.

Eine kürzlich durchgeführte Razzia in mehreren deutschen Städten scheint die Terrorbefürchtungen zu bestätigen. Nach Durchsuchungen in Kassel, Hannover, Essen und Leipzig nahm die Polizei sechs Syrer fest, die als Asylbewerber nach Deutschland eingereist waren. Als mögliches Anschlagziel der Syrer nannte der Hessische Rundfunk ein Einkaufszentrum und den Weihnachtsmarkt in Essen. Aus Sicht der Ermittler haben sich die Hinweise auf eine Mitgliedschaft in der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) nicht erhärtet, dennoch werden bei den Syrern Bezüge zum Islamischen Staat gesehen.

Der Fall zeigt, in welchem Dilemma die deutschen Sicherheitsbehörden stecken: Ausgangspunkt der Ermittlungen waren offenbar keine eigenen Erkenntnisse der Behörden, sondern Hinweise anderer Asylbewerber. Da kein dringender Tatverdacht gesehen wurde, hat die Staatsanwaltschaft die Verdächtigen mittlerweile wieder auf freien Fuß gesetzt. Für die deutschen Behör-



Neue Mauern in Berlin: Der Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche wird dieses Jahr mit Betonsperren geschützt

Bild: action press

den wird es allerdings immer schwieriger, die hohe Zahl von radikalen Moslems unter Kontrolle zu behalten.

Erst vor wenigen Wochen kam heraus, dass ein mit elektronischer Fußfessel überwachter islamischer Gefährder in Hamburg in ein Flugzeug steigen und ins Ausland reisen konnte. Die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder konnte danach über mehrere Stunden keine Signale von der Fußfessel des 35-jährigen Syriers empfangen. Geortet hat man den Gefährder erst wieder am Flughafen Athen.

Stichprobenartige Kontrollen an deutschen Flughäfen ergaben zudem, dass es mit Hilfe gefälschter Pässe immer öfter zu illegalen Einreisen aus Griechenland kommt. Wie Zeitungen der Funke-Mediengruppe unter Berufung auf das Bundesinnenministerium berichten, wurden allein im laufenden Jahr mehr als 1000 solcher illegalen Einreisen registriert.

Bemerkenswert ist auch eine Warnung, die von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu hören war. Der Minister sprach davon, die Gefahr terroristischer Anschläge sei „unvermindert hoch“. De Maizière wies in diesem Zusammenhang auf das Risiko hin, „dass sich auch Terroristen unter die Flüchtlinge gemischt haben könnten“.

700 Islamisten stehen für Anschlägen bereit

Das Bundeskriminalamt baut zur Abwehr solcher Gefahren deshalb eine neue Abteilung Terrorismus (TE) auf. Angesiedelt in Berlin, soll die Abteilung verschiedene Ermittlungsgruppen und Referate zusammenfassen, die bisher innerhalb der Abteilung Staatsschutz (ST) für den islamischen Terrorismus zuständig waren. Die neue Abteilung TE soll

langfristig auf rund 1500 Mitarbeiter anwachsen und für eine einheitliche Risikobewertung von islamischen Gefährdungen sorgen. Aktuell gehen die Behörden von rund 700 radikalen Moslems auf deutschem Boden aus, denen Terroranschläge zugetraut werden.

Weitere 428 Personen gelten als etwas weniger gefährlich, dennoch werden sie dem Terror-Spektrum zugerechnet. Diese Gefährdungslage verändert zunehmend den Alltag in Deutschland: Die Sicherung der Außengrenzen Deutschlands oder ein Umsteuern bei der Zuwanderungspolitik gelten weiterhin als politische Tabuthemen oder werden als undurchführbar dargestellt. Gleichzeitig greifen im Inland Sicherheitsvorkehrungen immer stärker in das Leben der Bürger ein – sichtbar jetzt vor Weihnachten.

Bundesweit haben zum Beispiel Städte ihre Sicherheitskonzepte für Weihnachtsmärkte überarbeiten müssen. Ein Ziel ist es dabei,

einen Anschlag mit einem Lastwagen wie auf den Berliner Weihnachtsmarkt zu verhindern. Auf dem Nürnberger Christkindlesmarkt werden dazu die Zufahrten mit Polizeifahrzeugen versperrt. Die Weihnachtsmärkte in der Lübecker Altstadt versuchen, die Zufahrten mit Sandsäcken abzusichern.

Andere Märkte in Deutschland versperren die Zufahrten mit mobilen Betonpollern. Vielerorts werden sich die Besucher von Weihnachtsmärkten aber auch auf Taschenkontrollen und den verstärkten Einsatz von Videokameras einstellen müssen. Bislang lassen sich die meisten Deutschen ihre Adventstimmung durch die erhöhte Terrorgefahr aber nicht vermiesen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov gaben nur sieben Prozent der Befragten an, sie würden wegen Terrorgefahr „auf keinen Fall“ auf einen Weihnachtsmarkt gehen. Norman Hanert

MELDUNGEN

Immunität aufgehoben

Berlin – Der Bundestag hat einstimmig die Immunität der beiden Abgeordneten Peter Bleser (CDU) und Marcus Held (SPD) aufgehoben. Damit genehmigte das Parlament den Vollzug gerichtlicher Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsbeschlüsse gegen die beiden. Laut „Focus-online“ ließ die Staatsanwaltschaft bereits die Berliner CDU-Bundeszentrale in diesem Zusammenhang durchsuchen. Bleser, der bis 2016 Schatzmeister der CDU Rheinland-Pfalz war, geriet ins Visier wegen einer illegalen Parteispende des Ex-Agenten Werner Mauss. Gegen Held, der auch Bürgermeister von Oppenheim ist, wird seit längerem wegen des Verdachts auf Untreue bei Grundstücksgeschäften ermittelt. H.H.

Koschyk fordert Aufwertung

Berlin – Hartmut Koschyk (CSU), ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, fordert eine Aufwertung des Amtes. So soll es durch eine Verlagerung vom Innenministerium ins Kanzleramt gestärkt werden. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, die SPD-Politikerin Aydan Özoğuz, ist im Gegensatz zum Aussiedlerbeauftragten dort angesiedelt und hat Ministerrang. Für seine Initiative erfährt Koschyk Unterstützung in der Unionsfraktion. CDU und CSU waren lange die bevorzugten Parteien der Aussiedler. Doch vor allem die jüngeren Russlanddeutschen, welche die Sowjetunion nicht mehr erlebt haben, wenden sich von Merkels Politik ab. Viele vergleichen ihren eigenen Immigrationsprozess mit der derzeitigen Zuwanderungswelle als ungerecht, da viele von ihnen anders als die heutigen Zuwanderer zum Teil Jahre warten mussten, bevor sie nach Deutschland kommen durften. B.B.

»Integration erleichtern«

Wie Rot-Rot-Grün in Berlin Abschiebungen zu verhindern sucht

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner hat in einer Anfrage an die Bundesregierung den widersprüchlich erscheinenden Umgang des Berliner Senats mit abgelehnten Asylbewerbern zum Thema gemacht. Wie durch eine Antwort der Senatorin für Integration, Elke Breitenbach (Linke), auf eine kleine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bekannt wurde, bezahlt der rot-rot-grüne Senat auch abgelehnten, ausreisepflichtigen Asylbewerbern Deutschkurse.

Diese Auskunft nahm der CDU-Politiker Kai Wegner zum Anlass, seinerseits um eine Bewertung dieses Vorgehens durch die Bundesregierung zu bitten. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach in seiner Antwort von „widersprüchlichen Bot-schaften“, die der Senat aussenden würde. Aus Sicht de Maizières beeinträchtigt die Praxis des Berliner Senats generell bei Betroffenen die Bereitschaft, freiwillig der Ausreisepflicht nachzukommen.

Bereits Ende letzten Jahres hatten sich SPD, Linke und Grüne in ihrem Berliner Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass „die

bundesrechtlichen Vorschriften des Aufenthalts- und Asylrechts im landesrechtlichen Vollzug so ausgelegt und angewendet werden, dass sie die Integration erleichtern und Bleibeperspektiven auch in bislang ungelösten Fällen ermöglichen“. In der Koalitionsvereinbarung sprachen sich die drei Parteien zudem dafür aus, sich für die Förderung einer



Im rot-rot-grün regierten Berlin vor Abschiebung weitgehend sicher: Asylsucher

„unterstützten Rückkehr“ einzusetzen. Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam wurden dagegen als „unangemessene Maßnahmen“ bezeichnet.

Wie eine parlamentarische Anfrage des Berliner FDP-Politikers Marcel Luthe ergab, waren zum 31. August dieses Jahres im Land Berlin 11 426 Personen vollziehbar ausreisepflichtig. Die Zahl der Ab-

schiebungen lag dagegen auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau.

Weniger Probleme mit dem Instrument der Abschiebehaft haben offenbar die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Die vier Bundesländer und eigentlich auch das Land Berlin arbeiten bereits seit einigen Jahren in einer Sicherheitskooperation zusammen. Bereits vereinbart haben die fünf Ostländer ein gemeinsames Zentrum für die polizeiliche Kommunikationsüberwachung, das bis Ende 2019 in Leipzig die Arbeit aufnehmen soll. Bei einem Treffen im sachsen-anhaltinischen Wanzleben vereinbarten die Innenminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg nun zudem auch eine engere Zusammenarbeit bei der Abschiebehaft. Sachsen hat dabei den anderen Ländern den Vorschlag unterbreitet, diese könnten Plätze in einem neuen Abschiebegefängnis mit nutzen. Wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) berichtete, ließ sich Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) entschuldigen, er nahm nicht an dem Innenministertreffen in Wanzleben teil. N.H.

Frankreich als Vorbild

Wie Oskar Lafontaine für seine Partei neue Wähler gewinnen will

Während Union, Grüne und FDP über Obergrenzen und Familiennachzug keine Einigung erzielen konnten, nähern sich Teile von SPD, Linkspartei und AfD in dieser Frage offenbar an und sehen die Obergrenze der Integrierbarkeit von Zuwanderern immer nüchterner.

Die AfD hatte bereits im Wahlkampf die Einführung einer Obergrenze und die Verrechnung des Familiennachzugs in die Obergrenze gefordert. Die SPD hat in Niedersachsen gerade für einige Städte einen Zuwanderungsstopp für Asylsucher verfügt, weil die Belastungsgrenze der Integration erreicht sei. Und der frühere Linksparteivorsitzende Oskar Lafontaine sagte den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND): „Da eine Gesellschaft ebenso wie jeder einzelne Mensch nur in begrenztem Umfang helfen kann, kommt auch die Linke an einer Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung nicht vorbei.“ Hinzu komme, dass „offene Grenzen für alle Menschen, alle Waren und jedes Geld“ dazu führten, „dass die Wirtschaft in den unterentwickelten Ländern Schaden nimmt“.

Schon 1992, auf dem Höhepunkt der Übersiedlung der sogenannten Russlanddeutschen nach Deutsch-

land hatte der heutige Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im saarländischen Landtag davor gewarnt, viele der angeblichen Russlanddeutschen hätten in Wirklichkeit nur noch einen deutschen Schäferhund anstatt einer deutschen Kultur.

Dem alten Taktiker Lafontaine geht es jedoch diesmal um mehr. Er hat als einer der ersten deutschen Politiker erkannt, dass das gesamte Parteienspektrum ins Wanken geraten ist. Dabei hat er

Angriff auf die bestehende Parteienlandschaft

als Saarländer naheliegenderweise das französische Beispiel vor Augen. „In Frankreich kann man beobachten, wie neue politische Bewegungen wie ‚La France insoumise‘ und ‚La République en marche‘ versuchen, das erstarrte Parteiensystem zwischen links und rechts zu überwinden“, behauptet Lafontaine. Deshalb glauben er und seine Lebensgefährtin Sahra Wagenknecht, dass sie rechte Vorstellungen, dass es einwandsfrei und machbar sei, einwandern zu steuern, gewissermaßen auf

links drehen und damit ein signifikantes neues Wählerpotenzial erreichen können, wie das Emmanuel Macron oder Jean-Luc Mélenchon in Frankreich gelungen ist. Eine Obergrenzen-Debatte wie sie sich rechts und links zurzeit in Deutschland liefern, wäre nämlich in Frankreich geradezu undenkbar, denn dort kommt – ganz gleich ob rechts oder links oder den neuen Parteienbewegungen zugehörig – Frankreich zuerst.

Folgerichtig kam wenige Tage nach der überraschenden Lafontaine-Äußerung zur Obergrenze der Vorschlag einer neuen Sammlungsbewegung aller linken Kräfte. Offenbar gehört ein Umsturz traditioneller linker Positionen im Bereich der Zuwanderung bereits zu dem neuen Sockel linker Gemeinsamkeiten mit der SPD. Die Union Angela Merckels soll bei der Bekämpfung des Asylmissbrauchs überholt werden. Dies wäre ein Angriff auf die bestehende Parteienlandschaft. Folgt die Linkspartei nicht Lafontaines Konzept einer linken Obergrenzen-Politik, bleibt immer noch die Möglichkeit, im Kampf mit der AfD viele ehemalige Wähler der Linken und Grünen für die Linke zurückzugewinnen. Diesem Ziel könnte sein Vorstoß zur Zuwanderungsbegrenzung auch gedient haben. Bodo Bost

Zeitzeugen



Eugen Sorg (77) – Der Schweizer Buchautor („Die Lust am Bösen“) und Textchef der „Basler Zeitung“ über Integrationsprobleme von Moslems: „Eine Hauptursache für das geistige Nichtankommen in Europa muss in der muslimischen Kultur selbst liegen. In deren Zentrum steht die Scharia, das vor 1400 Jahren in der arabischen Wüste von Allah via Propheten offenbarte ewige Gesetz. ‚Wenn jemand findet‘, heißt es unmissverständlich auf der Website Islam Fatwa, ‚manche Gesetze der Scharia müssten geändert werden, um es den Entwicklungen unserer Tage und Zeiten anzupassen, muss er als Abtrünniger vom Islam getötet werden.“



Ayyub Axel Köhler (78) – Der Islamkonvertit leitete von 2006 bis 2010 den Zentralrat der Muslime. Er stellt in seinem Buch „Islam: Leitbilder der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ fest: „Die Glaubensgrundsätze des Islams und das islamische Recht, Scharia, zeigen den quasi-totalen Anspruch der Religion auf Mensch und Gesellschaft.“ Und weiter: „Das islamische Gesellschaftssystem ist keine Demokratie. Diese Staatsform ist dem Islam fremd.“

Christine Schirmacher (55) – Die Islamwissenschaftlerin („Die Scharia: Recht und Gesetz im Islam“): „Wer es grundsätzlich ablehnt, dass Recht und Gesellschaft nach Scharia gestaltet werden müssen, wie etwa die Gemeinschaft der Aleviten, dessen Islam passt zu Deutschland und zu jeder anderen Demokratie. Regeln für Gebet und Fasten gehören zwar formal auch zur Scharia, sind aber kein politisches Programm. Die etablierte islamische Theologie hat die Trennung von Glaube und Schariarecht nie vollzogen, viele Muslime in ihrem Leben haben es durchaus.“



Karl Albrecht Schachtschneider (77) – Der Staatsrechtler hält Grundgesetz und Scharia für unvereinbar. „Das höchste Gesetz ist die in dem Koran und der koranischen Tradition gründende Scharia. Der Islam kennt keine Bekenntnisfreiheit im Sinne europäischer Religionsfreiheit. Es gibt hier keinen Wechsel und auf Austritt steht die Todesstrafe. Jede Politik muss mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen. Säkularismus gilt als Gottlosigkeit, Atheismus, Irrglaube und Ketzerei, Verwestlichung.“

Rückkehr ins Mittelalter

Für viele Moslems ist die brutale Scharia unverzichtbarer Teil ihres Glaubens

Ob Alltag, Wirtschaftsleben, Krieg, Strafverfolgung oder Erbrecht – die Vorschriften der Scharia regeln das Leben eines jeden Moslems. Werden sie konsequent umgesetzt, sind sie archaisch, grausam und frauenfeindlich.

Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD, hat am 11. November das Problem benannt, das wie der sprichwörtliche Elefant im Bundestag steht, und vor dem alle die Augen verschließen: „Wo die Scharia praktiziert wird, gibt es keine Trennung von Staat und Religion, keine Gleichberechtigung von Mann und Frau, keine Religionsfreiheit für Nicht-Muslime.“

Das ist die schlechte Nachricht. Es gibt noch eine schlechtere: „Die Scharia gibt es nicht. Sie ist keine Gesetzessammlung, die man wie das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) aus dem Regal ziehen kann. Hinter der Sammelbezeichnung Scharia stecken die islamischen, unverhandelbaren Verhaltensvorschriften für alle Bereiche des Lebens, die mit deutschem Recht selten oder nicht vereinbar sind. Scharia umfasst, will man sie mit deutschen Rechtsbegriffen beschreiben, im Islam jedes einzelne nur denkbare Recht, das islamisches Leben und islamisches Ver-

halten regelt, darunter Staatsrecht, Eherecht, Erbrecht, Strafrecht, Wirtschaftsrecht und Kriegsrecht. Sie alle, ohne Ausnahme, gelten als „religiöses Recht“, sind gleichermaßen Alltag wie Religion und sichern den Islam gegen Veränderungen ab.

Um dieses in sich geschlossene Regelwerk zu verstehen, muss man sich von allem lösen, was in der modernen westlichen Welt mit seiner Rechtsgeschichte seit römischen Zeiten durch Aufklärung und Moderne entstanden ist. Wörtlich heißt Scharia „der Weg zur Tränke“, wobei mit Tränke der Quell des Islams und Allahs Vorschriften gemeint sind, wie sie in den drei großen islamischen Primärquellen – Koran, Hadithsammlungen und Mohammeds Leben (Sunna) – in einem breiten Strom auf den Moslem niedergehen. Die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher stellt dazu fest: „Im Koran ist der wörtliche Begriff ‚Scharia‘ nur einmal erwähnt, in Sure 45:18, wobei er auf Deutsch oft mit ‚der gerade Weg‘ übersetzt wird.“ Die Sure steht im Kontext der Ermahnungen an

Moslems, nicht dem Irrweg der Allah leugnenden Juden zu folgen: „Wir haben dir einen geraden Weg (schari' atin) gewiesen. Folge ihm und folge nicht den Launen der Unwissenden.“

Dieser im Koran angewiesene „gerade Weg“ ist in Form der Scharia die rechtlich verbindliche Zementierung des Islams. Islamische Schriftgelehrte erarbeiteten ihn – grobe Faustregel – von 700 bis 900 nach Christus. Eine Weiterentwicklung gibt es seit dieser Zeit nicht.

Festgelegt ist, dass der Imam gleichzeitig als fungiert und nach der Scharia urteilt. Daher verweisen Islamverbände gerne darauf, dass Scharia „vielfältig“ sei und die einzige Gefahr in „unwissenden Imamen“ bestehe, die den Islam falsch verständen. Das ist falsch. Denn der islamische Kanon aus Koran, Sunna, Hadithen, ergänzt um Schriften der jeweiligen Rechtsschulen zu Erb-, Familien-, Kriegs-, Glaubens- und Strafrechtsnormen im Islam, käuen wieder, was die islamischen Quelltexte zum jeweiligen Sachverhalt hergeben. Es gibt wenig misszuverstehen. Dabei fragt sich ein isla-

mischer Richter, despektierlich gesagt, immer: „Was würde Mohammed in diesem Fall tun?“

Diese Verpflichtung auf die islamischen Grundlagen führt dazu, dass in ganz unterschiedlichen islamischen Staaten wie etwa Algerien, dem Sudan, Saudi-Arabien, dem Kosovo oder Malaysia mit einer Rechtsordnung zwischen 50 und 100 Prozent „Scharia“ eine verlässliche Gleichheit der Normen herrscht, so wie sie sich auf den Islam beziehen: Sei es im Erbrecht (Frauen erben nur die Hälfte eines Mannes), im Strafrecht (Schläge bis Tod für Ehebruch) oder im Wirtschaftsrecht (Zinsen sind verboten). Im Kriegs- und Staatsrecht macht sich das durch maximale Zehn-Jahres-Friedensverträge bemerkbar, die nach Mohammeds Vorbild (Vertrag von Hudaibiyya) geschlossen und jederzeit vorher gebrochen werden können, wenn sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der islamischen Kriegspartei ändern. Diese Regel spielt auch eine Rolle im Israelisch-Arabischen Konflikt, da sie im Westen nicht berücksichtigt wird, wenn von arabischer Seite, sei es von Hamas, sei es von Fatah, wieder einmal ein „zehnjähriger Waffenstillstand“ angeboten wird.

Ulrike Dobberthien

Seit 900 nach Christus keine Weiterentwicklung

Erschreckende Studie zum Islam in Europa

Feuher steckt in der bislang nur in Teilen veröffentlichten Studie zur Scharia des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB). Sie heißt „Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit – Muslime und Christen im europäischen Vergleich“. Der niederländische Forscher Ruud Koopmans hat sie bereits 2013 erstellt. Koopmans, der die sperrige Jobbeschreibung „Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung und Gastprofessor für Politische Wissenschaften an der Universität Amsterdam“ trägt, wertete die Befragung von knapp 9000 Marokkanern und Türken in sechs Ländern aus – Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Schweden. Er kommt zu dem Ergebnis: Fast die Hälfte von ihnen findet, dass es nur eine gültige Auslegung des Korans gibt, dass Moslems zu den Wurzeln des Islam zurückkehren sollen und dass „religiöse“, also alle islamischen Gesetze (Scharia), wichtiger sind als „weltliche“.

Scharia wichtiger als europäische Gesetze

Sie stehen also über den Gesetzen des Gastlands. Dieser totalitäre Fundamentalismus ist unter Moslems weiter verbreitet als unter Christen, denen ähnliche Aussagen zu Bibel, Christ und Christentum vorgelegt wurden. Koopmans: Das ist insofern besorgniserregend, als mit religiösem Fundamentalismus bei Muslimen ein erhöhtes Maß an Fremdgruppenfeindlichkeit einhergeht.“

Noch etwas an Koopmans Untersuchung ist interessant. Eine angebliche Diskriminierung hat nichts mit der Bereitschaft von Moslems zu tun, den Islam über alles zu setzen. Koopmans: „Entgegen der Annahme, dass der Fundamentalismus eine Reaktion auf die Ausgrenzung durch das Gastland ist, finden wir den niedrigsten Grad an Fundamentalismus in Deutschland, wo der Islam bisher nicht gleichberechtigt mit christlichen Glaubensrichtungen als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt wurde und Muslime auch ansonsten weniger religiöse Rechte genießen. Doch selbst unter deutschen Muslimen sind fundamentalistische Ansichten weitverbreitet.“

UD



Scharia in Indonesien: Schläge gibt es für „Vergehen“ wie Alkoholenuss, Ehebruch oder Küssen in der Öffentlichkeit

Bild: Imago

Islam und Asylrecht

Die Kairoer Erklärung stellt die Scharia über die Menschenrechte

Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), ein Zusammenschluss von 57 islamischen Staaten unter Führung Saudi-Arabiens, ist der größte geschlossene Stimmblock bei den Vereinten Nationen (UN). Dieses erhebliche Stimmgewicht nutzt die islamische Welt seit Jahren, um über die UN auch im Westen eine schrittweise Verschiebung hin zur Scharia und dem Dogma „Der Islam hat die Menschenrechte erfunden“ zu erreichen.

Um das zu beweisen, stellte die OIC am 5. August 1990 die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ vor. Was auf den ersten Blick gut klingt, wird in den beiden letzten Artikeln 24 („Alle Rechte und Freiheiten in dieser Erklärung unterstehen der islamischen Scharia“) und 25 („Die islamische Scharia ist die einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung

jedes Artikels dieser Erklärung“) relativiert: Wesentliche Menschenrechte wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit stehen unter den Vorbehalt der Scharia.

Absurd wurde es 2009, als im Auftrag des UNO-Flüchtlingswerks UNHCR die juristische Fakultät der Universität Kairo gemeinsam mit

»Keine Flüchtlinge in den Emiraten«

der OIC eine Studie produzierte, die behauptete: „Die 1400-Jahre alte Tradition des Islam, Flüchtlinge willkommen zu heißen, hatte mehr Einfluss auf das moderne internationale Flüchtlingsrecht als jede andere traditionelle Rechtsquelle.“

Abgesehen davon, dass es Unfug ist, ist eine Personalie besonders pikant: Auftraggeber der Studie war

der damalige UN-Flüchtlingshochkommissar Antonio Guterres, heute UNO-Generalsekretär. In seinem Vorwort zu dem Werk schrieb er: „Islamisches Recht und islamische Traditionen bilden stärker als jede andere Rechtsquelle die Grundlagen für das Recht, auf das das UNHCR seine weltweiten Aktivitäten stützt, um Millionen mit Gewalt vertriebenen Flüchtlingen auf der ganzen Welt zu helfen. Das beinhaltet das Recht für jeden, Asyl zu beantragen.“

Nur beispielsweise nicht in die erzislamischen Golfstaaten: „Hier in den Emiraten gibt es keine Flüchtlinge. Niemand wird hereingelassen, weil sie wissen, dass sie damit Elemente ins Land bekommen würden, die sie nicht kennen und nicht kontrollieren können“, berichtete jüngst der österreichische Arabien-Beauftragte Richard Bandera dem „Wiener Kurier“. UD

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland

13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDE33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Kahlschlag in der Lausitz

Eine ganze Region auf der Kippe: Was der Kohleausstieg für Südbrandenburg bedeuten würde



Die Furcht sitzt tief: Braunkohle-Kumpel bei einer Demonstration am 19. November vor der Berliner Landesvertretung von Baden-Württemberg, wo gerade die später gescheiterten „Jamaika“-Sondierungen liefen

Bild: pa

Für Brandenburgs Landesregierung gibt es einen ganz besonderen Grund, die Bildung einer neuen Bundesregierung sehr aufmerksam zu verfolgen. Der geforderte Kohleausstieg droht eine ganze Region in die Tiefe zu reißen.

Bei den mittlerweile gescheiterten Sondierungsgesprächen für eine schwarz-gelb-grüne „Jamaika“-Koalition waren SPD und Linkspartei naturgemäß nicht mit von der Partie. Die in Potsdam amtierende rot-rote Koalition konnte somit nicht einmal indirekt über in die Gespräche eingebundene Parteigenossen auf der Bundesebene Einfluss auf die Sondierungen nehmen.

Gleichzeitig stand aber mit dem Thema Kohleausstieg ein für Brandenburg besonders heikles Thema zur Debatte. Vor allem die Grünen drängen unter Berufung auf Klimaschutzziele auf einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Kohle. Vor den „Jamaika“-Sondierungen hatten Vertreter der Partei erklärt, zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele bis 2020 müssten 20 Kraftwerksblöcke abgeschaltet werden, bis 2030 soll sogar ein kompletter Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgen.

Bislang liegt der Anteil von Braunkohle am deutschen Strommix bei rund 23 Prozent, weitere 17 Prozent steuerte im Jahr 2016 die Steinkohle

bei. Die Kernkraft lag bei rund 13 Prozent, die Erneuerbaren Energien bei 29,5 Prozent. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Kernkraft macht daher einen massiven Zuwachs bei den alternativen Energien und sehr wahrscheinlich auch ein starkes Hochfahren der Erdgasimporte erforderlich. Derzeit liegt der Anteil von Erdgas am deutschen Strommix bei etwa zwölf Prozent.

Allein die Forderung der Grünen nach Abschaltung von 20 Kraftwerksblöcken entspricht einer Gesamtleistung von acht bis zehn Gigawatt. Wie der Sender RBB berichtet, war die CDU-Vorsitzende Angela Merkel den Grünen während der „Jamaika“-Gespräche ein ganzes Stück entgegengekommen. Offenbar wollten Union und FDP den Grünen eine Reduzierung von drei bis fünf Gigawatt zugestehen. Merkel soll im Zuge der Sondierungen vorgeschlagen haben, die Kohlestromproduktion um sieben Gigawatt herunterzufahren.

Mit gutem Grund hat dieser politische Poker in Brandenburg heftige Reaktionen ausgelöst. Aus Sicht der Betriebsräte der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) bedeutet nämlich die Abschaltung von zusätzlich sieben Gigawatt aus Kohleenergie „das sofortige Aus für das Lausitzer Revier“.

Gefährdet seien damit mehrere Tausend Arbeitsplätze und eine Wertschöpfung von jährlich 1,5 Milliarden Euro im Jahr. „Bei uns geht es fast um die Existenz der Region. Denn wir sind der größte Arbeitgeber. Wenn wir wegbrechen, dann brechen auch Serviceunternehmen und Zulieferer weg. Dann wäre ‚Müllermilch‘ der größte Arbeitgeber in der Lausitz“, warnt Frank Heinze, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LEAG, gegenüber der „Frankfurter Rundschau“.

Auch Brandenburgs rot-rote Landesregierung hat die politische Brisanz der Kohleausstiegspläne erkannt. Mit der Lausitz ist eine berlinferne Region betroffen, die ohnehin mit reichlichem Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Gut bezahlte Arbeitsplätze sind rar, der Abbau von mehreren Tausend Stellen rund um den Braunkohleabbau könnte schnell in eine neuerliche Abwanderungswelle Richtung Berliner Raum oder westliche Bundesländer münden.

Damit nicht genug: Die Lausitz-Metropole Cottbus hat mit einer hohen Verschuldung zu kämpfen. Zudem bräut sich in der Stadt durch den Zuzug von Immigranten immer mehr soziales Spannungspotenzial zusammen. Auch in Sachsen werden die Gespräche über einen forcierten Kohleaus-

stieg mit einiger Besorgnis gesehen, denn im sächsischen Teil der Lausitz hängen an der Braunkohle ebenfalls viele Arbeitsplätze. Steigende Energiepreise könnten zudem noch dafür sorgen, dass Unternehmen auf der Strecke bleiben oder aber abwandern.

So warnt Simone Hartmann vom Wirtschaftsrat Sachsen: „Eine Abschaltung der Braunkohlekraftwerke, insbesondere in der Lausitz, treibt nochmals die Strompreise in die Höhe.“ Schon jetzt seien Energiepreise im Vergleich zu Nachbarländern so hoch, „dass der sächsische Mittelstand nicht mehr konkurrenzfähig ist“. Hartmann wies zudem auf die Gefahr hin, dass regional verankerte Mittelständler nicht die Möglichkeit hätten, ihre Produktion wie Großkonzerne „in ein Land zu verlegen, in dem es kaum Regulierung, dafür aber niedrige Lohnkosten gibt“.

Erschwerend kommt hinzu, dass in der Oberlausitz schon jetzt viele Arbeitsplätze auf der Kippe stehen. Speziell die Stadt Görlitz hat nach 1990 eine erste Welle der Deindustrialisierung erlitten. Als große Arbeitgeber waren eigentlich nur der Waggonbau und die Turbinenherstellung in der Stadt übriggeblieben. Mit der geplanten Schließung des Siemens-Turbinenwerkes droht nach Angaben der IG Metall in Görlitz eine Verdoppelung der Arbeitslosenquote von zwölf auf 24 Prozent.

Norman Hanert

»Müllermilch« wäre dann der größte Arbeitgeber

Jugendgewalt wächst stark

Besonders junge Zuwanderer fallen in Berlin immer häufiger auf

Die Jugendgewalt in der Hauptstadt stieg 2016 erstmals seit drei Jahren wieder. Die Zahl der Täter wie der Tatverdächtigen nahm zu. Junge Einwanderer haben einen deutlichen Anteil daran. Das zeigt der vierte Jahresbericht der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention, der am 21. November vorgestellt wurde. Auffällig: Der Wert von 1851 nichtdeutschen Tatverdächtigen 2015 stieg auf 2464 im Jahr darauf. Der Bericht zählt insgesamt 8892 Verdächtige (acht bis 21 Jahre), davon 4467 Deutsche, 1638 mit Immigrationshintergrund und 2464 Ausländer. Leichte Körperverletzungen machen den größten Teil des Anstiegs aus.

In der Politik wird die Gewalt von Ausländern oft mit dem unsicheren Aufenthaltsstatus in Verbindung gebracht. 2015 gab es in der Gruppe 392, 2016 schon 817 Verdächtige. Vor allem das soziale Umfeld zähle, da in „besseren“

Stadtteilen Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre deutlich weniger einschlägige Taten verübten. Körperverletzungen an Schulen sind laut einer Studie stark angestiegen – um zehn Prozent von 2015 auf 2016, Beleidigungen noch mehr. Schon im Februar plante der Senat,

Bekämpfung greift oft nur noch in »guten« Vierteln

die steigende Kriminalität junger Zuwanderer mit einem vorbeugenden Programm über eine Million Euro einzudämmen, verantwortet von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD). Gewalt, Diebstahl und der Handel mit Drogen waren damals Bezirksämtern, Sozialträgern und Anwohnern aufgefallen.

Bis dahin kosteten die mehr als 2700 unbegleiteten, minderjährigen Zuwanderer, die ab 2015 nach

Berlin kamen, nach Expertenschätzungen insgesamt 100 bis 200 Millionen Euro im Jahr – Bildung und Prävention eingeschlossen. Der Senat musste spätestens Anfang 2017 erkennen, wie wenig die Jugendhilfe greift, wenn junge Zuwanderer ins Bandenmilieu abgleiten.

Krisengespräche der Politik enthüllen, dass die Bekämpfung bestimmter Vergehen aufgrund der Zuwächse oft nur noch in „guten“ Vierteln greift. Der Senat will nun jedem Bezirk statt 135 000 Euro 150 000 Euro im Jahr zur Vorbeugung von Jugendgewalt einräumen – „sozialraumbezogen“. Zusammenhänge von Kriminalität und herkunftsbedingten Strukturen bleiben tabu. Die Aufklärung des ganzen Anstiegs von Jugendgewalt steht noch bevor: Berlins Bildungsverwaltung gibt die Zahlen an Schulen für 2016/2017 noch nicht frei – sie müssten noch „wissenschaftlich untersucht“ werden. SG

AfD unterliegt

Bezirk darf Störertrupp einen Preis verleihen

Das Berliner Verwaltungsgesicht hat geurteilt, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg den „Silvio-Meier-Preis“ an die Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“ vergeben darf. Die Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, Parteiveranstaltungen der AfD zu beeinträchtigen. Sie will Aktivisten Anleitungen geben, wie man „stören, protestieren oder blockieren“ kann. Weiter gibt es Schulungen für Streits an „Stammtischen“, „um den Parolen der AfD und ihrer Anhänger Paroli zu bieten“.

Die AfD sah das Neutralitätsgebot durch die Verwaltung der Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) verletzt und klagte gegen die Preisverleihung. Das Gericht vertritt jedoch die Auffassung, dass die Rechte der AfD durch die Preisverleihung nicht beeinträchtigt würden.

Der Preis des Bezirksamts ist nach dem linken Hausbesetzer und Straßenkämpfer Silvio Meier benannt. Meier griff mit einigen Gesinnungsgenossen am 21. November 1992 rechte Jugendliche an und beschädigte deren Kleidung. Im Zuge der Auseinandersetzung wurde Meier erstochen. Seither gilt er als Ikone für die Opfer „rechter Gewalt“.

Der Bezirk hat inzwischen eine Straße nach Meier benannt. Im Vorjahr wurde Irmela Mensah-Schramm mit dem Silvio-Meier-Preis ausgezeichnet. Die mehrfach wegen Sachbeschädigung aufgegriffene „Politputze“ entging stets einer Verurteilung. Die Justiz zeigte sich immer wieder verständnisvoll, wenn sie „rassistischen“ Aufklebern und Sprüchen mit Putzmitteln zu Leibe rückte und dabei auch Sachbeschädigung beging.

Hans Lody

Front gegen Hausaufgaben

Der Berliner Landesschülerausschuss fordert in einem Positionspapier die Abschaffung von Hausaufgaben. Zur Begründung heißt es: „Kinder haben heute eine ebenso anstrengende Arbeitswoche wie ihre Eltern.“ Außerdem seien Hausaufgaben „Gift für die Chancengleichheit“. Ob ein „Weniger“ an Lernen aber im Interesse der Berliner Schüler ist, bleibt fraglich. Berlin nimmt bei deutschlandweiten Leistungsvergleichen fast immer einen der hinteren Ränge ein. Nach Artikel 30 des Grundgesetzes liegt die Kulturhoheit und damit die Hoheit über das Schulwesen bei den Bundesländern. Berlin könnte daher tatsächlich seine Landesgesetze dahingehend ändern, Hausaufgaben abzuschaffen. Auch über das Wohlergehen der Familien hat sich der Ausschuss der Schülervertreter Gedanken gemacht: „Durch Hausaufgaben gerät Stress in die Familien, den diese unterschiedlich gut meistern.“ Die Berliner „Taz“ jubelt: „Mehr Freizeit bitte!“ H.L.

MELDUNGEN

Erfolg für Minderheit

Sonderburg – Bei den Kommunalwahlen in Dänemark konnten die Partei der deutschen Minderheit, die Schleswigsche Partei (SP), und ihr Spitzenkandidat Stephan Kleinschmidt in Sonderburg einen beachtlichen Erfolg erzielen. Mit 13,4 Prozent wurde die SP drittstärkste Kraft noch vor der Dänischen Volkspartei. Die Sozialdemokraten gewannen ebenfalls hinzu, während die beiden bürgerlichen Parteien Venstre und Volkspartei verloren. Kleinschmidt wird künftig nach Absprache mit den Sozialdemokraten stellvertretender Bürgermeister sein. Der sozialdemokratische Bürgermeister Erik Lauritzen lud auch die beiden anderen Parteien ein, sich an der Stadtverwaltung zu beteiligen. *HL.*

Athen verzichtet auf Kontrolle

Athen – In den ersten zehn Monaten dieses Jahres hat die Bundespolizei bei stichprobenartigen Kontrollen an den Flughäfen rund 1000 illegale Einreisen aus Griechenland festgestellt. Das ist laut Bundesinnenministerium „ein Vielfaches mehr als auf allen anderen Binnenflügen in der EU“. Die gefälschten Dokumente sollen auf dem Schwarzmarkt in Athen zwischen 3000 und 7000 Euro kosten. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist und dass unter den bislang im Jahr 2017 neu registrierten 155 000 Asylsuchern sich auch viele befinden, die mit gefälschten Dokumenten per Flugzeug aus Griechenland eingereist sind. Laut Bundesinnenministerium wurden die griechischen Behörden regelmäßig über unerlaubte Einreisen informiert. Diese hätten zwar ihre Kontrollen bei Flügen verstärkt, aber die Lage habe sich trotzdem nicht verbessert. Dies lasse den Schluss zu, dass Athen die Lage bewusst nicht unter Kontrolle bringen wolle. *BB.*

Rätselraten um Hariris Rücktritt

Die Umstände der Demission des libanesischen Premiers lassen Zweifel an dessen Freiwilligkeit aufkommen

Als in der ersten Novemberwoche der libanesischer Premierminister Saad Hariri seinen Rücktritt erklärte, nannte er als Grund, dass er um sein Leben fürchte. Hingegen stellen die libanesischen Sicherheitsbehörden jede Attentatsgefahr in Abrede. Und in der Tat dürfte Hariris Begründung für seinen Rücktritt nur einen Teil der Wahrheit darstellen.

Anlass zu vielerlei Mutmaßungen gab allein schon die Konstellation, dass Hariri sich für seine Rücktrittserklärung einen Besuch in Saudi-Arabien und als Medium den zum saudischen Medienkonzern Middle East Broadcasting Center (MBC) gehörenden Nachrichtensender al-Arabiya ausgewählt hat. Die Saudis sind es auch, welche die sunnitische Partei finanzieren, der gemäß dem traditionellen politischen Proporzsystem Libanons das Amt des Premierministers zusteht. Das Präsidentenamt steht den maronitischen Christen zu. Es wird derzeit von General Michel Aoun bekleidet. Und den Sprecher der Nationalversammlung stellen die Schiiten. Deren Amal-Bewegung unter der Führung von Nabih Berri unterhält nicht näher benannte Verbindungen zur ebenfalls schiitischen Hisbollah. Diese wiederum wird vom Iran gestützt. So spiegelt sich in der libanesischen Politik der große Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran wieder.

Verschärft wird dessen libanesischer Ausformung dadurch, dass Hariris Vater, der ebenfalls Premier gewesen war, ermordet und die Schuld an der Tat der Hisbollah zugeschoben wurde. Allerdings steht auch Israel im Verdacht, den Mord begangen zu haben. Die wirtschaftliche Grundla-

ge der Familie Hariri bildet ein saudisches Unternehmen, ihre Mitglieder besitzen die saudische Staatsangehörigkeit.

So war es auch Saudi-Arabien, wo der Rücktritt Hariris die größte Bewegung auslöste, und ein militärischer Schlag verstärkte die Wirkung. Das saudische Militär fing nämlich eine Rakete aus dem Jemen ab, in dessen Bürgerkrieg die Saudis seit zweieinhalb Jahren

Welche Motive Riad an einer derartigen Eskalation haben könnte, ist nicht ganz klar, doch es wird die Vermutung geäußert, der über-

Der Libanese Joseph Bahout, Professor für Mittelostpolitik und Mitglied der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden,

führt die Entwicklung auf die Niederlage des von den Saudis unterstützten Islamischen Staates in Syrien zurück: „Regional suchen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate nun nach Wegen, den Verlust Syriens an einem Ort auszu-

suchen, die Beziehungen zu Teheran wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wäre dafür der Libanon der einzige Ort.“

Die Analyse des libanesischen Politologen Sarkis abu Zeid geht in dieselbe Richtung: „Zwischen dem Königreich Saudi-Arabien, dem Iran und der Hisbollah findet ein offensichtlicher Krieg statt, in der Hariri eindeutig die Seite Saudi-Arabiens eingenommen hat. Sogar die Nachricht über seinen Rücktritt kam aus Riad, was an sich schon eine Botschaft an den Libanon ist.“

Allerdings scheint es nicht ganz sicher zu sein, dass Hariri völlig selbstständig und freiwillig gehandelt hat. Er hatte nämlich vor Kurzem eine hochrangige Delegation aus dem Iran empfangen und war sofort nach deren Rückkehr nach Riad gereist, wo man jenen Besuch mit äußerstem Misstrauen beobachtet hatte. Der unmittelbar darauffolgende Rücktritt Hariris könnte daher in einem engen Zusammenhang zu seinem Teheran-Kontakt stehen. Überdies kursieren Gerüchte, er habe sich in Riad unter Hausarrest befunden.

Der Libanon, so abu Zeid, durchlebe derzeit eine gefährliche Phase. Gerade jetzt, nach Hariris Rücktritt, bräuchte das Land einen „harten und entschlossenen“ Führer sowie eine einsatzbereite Armee. Es könne „ein Bürgerkrieg beginnen, den hier keiner will“.

Öl ins Feuer schüttet eine Nachricht, die durch eine Indiskretion bekannt wurde. Danach wirken Riad und Tel Aviv zusammen an einer Destabilisierung des Nahen Ostens, so jedenfalls ein Dokument, das vom israelischen Außenministerium an alle seine Botschaften geschickt und auf diesem Weg „geleakt“ wurde.

Florian Stumfall



Verabschiedete sich auf merkwürdige Weise aus dem Amt: Premier Saad Hariri

Bild: Imago

an. In seinem Sinne äußerte sich auch der für die Golfstaaten zuständige saudische Minister Thamer al-Sabhan. Er rief zum Sturz der Hisbollah in Beirut auf – ausdrücklich nicht zu dem der Regierung – und kündigte „erstaunliche Entwicklungen“ für die nächste Zeit an.

gleichen, wo sie dem Iran trotzen und ausbluten können. Der Wunsch, ihre regionalen Besitzstände wiederherzustellen, könnte sie dazu veranlassen, im Libanon Fuß zu fassen. Die Golfstaaten, Israel und die USA wollen nicht, dass der Iran von einem Sieg in Syrien profitiert. Wenn sie ver-

gleichen, wo sie dem Iran trotzen und ausbluten können. Der Wunsch, ihre regionalen Besitzstände wiederherzustellen, könnte sie dazu veranlassen, im Libanon Fuß zu fassen. Die Golfstaaten, Israel und die USA wollen nicht, dass der Iran von einem Sieg in Syrien profitiert. Wenn sie ver-

Putin lobt Protestanten

Reformationsjubiläumsfeier im Paschkow-Haus mit 200 Gästen

Aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums hat der russische Präsident Wladimir Putin die Protestanten als einen „wichtigen Teil der russischen Gesellschaft“ bezeichnet. In einer von Sergej Kirijenko, dem stellvertretenden Leiter der Präsidentsverwaltung, überbrachten Botschaft lobte Putin die evangelischen Christen für Eigenschaften wie „Fleiß, Patriotismus und moralisches Verhalten“. Unter moralischem Verhalten ist das starke Engagement der protestantischen Kirche im sozialen Bereich gemeint, ein Bereich der von der Russisch-Orthodoxen Kirche bislang vernachlässigt wird.

Der Staat setze sich dafür ein, die „historische Gerechtigkeit“ gegenüber den evangelischen Gemeinschaften wiederherzustellen, so Putin weiter. Diese warten allerdings auch 26 Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion auf die Rückgabe der meisten ihrer ehemaligen Besitztümer, vor allem im Königsberger Gebiet. Jahrzehntlang hatte man in Russland auf den Faktor Zeit gespielt und gehofft, dass sich das Problem der Russlanddeutschen durch Auswanderung und nicht durch die Wiederherstellung ihrer historischen Rechte, lösen lasse.

Im Paschkow-Haus, einem heute zur Russischen Staatsbibliothek

gehörenden klassizistischen Bauwerk im historischen Stadtkern Moskaus gleich gegenüber dem Borowizki-Tor des Kreml, nahmen rund 200 Vertreter von verschiedenen Religionsgemeinschaften, Behördenmitarbeiter, Politiker und Diplomaten an einer Feier aus Anlass des Reformationsjubiläums teil. Der die Russische-Orthodoxe Kirche vertretende Metropolit von Wolokolamsk und Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Hilarion Alfejew, hob in seiner Ansprache den Beitrag her-

Russlands Lutheraner fordern Rückgabe von enteignetem Besitz

vor, den die protestantische Tradition für die Weltkultur und das Christentum geleistet habe.

Der Ursprungsgedanke der Reformation sei eine Rückkehr zur ursprünglichen christlichen Tradition gewesen. Obwohl sich einige evangelische Kirchen im Westen für eine Liberalisierung der theologischen und moralischen Lehre einsetzten, stehe die Mehrheit der russischen Protestanten für traditionelle moralische Werte ein. Damit schneit der Vertreter des Moskauer Patriarchats auch zum Jubi-

läum die Probleme der Orthodxie mit den aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen an.

Russlands evangelisch-lutherische Kirche fordert über die erfolgte Rückgabe der Moskauer Kathedrale St. Peter und Paul hinaus weiteren, vor rund acht Jahrzehnten enteigneten Besitz zurück. Erzbischof Dietrich Brauer hatte bereits während des letzten Russlandbesuches von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch das ehemalige Pfarrhaus und das Schulgebäude neben der Kathedrale für seine Kirche zurückgefordert. Die Russisch-Orthodoxe Kirche, die immer mehr den Charakter einer Nationalkirche annimmt, wird bei der Rückgabe von Sakralbauten bevorzugt.

Im Königsberger Gebiet, in dem noch viele deutsche Kirchen als Ruinen fortbestehen, wird dies besonders deutlich. Hier hat die Russisch-Orthodoxe Kirche viele Gotteshäuser ohne die Einhaltung der Formalitäten erhalten, nur drei alte Sakralbauten haben die Lutheraner in der Region zurückbekommen.

Zur lutherischen Kirche in Russland gehören in 170 Gemeinden und elf Propsteien rund 19 000 Erwachsene. Die meisten Mitglieder sind Russlanddeutsche. Allein die Propstei Königsberg umfasst 44 Gemeinden. *Bodo Bost*

Jung, arbeitslos und mobil

Mehr als jeder dritte Jugendliche weltweit erwägt die Emigration

Immmer mehr junge Menschen sind in wirtschaftsschwachen Ländern ohne Arbeit. Viele von ihnen zieht es daher in den vermeintlich reichen Westen. Weltweit sind nach einer neuen Studie der Vereinten Nationen 70,9 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos. Das entspricht einer Quote von 13,1 Prozent. Am höchsten sei die Jugendarbeitslosigkeit in arabischen Ländern mit 30 Prozent. Immer mehr junge Leute denken daher über eine Auswanderung nach, weltweit seien es 36 Prozent. 44,3 Prozent der jungen Leute wollten aus Ländern in Afrika südlich der Sahara weg, ähnlich viele wollen Nordafrika, Lateinamerika, die Karibik und Osteuropa verlassen. In Nordamerika seien es nur 17,1 Prozent. Junge Menschen mit höherer Bildung wollten eher weg als weniger Gebildete. Für die Herkunftsländer sei das ein Problem, weil die Fähigkeiten abwanderten.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur in Entwicklungsländern ein Thema, sondern auch in der EU. Vor allem in Griechenland, Spanien und Italien ist die Zahl der 15- bis 24-Jährigen, die keinen

Job haben, sehr hoch. In Griechenland liegt die Quote bei mehr als 40 Prozent. In Spanien lag die Jugendarbeitslosigkeit zuletzt bei mehr als 37 Prozent, in Italien über 35 Prozent. Dass sich die Zahlen in Europa etwas stabilisiert haben, hängt nach Einschätzung von Experten damit zusammen, dass man es generell mit sinken-

den Zahlen an Jugendlichen und einer nachlassenden Erwerbsbeteiligung zu tun habe. Weniger Jugendliche in Europa würden eben auch weniger Arbeitslose bedeuten, zitiert die „Deutsche Welle“ das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Zudem würden viele Jugendliche wegen der Arbeitsmarktsituation längere Bildungswege einschlagen. In den

EU-Ländern suchten zuletzt 3,7 Millionen junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren eine Arbeit. Die Folge ist die gleiche wie in Afrika: das Bestreben insbesondere in Problemregionen, in reichere Länder auszuwandern.

Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ist Migration nicht unbedingt etwas Schlechtes. „Sobald Migranten regelrechte Arbeit haben, helfen sie bei der Finanzierung der Sozialsysteme und Verbesserung der Produktivität in den Aufnahmefländern“, heißt es. In der Heimat profitiere die Wirtschaft, weil Angehörige durch die Überweisungen mehr Geld ausgeben könnten.

In der Tat sind die Geldströme – und die damit verbundenen Belastungen für die Zahlungsbilanzen der Gastländer – beachtlich. Aus den USA wurden beispielsweise im Jahr 2016 mehr als 66 Milliarden US-Dollar in die jeweiligen Heimatländer überwiesen. Auf Rang zwei folgte Saudi-Arabien mit rund 38 Milliarden. Aus Deutschland flossen im gleichen Zeitraum knapp 21 Milliarden Euro in die Heimatländer. *Peter Entinger*



Sie haben es erst einmal geschafft: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ in Nürnberg

Bild: ddp images

Die »Handelskrieger«

Billig geht's zu bei Aldi und Lidl, schenken tut man sich trotzdem nichts: Die Discounter sind erbitterte Feinde

Es geht um nicht weniger als die Weltherrschaft – zumindest in den Einkaufstaschen der Verbraucher. In die Schlacht geführt werden 250-Gramm-Butter-Stücke zu je 1,59 Euro (Aldi), und Samt-Blazer im Heidi-Klum-Design zu 19,99 Euro (Lidl). Um Marktanteile wird im US-Bundesstaat Virginia ebenso gerungen wie im englischen Liverpool oder im spanischen Toledo. Die beiden Konzern-Zwillinge Aldi Süd und Aldi Nord messen sich mit der Schwarz-Gruppe und ihren Töchtern Lidl und Kaufland.

Seit vielen Jahren ringen die beiden Discount-Giganten quasi um jeden Straßenblock und um jede Häusercke. Läuft irgendwo eine neueröffnete Discounter-Filiale gut, bleibt sie meist nicht lang alleine. Schnell klotzt die Konkurrenz ein eigenes Billig-Bollwerk in die Nachbarschaft. Das gilt

in England kommt Aldi und Lidl sogar der Brexit zugute

nicht nur für Deutschland sondern nur um den Globus. Aldi ist mittlerweile in 20 Ländern der Welt präsent. In den USA beispielsweise erzielt Aldi Süd mit seinen 1760 Filialen demnächst wohl genauso viel Umsatz wie in Deutschland. In China versucht man gerade mit einem Internet-Handel Fuß zu fassen. Lidl denkt angeblich darüber nach, dem Erzrivalen ins Reich der Mitte zu folgen. Bereits vertreten sind Lidl-Filialen in 28 Ländern, die Kaufland-Kette in sieben.

So sind Deutschlands Discounter gleichzeitig zum weltweiten Exportschlager geworden. Wo das blau-weiße Aldi-Logo oder das dreifarbige Lidl-Emblem auftauchen, zittert die Konkurrenz. Zum Beispiel in England: Im Gegensatz zu britischen Anbietern wachsen die beiden Discount-Ketten dort zweistellig, und das nicht nur, weil sie kräftig investieren, sondern weil sie auf einheimische Produkte setzen. Bei Lidl gibt es britisches Rinderhack, britische Äpfel und britische Kürbisse. 70

Prozent der Waren sind „Made in England“, bei Aldi sind es sogar 77 Prozent. Die einheimische Konkurrenz kommt teilweise nur auf 50 Prozent. Deswegen wird wohl auch der Brexit Aldi und Lidl eher nutzen als schaden. Aldi ließ jüngst werbewirksam verlauten, dass man die Preise trotz EU-Ausstieg und Pfundschwäche nicht anheben werde. Da die meisten Waren in den Filialen aus Großbritannien stammen, werden sie für den Discounter ohnehin nicht teurer. Gelernt hat man die richtige Kundenansprache auf die härtest mögliche Tour, nämlich in Deutschland: Die hiesigen Kunden gelten als die schwierigsten und anspruchsvollsten weltweit.

Derart kampferprobte 2016 die Schwarz-Gruppe im Discounter-Wettstreit die Nase vorn, oder besser gesagt: den Einkaufswagen. Sie übersprang erst-

mals die Umsatzgrenze von 90 Milliarden Euro. Aldi blieb deutlich darunter. Das „Manager-Magazin“ nannte Klaus Gehrig, Konzernchef der Schwarz-Gruppe, daraufhin in seiner Titelgeschichte „Lidls Handelskrieger“ und kürte ihn zum Manager des Jahres. Im Interview mit der Wirtschaftszeitschrift zeigte sich der 68-jährige Niederbayer, der seit 40 Jahren in Diensten des Discountgiganten aus dem schwäbischen Neckarsulm steht, in Eröbererlaune. Er kündigte an, das Kaufland 2017 in die Republik Moldau gehen werde und es Lidl 2018 nach Serbien ziehe.

In diesem Jahr allerdings hat ihm Erzrivale Aldi den Schneid abgekauft – zumindest in Deutschland, und das ist immer noch der wichtigste Absatzmarkt für beide Konzerne. Laut Marktforschungsinstitut GfK konnte Lidl danach die Umsätze von Januar bis August zwar um 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigern. Die SB-Warenhauskette Kaufland verbuchte aber ein Minus von 0,9



Aldi-Filiale in New York: Eine von 1760 in den USA

Bild: pa

Prozent. Wettbewerber Aldi Nord legte dagegen um 5,7 Prozent zu, Aldi Süd sogar um 7,8 Prozent. Schwarz-Chef Gehrig zeigte sich zerknirscht. Der „Wirtschaftswochen“ erklärte er: „Wenn der Erfolg zur Regel wird, wird man mitunter nachlässig und weniger erfolgsorientiert.“ Man habe „etwas Speck angesetzt. Das darf in unserer Branche nicht sein“.

Vor allem wenn die Konkurrenz gerade mit dem größten Investitionsprogramm der Firmengeschichte durchstartet: Bis zum Jahr 2019 will Aldi Süd seine 1880

deutschen Filialen für 3,5 Milliarden Euro modernisieren, gab das Unternehmen jüngst bei einer Pressekonferenz in der Firmenzentrale in Mülheim bekannt. Im Sommer hatte die Essener Schwester Aldi Nord bereits ein 5,2 Milliarden Euro schweres Programm für die eigenen 2300 Filialen gestartet. Mehr Markenartikel, mehr frische Produkte sollen das Sortiment aufhübschen, mehr Licht und ein edleres Interieur die Umsatzzahlen zum Funkeln bringen.

Bei Lidl besinnt man sich stattdessen gerade wieder auf alte Tu-

genden. Konzern-Chef Gehrig kritisierte jüngst die großen Eingangshallen in manchen modernisierten Lidl-Filialen als Platzverschwendung. Möglicherweise geht auch die Angst um, durch ein veredeltes Sortiment und Filialen in Palast-Optik genau dort Platz für einen Konkurrenten zu schaffen, wo man einst selber zum Welterfolg startete: bei günstigen Lebensmitteln, die auf schlichten Holzpaletten in kargen Räumen zum Verkauf stehen, und vor allem eines sind – unschlagbar günstig. Frank Horns

MELDUNGEN

Wasserstoffzug rollt in China

Peking – In der nordostchinesischen Stadt Tangshang wurde der erste reguläre Wasserstoffzug der Welt in Betrieb genommen. Das als Straßenbahn dienende Niederflurfahrzeug fährt auf Basis von Wasserstoff, der in einer Brennstoffzelle mit Sauerstoff reagiert und so Strom erzeugt, wobei auf umweltfreundliche Weise ausschließlich Wasser beziehungsweise Wasserdampf hinterlassen wird. Die von einer ortsansässigen Fabrik innerhalb von vier Jahren entwickelte Bahn kann in 15 Minuten betankt werden, was für eine Fahrtstrecke von 40 Kilometern ausreicht. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 70 Kilometer pro Stunde. T.W.W.

Deutsche Äpfel nach Taiwan

Taipeh – Der taiwanesischen Landwirtschaftsrat hat die Einfuhr von frischen Äpfeln aus Deutschland beschlossen. Bilaterale Gespräche dazu wurden bereits seit 2007 geführt. Der Stader CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann half dabei, die Vereinbarung zum Abschluss zu bringen. So ist es naheliegend, dass die Früchte aus dem Alten Land, einem Obstanbaugebiet in der Elbmarsch zwischen Hamburg und Stade, kommen werden. J.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.978.136.873.442 €

Vorwoche: 1.978.102.592.41 €

Verschuldung pro Kopf:
24.045 €

Vorwoche: 24.044 €

(Dienstag, 28. November 2017,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wie saures Bier

Zinskrise: Lebensversicherer wollen Verträge verkaufen

Bei 30 der insgesamt 84 Unternehmen der Lebensversicherungsbranche reichten die Erträge aus Kapitalanlagen im vergangenen Jahr nicht aus, um die Garantiezinsen und die vorge-schriebene Reserve zu decken. Das belegt eine aktuelle Studie des Lebensversicherungsaufkäufer-Policen Direkt.

„Unsere Analyse zeigt, dass die Belastung der Lebensversicherer stark zunimmt“, sagt Hennig Kühl von Policen Direkt gegenüber der „Wirtschaftswochen“. „Die Zeiten, in denen es um die Höhe von Überschüssen geht, sind Vergangenheit. Heute zählt für Versicherte vor allem die Sicherheit der Garantien.“

Und es kommt noch schlimmer: Kunden von Lebensversicherungen müssen sich nach Experteneinschätzung auf weiter sinkende Verzinsungen für Versicherungspolice einstellen. „Aufgrund des weiterhin anspruchsvollen Zinsumfeldes gehen wir auch für 2018 von fallenden Überschussbeteiligungen aus“, sagte Lars Heermann von der Ratingagentur Assekurata der „Welt am Sonntag“.

Die laufende Verzinsung bei den klassischen Lebensversicherungen setzt sich aus dem Garantiezins und der Überschussbeteiligung der Versicherer zusammen. Der vom Bundesfinanzministerium festge-

setzte Garantiezins war zuletzt zum 1. Januar dieses Jahres von 1,25 auf 0,9 Prozent abgesenkt worden. Üblicherweise wird der Garantiezins alle zwei Jahre verändert. Die Versicherer machen die dauerhafte Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank für ihre Situation verantwortlich und suchen nach Auswegen.

Sechs Millionen Lebens- und Rentenversicherungsverträge will alleine die Ergo loswerden. Auch der Konkurrent Generali denkt

Hinter den Käufern stecken oft Investoren aus dem Ausland

über den Verkauf seiner Verträge nach. Schon vor den beiden Branchenriesen haben bereits mehrere kleinere Versicherungen ihre Bestände verkauft. Die Unternehmen verkaufen die Policen häufig an sogenannte Abwicklungsunternehmen.

Nach einem Bericht des Südwesstrundfunks stecken dahinter oft ausländische Investoren. Verbraucherschützer äußern sich skeptisch. Sie glauben, dass die Versicherer dadurch weniger Geld herausbekommen, als ihnen versprochen

wurde, da es schlicht unmöglich sei, eine Prognose darüber abzugeben, wie liquide die Käufer in zwei oder drei Jahrzehnten seien. Die Bundesfinanzaufsicht BaFin überprüft lediglich, ob die garantierten Leistungen dauerhaft eingehalten werden. Ob die Unternehmen etwaige Überschusszahlungen ebenfalls leisten können, spiele für die Überprüfung dagegen keine Rolle, heißt es in dem SWR-Bericht. Laut der Kölner Ratingagentur Assekurata schmolz der Ertragspuffer der Lebensversicherer im vergangenen Jahr weiter zusammen.

Allerdings ist die Lage komplexer, als es zunächst scheint. Wie Policen Direkt ermittelt hat, betragen die Erträge bei der Allianz fast 128 Prozent der Verpflichtungen. Die Generali-Lebensversicherung liegt mit knapp 88 Prozent unter der 100-Prozent-Marke. Die Ergo-Tochter Victoria kommt auf 92 Prozent, die Ergo Leben selbst liegt mit 108 Prozent im positiven Bereich. Die Ratingagentur Assekurata erklärt, dass aufgrund hoher Rücklagen die Kapitalanlagen der Lebensversicherer im Marktschnitt ausreichen, um die Anforderungen an die Garantien fast 3,5-mal zu finanzieren. Der Trend sei allerdings schwierig und abnehmend. Viel Geld lasse sich nicht mehr verdienen. Peter Entinger

Kritik selbst aus der CDU

Thomas de Maizière kritisiert Siemens' Stellenstreichungspläne

Siemens will trotz 6,2 Milliarden Euro Gewinn 6900 Stellen streichen, die Hälfte davon in Deutschland. SPD-Chef Martin Schulz warf Siemens vor, nach dem Motto zu handeln: „Wir schmeißen die Leute raus, das steigert den Gewinn.“ Es sei inakzeptabel, dass ein internationaler Konzern, der jahrzehntelang direkt und indirekt vom deutschen Staat und den Steuerzahlern profitiert habe, „jetzt seine Mitarbeiter für krasse Managementfehler bluten lässt“, sagte Schulz.

Siemens ist ein Mischkonzern mit Geschäftsfeldern von der Automatisierung bis zum Straßenbahnbau, und in einigen Segmenten ist die Marktlage schwierig. So hatte der Konzern zunächst die Streichung von 6000 Stellen bei der spanischen Windenergie-tochter Siemens-Gamesa angekündigt. Nun will der deutsche Technikriese weltweit fast 7000 weitere Stellen vor allem im Energiebereich Power und Gas streichen. Etwa die Hälfte des Abbaus wird deutsche Arbeitsplätze betreffen.

Geplant ist, die Standorte Gölitz mit aktuell etwa 720 Stellen

und Leipzig mit 200 Arbeitsplätzen zu schließen. Weitere Streichungen sind in Mülheim an der Ruhr sowie in Berlin geplant. Der Abbau sei „über einen Zeitraum



Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Meißen: Thomas de Maizière

von mehreren Jahren“ geplant. Ziel sei es, die geplanten Maßnahmen möglichst sozialverträglich zu gestalten, heißt es in einer Mitteilung des Konzerns. „Ich hoffe, dass

die Gewerkschaft vom Protest zum Dialog finden wird und wir einen Interessenausgleich zustande bekommen“, sagte Personalchefin Janina Kugel dem „Tagesspiegel“.

Betriebsrat und IG Metall wollen Standortschließungen und Stellenabbau in großem Stil vermeiden. Da Siemens Gewinne erziele, lehnen beide die Kürzungspläne generell ab. Die Ankündigungen des Vorstands seien keine Basis für Verhandlungen, sagt die Gesamtbetriebsratsvorsitzende Birgit Steinborn.

Doch nicht nur Gewerkschaftsvertreter und Sozialdemokraten sind sauer. Kritik gibt es auch aus der Union. Siemens zählte in der Vergangenheit zu den Großspendern, dennoch ist der Ton scharf, den der amtierende Innenminister und sächsische CDU-Vertreter Thomas de Maizière anschlug. Das Land und die Kommunen hätten sich stets engagiert, für Siemens wettbewerbsfähige Standortbedingungen zu garantieren, erklärte de Maizière und verwies auf die mit Steuergeld finanzierte Infrastruktur wie eine Verladestelle für Turbinen in Dresden. P.E.

Eine Schande

Von Bodo Bost

Nach der Niederlage der islamischen Terrororganisation IS im Irak und Syrien, zu deren Bekämpfung die Kurden die Bodentruppen stellten und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan lediglich die Rhetorik lieferte, haben die USA der Türkei jetzt versprochen, die Waffenlieferungen an die Kurden einzustellen. Sicher, die kurdischen Peschmerga haben ein Eigentor geschossen, als sie mit dem Unabhängigkeits-Referendum vom 25. September im Nordirak die Zeichen auf Abspaltung vom Irak stellen wollten. Aber sie hatten vor diesem Referendum ihren Anteil an der Niederrückung des IS. Es gibt vieles, was in der kurdi-

schen Autonomieregion im Argen liegt. Doch Irakisich-Kurdistan ist stabiler, demokratischer, offener als alles andere in der Nachbarschaft. Nicht von ungefähr wollten auch viele Jesiden und Christen die Unabhängigkeit der Kurden. Der Schutz der Minderheiten ist in Kurdistan gewährleistet, anders als in den meisten anderen Staaten der Region. Die Kurden haben tapfer gegen den Weltfeind IS gekämpft und zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen, bei ursprünglich fünfeinhalb Millionen Einwohnern. Dass ihnen der Westen und die Weltgemeinschaft jetzt ihre historische Chance, endlich frei zu sein, versagen wollen, ist eine Schande.

Gewalt statt Kunst

Von Frank Horns

Der Komponist Karlheinz Stockhausen befand, dass die Terroranschläge auf das World Trade Center mit seinen beinahe 3000 Toten Kunst seien, sogar „das größte Kunstwerk, was es je gegeben“ habe. – Das sind sie nicht. Sie sind ein monströses Verbrechen.

Kunst ist es ebenso wenig, wenn eine Künstlertruppe einen Politiker mit Psychoterror überzieht und seine Familie in Sippenhaft nimmt. Das gilt auch, wenn diese Person sehr umstritten ist. Natürlich ist von Björn Höcke die Rede. Mitglieder des „Zentrums für Politische Schönheit“ haben den Thüringischen AfD-Politiker und seine Angehörigen in dessen Haus über Monate ausgespäht. Dann errichteten sie auf einem Nachbargrundstück mit 24 Betonstelen einen Nachbau des Berliner Holocaustmahn-

mals, das Höcke in einer vielfach kritisierten Rede als Mahnmal der Schande bezeichnet hatte. Die „Künstler“ fordern den Politiker auf, vor dem Holocaust-Denkmal auf Knien um Vergebung zu bitten – anderenfalls würden sie die gesammelten Informationen veröffentlichen. Die abstoßende Aktion verglich Thüringens Landtagspräsident Christian Carius (CDU) mit den „Zersetzungsverfahren der DDR-Staatssicherheit“. Es ist noch mehr: Es ist eine neue Eskalation der Gewalt gegen den politischen Gegner. Wer so vorgeht, muss sich nicht wundern, wenn er – ebenfalls von skrupellosen und kurzsichtigen Menschen – heftige Gegenreaktionen provoziert. Dass es in einer Demokratie friedlich zugeht, ist nicht selbstverständlich. Idioten können das, selbst wenn sie sich Künstler schimpfen, ändern.

Von wegen »liberal«

Von Hermann Paul Winter

Die aus Syrien stammende muslimische Religionspädagogin Lamyia Kaddor gibt sich gerne als Vertreterin eines zeitgemäßen Islam. Kaddor war Teilnehmerin des Integrationsgipfels von Angela Merkel und Gründungsmitglied des Liberal-Islamischen Bundes e. V. (LIB). Seit Jahren beklagt sie eine „zunehmende Islamfeindlichkeit in allen gesellschaftlichen Schichten“. Es herrsche eine „Wagenburg-Mentalität“ der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Muslimen.

Kürzlich kritisierte sie nun, „Islamfeinde“ missbräuchten hierzu die Scharia als Schreckenswort, um den Islam als unmenschlich und grausam darzustellen. Dabei werde kein Moslem durch die Scharia davon abgehalten, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen und Gesetze einzuhalten.

Die Scharia beschreibe lediglich die Vorstellung davon, wie sich ein Mensch auf dem Weg Allahs korrekt verhalten soll, und gebe lediglich den Kern der Religion wieder.

Lamyia Kaddor verteidigt Scharia als verfassungsgemäß

Diese Argumentation ist eine gezielte Irreführung. Die islamische Scharia steht für jeden gläubigen Moslem über dem von Menschen gemachten Rechtsstaat. Im islamischen Weltbild gilt auf alle Zeiten unveränderbar nur das Wort Allahs. So nimmt es nicht wunder, dass ein muslimischer Angeklagter sich kürzlich weigerte, sich vor einem deutschen Richter zu erheben. Seine Begründung: Als Moslem

könne er sich nur vor Allah erheben.

Kaddors gezielte Täuschungen und Verharmlosungen offenbaren, wie ungläubwürdig das liberale Bild ist, mit dem sie sich inszeniert. Überdies gibt es zu denken, dass fünf Schüler einer Schule in Dinslaken, an der Kaddor unterrichtete, in den Dschihad nach Syrien zogen – womöglich auch im Bemühen um korrektes Verhalten auf dem Weg Allahs?

Islamische „Friedensrichter“ haben in Deutschland längst eine Paralleljustiz gemäß Scharia installiert, die der Rechtsstaat hin- und her nimmt. Deutsche Gerichte haben inzwischen weit über 200 Mal nach Scharia-Recht geurteilt.

Selbst die für die gesamte Welt verbindliche UN-Menschenrechtserklärung stellen die islamischen Staaten mit ihrer „Kairoer Erklärung“ von 1990 unter den Vorbehalt der Scharia. So erlaubt die Erklärung beispielsweise das Töten von Menschen, wenn die Scharia es verlangt. Mann und Frau werden zwar die gleiche Würde zugesprochen, jedoch nicht die Gleichstellung in anderen Bereichen. Eltern haben das Recht, für ihre Kinder die Erziehung nach ihren Wünschen zu wählen, vorausgesetzt jedoch, dass diese mit den Grundsätzen der Scharia übereinstimmt.

Mit ihrem zweifelhaften Eintreten für die Scharia hat Kaddor ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie muss jetzt klarstellen, wie sie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.



Regelmäßig zu Gast in den Staatsmedien: Lamyia Kaddor, hier in der ARD-Talkshow „hart aber fair“ vom 19. Juni dieses Jahres zum Thema „Wenn Terror Alltag wird. Ist Mutigsein jetzt Bürgerpflicht?“

Bild: Imago

Guter Glaube und Naivität gebieten uns, seitens der CDU-Chefin Angela Merkel gegenüber der CSU Sympathie und Rücksichtnahme anzunehmen, doch guter Glaube und Naivität führen in die Irre. Denn immer schon war für die CSU die Schwesterpartei die größte Gefahr. Das einzige, was die CDU daran hindert, in Bayern einzumarschieren, ist die Angst, dass sich die CSU revanchiert und das mit größerem Erfolg.

Diese Überlegung ruft den „Geist von Kreuth“ in Erinnerung, wenigstens bei manchen, doch niemand weiß mehr, worum es sich dabei handelte. In den 70ern stellten CDU und CSU stets die größte Fraktion im Bundestag, aber die FDP sorgte für eine linke Mehrheit. Da schlug CSU-Chef Franz Josef Strauß seinem Freund Helmut Kohl vor, man solle jeweils bundesweit Wahllisten auflegen, aber nur für die Zweitstimmen, und sich bei den Direktkandidaten absprechen, das heißt, alles so lassen, wie es war. Kohl stimmte zu. Das Wahlrecht hätte das zugelassen unter der Bedingung, dass die Fraktionsgemeinschaft aufgelöst wird.

Als damit die CSU an die Öffentlichkeit trat, gab es von der CDU einen lauten Aufschrei, so, als wäre man aus dem Hinterhalt überfallen worden. Man habe nichts von der Idee geahnt, hieß es, und sei völlig überrumpelt. Damit war eine Strategie, die den beiden C-Parteien eine absolute Mehrheit beschert hätte, zerstört und die CSU als Verräter gebrandmarkt. Sie kleinzuhalten, war für Kohl und die Seinen wichtiger als ein Sieg bei der Wahl. Wieso sollte das ausgerechnet bei Merkel anders sein? Dass die nicht zum Wohl der Partei handelt, der sie vorsitzt, ist ja allen daran zu erkennen, dass sie alle tüchtigen Leute weggebissen hat.

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Das Verhältnis zur CDU ist also seit vielen Jahren für die CSU eine Last. Doch sie hat auch ein Eigenleben und das bedeutet, dass sie auch mit selbstgemachten Schwierigkeiten umgehen muss. Diese sind teils objektiver Art und nicht korrigierbar. Eine davon liegt in der politischen Struktur Bayerns begründet. Da gibt es Ober- und Niederbayern, dazu die Oberpfalz. Dies ist der historische Kern des Landes Bayern, 1500 Jahre alt. Vor 200 Jahren sind die drei fränkischen Bezirke und Bayerisch-Schwaben dazugekommen. Während sich aber die Schwaben wohl eingefügt haben, halten die Franken immer noch auf Abstand. Soviel zum Thema Integration.

Diese ethnologischen Gegebenheiten spiegeln sich natürlich in der Politik und somit auch in der CSU wider. Der Regional-Proporz spielt eine große Rolle, was die Auswahl von geeigneten Führungspersonlichkeiten erschwert. Ein brandaktuelles Beispiel mag als Beleg dienen. Für die anstehenden Entscheidungen in der Bundespolitik hat Ministerpräsident Horst Seehofer eine „Findungs-Kommission“ ins Leben gerufen. Vorsicht bei Einrichtungen, für die man einen neuen Namen braucht!

Diese Kommission besteht aus ihm selber, aus dem früheren Ministerpresiden-

ten Edmund Stoiber, einem Altbayern, dem noch viel früheren Bundesfinanzminister Theodor Waigel, Schwabe, und der aktuellen Landtagspräsidentin Barbara Stamm aus Franken. Was ist dazu zu sagen? Stoiber hat Bayern lange Zeit vorzüglich regiert, aber danach nie den inneren Abstand zur Macht gefunden. Um ein wenig mit dabei zu bleiben, hat er sogar Brot von der EU genommen, die er einst bekämpft hatte, jetzt also Findung. Waigel fiel schon zu seiner aktiven Zeit mehr durch Scherze und ein Talent zum Parodieren als durch scharfe Analyse und wegweisende Gedanken auf. Und Stamm? Man kann es so ausdrücken: Die Karriere eines Politikers ist vollendet, wenn er einen Posten bekommen hat, dem er nicht gewachsen ist. Stamms Karriere war sehr früh vollendet, hielt aber dennoch an. Dies also die Kommission, regional gegliedert. Was sie finden soll? Man weiß es nicht.

Auffällig, wie lange sich der Name Markus Söder bei einer bayerischen Darstellung vermeiden lässt. Dies ist ganz im Sinne des herrschenden Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden. Denn das ist wohl bekannt von Aschaffenburg bis Berchtesgaden: Seehofer und Söder können nicht miteinander. Das wäre an sich kein Malheur, schlecht ist, dass es jeder weiß. Noch einmal ein Beispiel aus zurückliegender Zeit. Über elftliche, überaus erfolgreiche Jahre war Alois Goppel Bayerns Ministerpräsident und Franz Jo-

sef Strauß CSU-Vorsitzender. Sie galten als ideales Gespann: der Landesvater und der energische Gestalter. Dass sie miteinander spinnefeind waren, wussten nur wenige. So geht es auch und so geht es sehr viel besser.

Jetzt aber leidet Bayern und leidet vor allem die CSU an dem Nachfolge-Krieg Seehofer versus Söder. Alle denkbaren Möglichkeiten werden in der Öffentlichkeit durchgespielt: Seehofer bleibt, was er ist, er bleibt Ministerpräsident und tritt als CSU-Chef zurück oder umgekehrt oder aber er hört ganz auf. Jeder kann sich herausuchen, was ihm lieber wäre, aber darum geht es nicht. Es geht darum, dass mit dieser Vorstellung ein eisernes CSU-Prinzip zerstört wird, dass man nämlich seine Streitereien hinter verschlossenen Türen auszutragen hat. Eine Partei will sympathisch wirken, jedenfalls eine bürgerliche Partei, bei anderen ist das nicht so ganz sicher. Die CSU aber will das, und nichts stößt mehr ab, als wenn sich die Volksvertreter gegenseitig beschimpfen. Das gilt sogar für solche verschiedener Herkunft, um wie viel mehr, wenn sie ein und derselben Partei angehören.

Bei allem Gerede von politischer Mitbestimmung und Teilhabe steht eines fest: Die Bürger wollen, dass die Politiker

entscheiden. Das Gegackere und Gehacke geht den Leuten auf die Nerven oder, noch viel schlimmer, zieht die Sache ins Lächerliche. Dies trifft vor allem für Bayern zu, wo man mit dem System entschlossener Entscheidungen so lange Zeit so gute Erfahrungen gemacht hat. Aber die CDU färbt ab.

Auch wenn es nicht weiterhilft, aber die politische Lage ist stets durch Personen beschrieben. So muss auch die Option Ilse Aigner aufgezählt werden, Wirtschaftsministerin in Bayern, erklärte Gegnerin von Söder, aber deshalb keine Anhängerin von Seehofer. Eigentlich will sie selber. Sie hat, außer durch ihre optischen Qualitäten, mit einem Vorschlag auf sich aufmerksam gemacht, der für die CSU neu ist. Sie tritt, was die Nachfolge Seehofers angeht, für eine Urwahl ein. In auffälliger zeitlicher Nähe zu diesem Vorstoß weist sie darauf hin, dass Bayern für einen weiblichen Ministerpräsidenten reif sei.

Mit beiden Ideen betritt sie parteipolitisches Neuland. Was aber daran viel brisanter ist, liegt in der Tatsache, dass beide Vorschläge das Ende der Seehoferschen Regierungszeit voraussetzen.

Und irgendwie hat Aigner damit gar nicht unrecht. Denn wenn sich die Diskussion um ein Karriere-Ende zu lange hinzieht, wie jetzt um Seehofer, so verabschiedet sie sich, bevor man sich's versieht. Die Frage „ob“ wird mit einem Mal zur Frage „wann“. Und nicht einmal diejenigen, die sie angestoßen haben, können die Entwicklung mehr abwenden. Ilse Aigner aber wird kaum die Nutznießerin sein. Ihr eigener Verband, die Oberbayern, steht nicht geschlossen hinter ihr. Das bedeutet in der CSU: Aigners Niederlage ist schon festgeschrieben.

Aigners Niederlage ist schon festgeschrieben

Von FLORIAN STUMFALL

Friedrichs Zauberschloss

Berlin hat eine Baustelle weniger – Am 7. Dezember wird die Staatsoper Unter den Linden wiedereröffnet

Die Berliner Staatsoper ist in ihr Stammhaus zurückgekehrt, 3500 Umzugskartons mussten für 400 Lkw-Fahrten gepackt werden, 581 Mitarbeiter sind vom Schillertheater wieder Unter die Linden gezogen. Am 7. Dezember öffnet das Traditionshaus frisch saniert, abgedichtet und akustisch aufgepöppelt seine Pforten. Eine Mixtur aus Preußens Gloria, DDR-Nostalgie und globaler Gegenwart.

Die „Ode an die Freude“ ist am 3. Oktober bereits erklingen, als das Opernhaus nach sieben Jahren Bauzeit am Prachtboulevard wiedereröffnet worden war und Intendant Jürgen Flimm „Szenen aus Goethes Faust“ unter der musikalischen Leitung von Daniel Barenboim inszenierte. Der einwöchige Eröffnungsreigen endete am 7. Oktober mit einem „Konzert für Berlin“ kostenfrei auf dem Bebelplatz. Das war ganz große Oper unter preußisch-blauem Herbsthimmel.

Doch das Traditionshaus schloss erneut seine Pforten. Weitere zwei Monate wurden benötigt, um letzte Bauarbeiten auf und hinter der großen Bühne abzuschließen und das architektonische, technische und akustische Werk zu vollenden. Und damit auch die Bauzeit, die vier Jahre länger in Anspruch nahm als zunächst geplant. Für das Mammutprojekt brauchte es einen langen Atem, viel Kraft und horrenden Geldbeträge. Das Budget hat sich beinahe verdoppelt. Für 239 Millionen Euro sollte das Bauwerk modernisiert werden, 400 Millionen hat es am Ende gekostet. 200 Millionen Steuergelder verschlang diese Generalsanierung.

Die Betreiber geben sich besonnen, erklären das Mehr an Millionen und die Verzögerungen mit dem schwierigen Baugrund, Änderungen im Bauplan sowie der Insolvenz eines Ingenieurbüros. Wieder ein Bauskandal in Berlin, als hätte die Hauptstadt mit dem

BER nicht schon genug Schelte einstecken müssen.

Allen Kritikern und aufgebrauchten Denkmalschützern zum Trotz: Fachkundige Opernfans schwärmen von der verbesserten Akustik, denn darauf kommt es an in einem Opernhaus, das im internationalen Vergleich mithalten möchte. Auch der Maestro, Generalmusikdirektor Daniel Barenboim, der die akustische Moder-

neuert, die schlechte Sicht von den Seitenrängen verbessert, die Sitze im Parkett und auf den Rängen verbreitert. Bei knapp einem Viertel der Plätze bleibt der Blick auf die Bühne jedoch eingeschränkt, weil die Form des Hufeisens beibehalten werden sollte.

Hans Hoffmann, Technischer Direktor, schwärmt hingegen von der neuen Kreuzbühne, die einen schnelleren Bildwechsel der Akte

Denkmalschutz, der den ursprünglich geplanten Totalumbau des großen Saals unmöglich machte.

Die Fassade leuchtet nun in pinkfarbenem Putz, die sandfarbenen Säulen an der Front wirken dadurch noch prächtiger. Die Inschrift unter dem Giebel verkündet in goldenen Lettern die Bestimmung des Hauses: Fridericus Rex Apollini et Musis – von



Filigrankunstwerk: Blick von der sogenannten Nachhallgalerie auf den Opernsaal Bild: Gordon Welters

nisierung vehement eingefordert hatte, war „erstaunt, wie hervorragend der Klang geworden ist“. Für den besseren Klang wurde die historische Stuckdecke fünf Meter höher gesetzt. Über dem dritten Rang hat der Architekt eine Galerie einziehen lassen, die bis zur Decke mit einem gewölbten Gitter aus Keramik und Glasfaser kaschiert ist. Dadurch hat sich der Klangraum spürbar und hörbar vergrößert, von 1,1 auf beachtliche 1,6 Sekunden Nachhallzeit.

Die veraltete und marode Bühnentechnik wurde komplett er-

ermöglicht. Lasten von bis zu 1,5 Tonnen können bewegt werden. „Ein Quantensprung!“, sagt er.

560 historische Leuchten, 1400 neue Lampen und 800 Sicherheitslichter wurden installiert, 130 Kilometer Starkstromkabel verlegt. Selbst die berühmte Oper im fernen Sydney, die ebenfalls im Sanierungsmodus weilt, sehnt sich nach so viel hochentwickelter Technik, beherbergt in feinstem preußischen Rokoko.

Außerlich ist die neue alte Staatsoper, denn über all der aufwendigen Sanierung stand der

König Friedrich, Apoll und den Musen gewidmet.

Der Alte Fritz war es, der im Juli 1741 seinem befreundeten Architekten Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff den Auftrag zum Bau des „Zauberschloss“ gab. Eineinhalb Jahre später, am 7. Dezember 1742, wurde die Hofoper auf Befehl des ungedulden Königs mit Carl Heinrich Grauns „Cleopatra e Cesare“ festlich eröffnet. Erst zehn Monate später wurde der Bau fertiggestellt – eine Tradition des Aufschubens, die sich auch nach 275 Jahren fortsetzte.

Kölner Bruchbuden

Desaster ohne Ende in der Rheinmetropole – Sanierungen von Museen und Oper ziehen sich in die Länge

Köln schmückt sich gern mit dem Titel „Kulturmetropole im Westen“. Tatsächlich gibt es zahlreiche Kultureinrichtungen, doch zurzeit werden viele davon provisorisch betrieben, sind oder werden für Monate oder gar Jahre geschlossen.

Belege der römischen Stadt Colonia Claudia Ara Agrippinensium (CAA), als die Köln vor rund 2000 Jahren gegründet wurde, sind noch heute im Stadtgebiet zu sehen: Zum Beispiel ein Turm der römischen Stadtbefestigung, ein Stück der Wasserleitung, die frisches Trinkwasser aus der Eifel nach Köln beförderte, einzelne Sarkophage oder eine komplett erhaltene Grabanlage eines römischen Beamten am Ortsrand der heutigen Stadt.

1974 wurde das Römisch-Germanische Museum (RGM) eröffnet – in bester Lage neben Dom und Hauptbahnhof. Hier fanden die meisten archäologischen Funde aus den ersten fünf Jahrhunderten, die bei Ausgrabungen zu Tage gefördert wurden, ihren Platz. Prunkstück des Hauses ist das komplett erhaltene, etwa 70 Quadratmeter große „Dionysos-Mosaik“.

Rund 20 Millionen Besucher zählte das mittlerweile renovierungsbedürftige Haus bislang. Eine dreijährige Sanierungszeit

ab 2018 war geplant und beschlossen. Im Juni dieses Jahres schockierte die Stadtverwaltung jedoch die kulturinteressierte Öffentlichkeit mit der Hiobsbotschaft, dass die Sanierung des Museums wohl eher die doppelte Zeit beanspruchen werde – also mehr als sechs Jahre. Das



Dauerbaustelle: Römisch-Germanisches Museum am Kölner Dom

Römisch-Germanische Museum bis 2023 geschlossen! Für Viele ein Unding. Dies wissend, sucht die Stadt nach einem Ersatzgebäude als Provisorium.

Weniger hart traf die „kölsche Seele“ die Schließung des Ostasiatischen Museums. Bis Ende September 2017 aber bleibt das von

der Besucherzahl her kleinste Museum wegen Sanierungsarbeiten geschlossen.

Ein Unglück kommt, so ein Sprichwort, selten allein. Und traf im Juni dieses Jahres dann das Kölnische Stadtmuseum, das die Geschichte vom Mittelalter bis zur Neuzeit behandelt. Ein defek-

ter Wasserhahn im Haus verursachte einen extremen Wasserschaden. Die Dauerausstellung im Museum ist nun für einige Monate geschlossen. „Konrad der Große“, die aktuelle Sonderausstellung zu Adenauers Oberbürgermeisterzeit in Köln, kann aber besichtigt werden.

Das altehrwürdige Rautenstrauch-Joest Museum für Völkerkunde hat nach seinem Umzug im Jahr 2010 vom früheren Standort in ein preisgekröntes neues Gebäude mit zahlreichen Baumängeln zu kämpfen. Mal war es die wackelnde Glasfassade, mal die defekte Türschließenanlage und zuletzt eine fehlerhaft installierte Brandschutzanlage, die die Stadt zwangen, das Museum zeitweise ganz oder in Teilen zu schließen. Immerhin wurde der Eintrittspreis gesenkt.

Der finanziell dickste Brocken der kaputten Kölner Kulturlandschaft aber ist

und bleibt die Oper mit Schauspielhaus. Im Oktober 2010 beschloss der Rat der Stadt, statt eines Neubaus das bestehende Operngebäude aus dem Jahr 1957 zu sanieren. Baukosten von 253 Millionen Euro wurden bewilligt. Die Sanierung begann planmäßig 2012. Beide Bühnen müssen sich mit Ersatzspielorten auf der rechten – das ist in Köln die „falsche“ – Rheinseite („schäl Sick“) arrangieren. Die geplante Wiedereröffnung im Herbst 2015 platzte allerdings im Frühjahr 2015 wie eine Seifenblase – sinnigerweise war der Spielplan für Oper und Schauspiel damals

Nach schweren Kriegsschäden wurde die „Lindenoper“ 1955 von DDR-Architekt Richard Paulick wieder hergerichtet. Im äußeren Erscheinungsbild orientierte er sich an dem historischen Vorbild, innen lehnte er an Rokokoformen an. Die Bausubstanz des geschichtsträchtigen Opernhauses im Osten der Stadt – der Westen Berlins hat die Deutsche Oper – stammte noch genau aus dieser Zeit, das Material vermutlich teilweise aus den Trümmerbergen Berlins. Bautechnische Mängel wurden also beseitigt und die stark veraltete Gebäudeausstattung auf ein zeitgemäßes Sicherheitstechnisches Niveau gebracht. Ebenso die Barrierefreiheit, die Klimatechnik und der Brandschutz.

Offizieller zweiter Paukenschlag nun also am 7. Dezember, dem 275. Geburtstag der Staatsoper. Das kulturinteressierte Publikum darf sich auf viele Opern freuen, vom Barock bis zu Uraufführungen. Bühnenbildner Markus Lüpertz, der berühmte Malerfürst, sorgt für den Augenschmaus. Die erste Premiere wird am 8. Dezember gefeiert: Engelbert Humperdincks Märchenspiel in drei Bildern „Hänsel und Gretel“ unter der Regie von Achim Freyer, es dirigiert der ehemalige Solo-Hornist der Staatskapelle, Sebastian Weigle. Nur einen Tag darauf folgt „L'Incoronazione di Poppea“ des italienischen Barockkomponisten Claudio Monteverdi.

Das neue alte Opernhaus am berühmten Prachtboulevard in der Mitte Berlins ist also spielfähig für das 21. Jahrhundert. In der historischen Hülle steckt jetzt ein modernes Opernhaus. Wer fragt da nach der langen Bauzeit und dem Verkehrschaos, der verengten Hauptstraße und unzähligen Bauzäunen, die die schönen Linden zieren? Susan Bätge

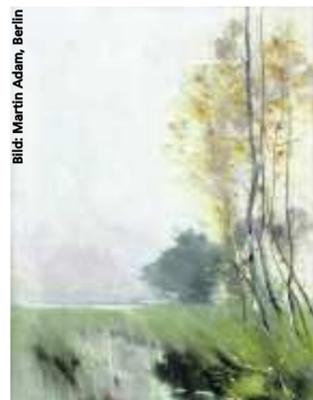
Vorverkauf für die gesamte Saison der Staatsoper: www.staatsoper-berlin.de

Vier Augen für Landschaften

Das Bröhan-Museum in Berlin präsentiert derzeit die Ausstellung „Landschaft zwischen Impressionismus und Expressionismus“ mit Meisterwerken von Karl Hagemeister und Walter Leistikow: Beide Künstler waren Mitbegründer der Berliner Secession. Der Landschaftsmalerei kam Ende des 19. Jahrhunderts eine neue Bedeutung zu. Man wollte Landschaft und Natur direkt erfahren. Deshalb verließen die Künstler die Städte und malten „en plein air“, in der freien Natur. Scheinbar unspektakuläre Landschaften und am Wegesrand gefundene Motive dienten als Objekt der Auseinandersetzung. Der Mensch wurde aus den neuen Landschaftsbildern verbannt.

In der Berliner Secession vollzogen diese Entwicklung am konsequentesten der aus Bromberg stammende Walter Leistikow (1865–1908) und der Brandenburger Karl Hagemeister (1848–1933). Aus Protest gegen die Kulturpolitik Kaiser Wilhelms II. und des Akademiedirektors und Historienmalers Anton von Werner hatten sich elf Künstler um Leistikow bereits 1892 zu der alternativen Ausstellungsgemeinschaft „Vereinigung der XI“ zusammengeschlossen. Der Streit über die Ablehnung eines Gemäldes von Leistikow durch die Jury der Großen Berliner Kunstausstellung war Mitauslöser für die Gründung der Berliner Secession. Zum Präsidenten wählte sie den Impressionisten Max Liebermann, zum Ersten Sekretär wurde Leistikow gemacht. Und auch viele andere deutsche Kunstschaffende zog es in der Folgezeit nach Berlin und seiner Secession.

Leistikow und Hagemeister entwickelten eine Malerei zwischen Impressionismus und Expressio-



Hagemeister: „Birken im Nebel am Schwielowsee“

nismus, die zu diesem Zeitpunkt radikal modern war. Die Lust an der Farbe und die Freude am Experimentieren beim Farbauftrag vereinte ihr Werk. Befreit von Zwängen der tradierten Malerei erforschten sie die gewonnenen Freiheiten eigener Widrigkeit der Natur noch mit bildlichen Motiven. Doch Abstraktion, Expressionismus und selbst die Farbfeldmalerei sind schon angelegt und deuten sich in Spätwerken an.

Die Ausstellung zeigt etwa 100 Landschaften der beiden Künstler, hauptsächlich aus eigenem Bestand, ergänzt um ausgewählte Leihgaben. Einige der Bilder sind seit langer Zeit zum ersten Mal wieder öffentlich zugänglich. Mit der Schau sollen Hagemeister und Leistikow als Wegbereiter der Malerei des 20. Jahrhunderts gezeigt werden. Beide entwickelten in ihrer Kunst eine ganz neue Form. Susanne Habel

Bis 28. Januar im Bröhan-Museum, Schloßstraße 1a, 14059 Berlin-Charlottenburg, geöffnet Dienstag bis Sonntag und am Feiertag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro, erster Mittwoch im Monat frei. Der Katalog kostet im Museum 19, im Handel 22,90 Euro. www.broehan-museum.de

Totalschaden durch undichten Wasserhahn

jüngsten, aber vermutlich nicht letzten Zahlen der Stadt, verkündet Anfang Juli: Die Opersanierung benötigt bis zu 570 Millionen Euro und wird nicht vor 2023 beendet sein.

In Leserbriefen der Lokalzeitung werden die Unsummen für die Opersbauten von Hamburg und Köln bereits verglichen. Von „Desaster ohne Ende“ ist die Rede. Ein Leser zog den Vergleich: Die Hamburger haben für viel Geld einen schicken, repräsentativen Neubau bekommen. Die Kölner dagegen kriegen für fast das gleiche Geld nur einen sanierten Altbau. Siegfried Schmidtke

»Vergangenheitsbewältigung« im Straßenverkehr

Die Jagd auf vermeintlich an den Nationalsozialismus erinnernde Kfz-Kennzeichen führt zu immer neuen Verboten

Das Bestreben seitens der Bundesrepublik, an den Nationalsozialismus erinnernde Nummernschilder zu verhindern, ist fast so alt wie die Bundesrepublik selbst. Doch die Politische Korrektheit, staatlich alimentierter Antisemitismus und preußisch-deutscher Perfektionismus haben dieses verständliche Bestreben in letzter Zeit seltsame Blüten treiben lassen, welche die Frage nach der Verhältnismäßigkeit aufwerfen.

Schon 2012 betonte der damalige Verkehrsminister des Bundeslandes Brandenburg, Jörg Vogelsänger (SPD), im Landtag stolz, er habe die „bundesweit schärfste Regelung für die Sperrung von Buchstaben- und Kennzeichenkombinationen für Autokennzeichen mit NS-Symbolik verordnet“. Was aber ist nun darunter zu verstehen?

Angeblich sollen sich in den vergangenen Jahren sogenannte Ewiggestrige und Neonazis gerne Kombinationen „gefährlicher“ Zahlen und Buchstaben für die Nummernschilder ihrer Autos ausgesucht haben, um ihre braune Gesinnung (für Eingeweihte) nach außen hin zu demonstrieren. So steht die Ziffer 1 für den ersten Buchstaben des Alphabets (A) und die 8 für H. Die „Codierung“ 18 bedeutet folglich „Adolf Hitler“, die 88 ein verstecktes „Heil Hitler“. Nachdem bereits Vogelsängers Vorgänger die Kombinationen AH 18 und HH 88 hatte sperren lassen, waren dann ab 2012 auch die Zahlenkombinationen 188, 888, 1888, 8818 und 8888 nicht mehr erlaubt.

Pech für jemanden, der beispielsweise am 1. oder am 8. August 1988 geboren wurde und damit nicht mehr sein Geburtsdatum (1888 beziehungsweise 8888) auf dem

Autokennzeichen führen darf – was in Deutschland allgemein beliebt ist –, da er sonst für einen verkappten Nazi gehalten werden könnte. Neu ist das „Problem“ mit den „NS-belasteten“ Nummernschildern hingegen nicht, nur, dass es im Laufe der Zeit immer mehr verfeinert wurde und inzwischen Teil einer staatlich alimentierten Antifaschismus-Industrie ist.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen und eingehenden Beratungen war am 1. Juli 1956 in der Bundes-

erinnerten wie beispielsweise SA, SS oder HJ.

Und dennoch führten die ersten Entwürfe aus den Jahren 1950/51 in zwei Fällen zu Unmut. Für die Stadt Konstanz am Bodensee war KZ vorgesehen, was man nach Protesten dann in KN abänderte. Ebenso regte sich im norddeutschen Stadel, für das die Buchstaben SD vorgesehen waren. Ärger, nachdem ein aufmerksamer Zeitgenosse daran erinnert hatte, dass dies die Abkürzung für den berüchtigten Sicher-

monische Lösung, die in der Buchstabenkombination STD bestand und bereits ab dem 1. August 1956 und damit nur einen Monat später Gültigkeit erlangte.

Auch für das Territorium der DDR sowie die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete hatte man zu Beginn der 1950er Jahre bereits Autokennzeichen entworfen, da die westdeutschen Planer von einer baldigen Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 aus-

benkombinationen der Städte und Landkreise, so wurde die Diskussion bald auch auf die mittleren Buchstaben ausgeweitet, die praktisch beliebig gewählt werden konnten. Welche Möglichkeiten es da gab, war seit der Einführung

1956 aus einer Anlagentabelle zur Straßenverkehrszulassungsordnung ersichtlich, bei der nur bestimmte Buchstaben wie B, F, G, I, O und Q wegen Verwechslungsgefahr mit ähnlichen wie R, E, C und J sowie der Ziffer 0 nicht vergeben wurden, was aber nach der Digitalisierung von Buchstaben und Ziffern aufgehoben wurde. Immer wieder einmal gab es Empfehlungen, Abkürzungen, die an nationalsozialistische Einrichtungen erinnern, nur in begründeten Einzelfällen – beispielsweise, wenn es sich um die Initialen des Fahrzeughalters handelte – auszugeben, da Fälle vorgekommen waren, in denen Besitzer von Kraftfahrzeugen, denen solche Kombinationen zugebilligt wurden, diese abgelehnt hatten. Besonders unglücklich traf es dabei einen Deutschen jüdischer Abstammung, der als ehemaliger Insasse eines Konzentrationslagers

ausgerechnet durch Zufall die Buchstabenkombination KZ erhalten hatte. Gerade noch rechtzeitig vor dem 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, leistete das Verkehrsministerium von Nordrhein-Westfalen dann seinen eigenen Beitrag zu diesem denkwürdigen Ereignis. Per Erlass wurden alle Straßenverkehrsämter des Landes angewiesen, bei der Anmeldung von Kraft-

fahrzeugen keine Nummernschilder mehr auszugeben, deren mittlere Buchstabenkombination an eine nationalsozialistische Einrichtung erinnert. Darunter fielen die Kombinationen SA, SS, KZ, NS und HJ. So konnten etwa ein

Siegfried Schneider oder eine Helga Jansen künftig nicht mehr, wie das häufig gewünscht wird, ihre Initialen im Kennzeichen bekommen, weil daraus eventuell falsche Schlüsse gezogen oder – vor allem bei Ausländern – unangenehme Erinnerungen wachgerufen würden. Denn genau damit wurde die Maßnahme seinerzeit begründet. Im Ausland, so teilte der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) mit, hätten die genannten Buchstabenkombinationen mancherorts Betroffenheit ausgelöst. Verwundert waren Beobachter allerdings darüber, dass dies erst 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus der Fall sein sollte, wo es offensichtlich bisher kaum jemanden gestört hatte.

Was zunächst nur für Nordrhein-Westfalen galt, wurde bald nach und nach auf die anderen Bundesländer ausgedehnt. So verschwand auch das lange Zeit im fränkischen Kulmbach beliebte Kennzeichen KU-SS. Doch erst die erwähnten Maßnahmen und Verbote brachten vermeintlich braune Nostalgiker auf alternative Ideen wie die eingangs beschriebene Verwendung „symbolträchtiger Ziffernkombinationen“.

Zwei Stadträte in Coburg gingen 2012 sogar noch einen Schritt weiter als die Anordnung im Land Brandenburg. Sie wollten nämlich auch die Buchstabenkombinationen BE („Blut und Ehre“) und BH („Blood and Honour“) verbieten lassen. Die Forderung wurde jedoch – erst einmal – zurückgewiesen, und ein Zeitungsredakteur kommentierte seinerzeit zu Recht, dass man mit derselben Begründung auch Kombinationen wie JG (Joseph Goebbels), HG (Hermann Göring) oder RH (Rudolf Heß) verbieten könne. *Wolfgang Reith*



Noch erlaubt: Mit HH beginnende Kennzeichen an in Hamburg zugelassenen Kraftfahrzeugen

Bild: MRK

republik Deutschland das heute gültige System der Kraftfahrzeugkennzeichen eingeführt worden, das man nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 1. Januar 1991 auch für die neuen Bundesländer übernahm. Von Anfang an gab es Übereinstimmung darüber, dass Städte und Landkreise auf keinen Fall mit Buchstabenkombinationen ausgestattet werden sollten, die an NS-Organisationen

heitsdienst der SS unter Reinhard Heydrich war. So wurde aus dem SD zunächst ein ST, bei der endgültigen Zuweisung war es aber plötzlich doch wieder SD. Gleichwohl vergab die Straßenverkehrszulassungsbehörde ab dem 1. Juli 1956 diese Kombination wegen anhaltender Proteste nicht, sondern erteilte von sich aus widerrechtlich ST. Weil dieser Zustand unhaltbar war, fand man schließlich eine salo-

gingen. Als es 1990 dann zur deutschen Teil-Wiedervereinigung kam, stieß die für das mecklenburgische Neustrelitz vorgesehene Buchstabenkombination NS dort auf Ablehnung. Deshalb wurde noch vor der Einführung der neuen Kennzeichen, nämlich im Mai 1990, NZ daraus.

Betrafen die Bedenken hinsichtlich „geschichtsbelasteter“ Kennzeichen anfangs nur die Buchsta-

Ein Großfürstentum wird unabhängig und Republik

Vor 100 Jahren erlangte das bis dahin zum russischen Zarenreich gehörende Finnland die Souveränität

Der Nikolaustag war von jeher ein besonderer Tag im Leben eines jeden Finnen. 2017 aber wird dieses Datum mit großem Pomp gefeiert, denn vor genau 100 Jahren erlangte das heute 340 000 Quadratkilometer große, aber nur fünfeinhalb Millionen Einwohner zählende „Land der tausend Seen“ im nördlichsten Teil Europas seine Unabhängigkeit.

In den Wirren der Oktoberrevolution ergriff das Land die Gelegenheit beim Schopfe, sich vom zaristischen Russland loszusagen. Unter der Führung von Senatspräsident Evind Svinhufvud unterzeichnete das Parlament mit einer knappen Mehrheit von 100 zu 88 Stimmen die Unabhängigkeitserklärung, die am 31. Dezember 1917 von der neuen sowjetrussischen Regierung anerkannt wurde. Noch heute ist die Bevölkerung Suomis – so der offizielle Name in der Landessprache – stolz auf diese Tat.

Es ist jedoch nicht so, dass die Finnen, als sie noch als Großfürstentum zum Zarenreich gehörten hatten, durchgehend gelitten hätten. So gilt die Regierungszeit

des sogenannten Befreier-Zaren oder Zar-Befreiers (Oswoboditel), des russischen Zaren und finnischen Großfürsten Alexander II., von 1855 bis 1881 als eine in jeder Hinsicht recht glückliche für das Land. „Dieser russische Großfürst war uns Finnen wohlgesonnen. Unter ihm gediehen Architektur und schöne Künste“, bekennen selbst finnische Patrioten. Im Zentrum des weitläufigen Senatsplatzes im Herzen Helsinkis erhebt sich Alexanders monumentales Denkmal. Rund um den Platz entstand später ein vom deutschen Architekten Carl Ludwig Engel entworfenes Ensemble klassizistischer Bauwerke. Ein viel bewundertes Gesamtkunstwerk, über dem der prachtvolle Dom thront.

Das finnische Parlament nutzte das durch die Februarrevolution und den Thronverzicht Nikolaus' II. verursachte Machtvakuum

Mit dem Tod Alexanders II., der 1881 einem Attentat zum Opfer fiel, veränderte sich das Leben der Finnen jedoch dramatisch. Sein Nachfolger, Zar Nikolaus II., schürte 1899 mit seinem die

Rechte der Finnen beschneidenden Februarmanifest den Volkszorn. Der passive Widerstand gegen das repressive Regime wuchs von Tag zu Tag. Er mündete 1905 in einen Generalstreik und führte schließlich zur Wiederherstellung der finnischen Autonomie.

Nachdem Finnland ein knappes Dreivierteljahr nach dem Thronverzicht Nikolaus II. seine Unabhängigkeit erreicht hatte, trat der linksradikale Flügel der Sozialdemokratischen Partei für eine Revolution nach russischem Vorbild ein. In einem Bürgerkrieg kämpften sich „Rote“ und „Weiße“.

Im Gegensatz zu Russland trugen in Finnland die „Weißen“ den Sieg davon. Und im Gegensatz zu Russland wurden in Finnland die „Weißen“ vom Deutschen Reich unterstützt. So verwundert es nicht, dass mit Karl von Hessen ein Prinz aus Deutschland zum König von Finnland gewählt wurde. Der Hesse lehnte jedoch die angetragene Krone ab, und Finnland wurde – in diesem Fall wie Russland – Republik.

Zwischen den Weltkriegen erlebte das skandinavische Land eine Zeit des Friedens. Dann aber trat Russland erneut auf den Plan und stellte Gebietsansprüche. Finnland weigerte sich jedoch, die geforder-

ten Gebietsabtretungen vorzunehmen, und die Sowjetunion zwang daraufhin ihrem skandinavischen Nachbarn den sogenannten Winterkrieg von 1939/40 auf. Die Finnen schlugen sich tapfer, hatten aber aufgrund der Kräfteverhältnisse keine Chance. Finnland verlor den Krieg und als dessen Folge Teile Kareliens und den Westen der Fischerhalbinsel. Der Versuch, während des deutsch-sowjetischen Krieges im sogenannten Fortsetzungskrieg das Ergebnis des Winterkrieges zu revidieren, führte Finnland 1944 an den Rand des Abgrunds.

Trotz aller den Finnen bekundeten Sympathien versuchten die Westmächte es noch nicht einmal zu verhindern, dass die UdSSR Finnland 1946 in Paris einen harten Frieden diktierte. Aufgrund dieses Friedensvertrages und des vorangegangenen Waffenstillstands

sah der Kriegsverlierer sich gezwungen, im Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion die Seite zu wechseln, dem russischen Nachbarn weiteres Territorium abzutreten und hohe Reparationen zu zahlen sowie auf eine so-

wjetkritische Außenpolitik zu verzichten. Andererseits blieb das Land souverän und unbesetzt, und eine Sowjetisierung und Integration in den Ostblock blieb ihm auch erspart. Ebenso nahmen die Finnen die Inhaftierung ihres von den Sowjets als Kriegsverbrecher verurteilten vormaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Väinö Tanner nicht widerspruchslos hin. Vielmehr verlangten sie seine sofortige Freilassung. Diese Forderung wurde von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass als „russlandfeindliche Verleumdungen faschistisch gesinnter Professoren in Turku“ gegeißelt.

In der Nachkriegszeit erholte sich Finnland angesichts der Här-

te des Friedens unerwartet schnell und stieg zu einer weltweit geachteten Nation auf. Bereits 1952 richtete sie eine bis ins Detail durchorganisierte Olympiade aus. 1973 war sie Gastgeberin der ersten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Und 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki, wie der

Name schon sagt, in Finnlands Hauptstadt unterschrieben. Ungeachtet der Rückschläge von Nokia gilt Finnland heute als Hochtechnologie- und Designstandort. Als Reiseland ist Finnland allerdings immer noch ein Geheimtipp, obwohl die herrlichen Naturschutzgebiete zu vielen Sportarten wie Wandern, Rad- und Kanufahren sowie im Winter zum Skilaufen einladen. Wer sich darüber informieren will, hatte und hat noch dazu – gerade in diesem Jubiläumsjahr – auch außerhalb Finnlands mannigfache Gelegenheit. Nähere Informationen erteilt die Botschaft von Finnland, Rauchstraße 1, 10787 Berlin, Telefon (030) 505030, E-Mail: info.berlin@formin.fi *Uta Buhr*

Leben mit dem zweiten Herz

Christiaan Barnard wagte vor 50 Jahren als Erster das »Fundament des Lebens« zu verpflanzen

Am 3. Dezember vor 50 Jahren gelang dem südafrikanischen Arzt Christiaan Barnard in Kapstadt die erste Herztransplantation. Diese Verpflanzung des „Fundamentes des Lebens“, um mit Hildegard von Bingen zu sprechen, gilt als medizinische Pioniertat des 20. Jahrhunderts.

Es war der Tag, auf den Christiaan Barnard gewartet hatte. Nach einem Verkehrsunfall wurde die 25-jährige Denise Darvall mit schwersten Kopfverletzungen in das Grootte Schuur Hospital eingeliefert. Die Ärzte stellten den Hirntod fest, aber das Herz der jungen Frau schlug weiter, gleichmäßig und kräftig wie vor dem Unglück. Nicht weit von ihr entfernt lag Louis Washkansky nach Luft ringend in seinem Bett. Das Herz des 54-jährigen Gemüsehändlers war stark geschädigt. Jeder Tag konnte sein letzter sein.

Barnard sah nur eine Chance, seinem Patienten das Leben zu retten: Mit der Transplantation eines Spenderherzens, dem Herzen von Denise Darvall. Es war auch die Chance für den ehrgeizigen Arzt, eine Pioniertat in der Herzchirurgie zu vollbringen. Nierentransplantationen waren fast schon Routine, aber den Austausch eines Herzens hatte noch niemand gewagt.

Barnard wusste, dass sich auch Ärzte in den USA nach erfolgrei-

chen Tierexperimenten auf die Transplantation am Menschen vorbereiteten. Möglicherweise fehlte ihnen nur noch ein geeigneter Spender. Barnard wollte ihnen zuvorkommen. Die Blutgruppe der hirntoten Frau passte, Barnard hatte die Einwilligung ihres Vaters, ebenso seines Patienten, diese Konstellation würde so bald nicht wieder kommen. Ein 31-köpfiges Ärzteteam unter seiner Leitung machte sich am 3. Dezember 1967, einem heißen Sommertag, bereit.

Barnard wurde am 8. November 1922 in Beaufort West als Sohn eines Predigers geboren. Sein Medizinstudium in Kapstadt verlief zu-

Hilfe Gottes zu vertrauen und den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Nach Abschluss des Studiums versuchte Barnard vergeblich, eine Assistentenstelle im Grootte Schuur Hospital zu bekommen das seinen Namen dem Gutshof „Grootte Schuur“ verdankt, den niederländische Siedler auf dem Gelände anlegten, als Kapstadt im 17. Jahrhundert gegründet wurde. Seine Bewerbung um ein Stipendium der Königlich Chirurgischen Gesellschaft in London blieb ohne Erfolg. Um Geld zu verdienen – er war inzwischen Vater einer Tochter – arbeitete er als Landarzt und danach in der Infektionsabteilung

In den USA lernte der junge Arzt die Herz-Lungen-Maschine kennen und mit ihren hochkomplizierten Funktionen umzugehen. Das Gerät übernimmt für eine gewisse Zeit außerhalb des Körpers die Pumpfunktion des Herzens und hält den Blutkreislauf aufrecht. Der Amerikaner John Gibbon setzte die Herz-Lungen-Maschine 1953 zum ersten Mal erfolgreich bei einer Herzoperation ein. Immer wieder diskutierte Barnard mit seinen amerikanischen Kollegen die Möglichkeit einer Herztransplantation. Technisch war sie durch die Herz-Lungen-Maschine machbar, darin waren sich alle einig. Die Frage stand im Raum: Wer würde es als Erster wagen? Jeder versuchte, im Gesicht der anderen zu lesen.

Als Barnard nach Kapstadt zurückkehrte, brachte er eine Herz-Lungen-Maschine mit. Am Grootte Schuur Hospital machte er schnell Karriere. Seine Vorbereitungen auf die erste Herztransplantation der Welt stießen bei vielen Kollegen auf Skepsis, auch auf strikte Ablehnung. Ganz abgesehen von dem hohen Risiko galt das Herz als Sitz der Seele und als unantastbar. Barnard hatte diese Skrupel nicht. Die Transplantation dauerte fünf Stunden und verlief ohne Komplikationen. Erst hol-

prig, dann regelmäßig und kraftvoll begann das Herz der Denise Darvall im Brustkorb des Louis Washkansky zu schlagen.

Die Nachricht von der ersten erfolgreichen Herztransplantation ging um die Welt. Die Medien

Barnard, der charismatische Chirurg mit dem jugendhaften Gesicht, blickte von den Titelseiten aller internationalen Gazetten. Dass Washkansky die Transplantation nur kurz überlebte, wurde kaum berichtet. Der nächste Patient Barnards mit einem Spenderherzen, Philip Blaiberg, schaffte schon 18 Mo-

nate. Das Grootte Schuur Hospital konnte sich nicht retten vor Anfragen herzkranker Menschen, die sich von dem weltberühmten Professor operieren lassen wollten. Privatpatienten, Bücher und Vortragsreisen machten ihn zu einem reichen Mann. Seine medizinische Leistung blieb unumstritten. Aber sein Jetsetleben mit schicken Partys und jungen Models trug

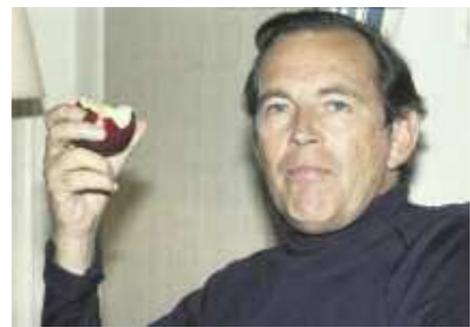
ihm viel Kritik ein. Es passte nicht zum Bild des selbstlosen Helfers der Menschheit. Zahllose Affären, unter anderem mit Gina Lollobrigida, füllten die Ausgaben der bunten Blätter. Seine drei Ehen wurden geschieden. Anfang der 1980er Jahre

erkrankte er an Arthritis und konnte nicht mehr operieren. Am 2. September 2001 starb er im Alter von 78 Jahren an einem Asthmaanfall in einem Hotel auf Zypern.

Herztransplantationen werden heute mit guten Erfolgsaussichten durchgeführt. Allein in Deutschland sind es etwa 300 pro Jahr. Die Überlebenszeit der Patienten beträgt im Schnitt zehn Jahre. *Klaus J. Groth*



Im Grootte Schuur Hospital nahm Barnard die Transplantation vor: Altes Hauptgebäude Bild: CF



Christiaan Barnard (1922–2001)

Bild: Imago

Das genaue Gegenteil von seinem Ruf

Vor 200 Jahren starb mit William Bligh der Mann, gegen den sich die Meuterei auf der »Bounty« richtete

Die Karriere des überaus honorigen und befähigten britischen Marineoffiziers William Bligh begann im Juli 1761. Damals verpflichtete sich der am 9. September 1754 geborene Sohn eines Zollbeamten als Steward des Kapitäns des Linienschiffes „Monmouth“. Dem folgte 1770 der formelle Eintritt in die Royal Navy. Anschließend avancierte Bligh bis 1775 zum Steuerfmann der „Ranger“. Kurz darauf wurde der große Forschungsreisende James Cook auf ihn aufmerksam und bewirkte bei der Admiralität, dass Bligh den Posten des verantwortlichen Navigators auf der „Resolution“ erhielt. So war er dabei, als Cook 1776 mit der Bark auf die Suche nach der Nordwestpassage ging. Im Verlaufe dieser Expedition kam der Seefahrer und Entdecker Anfang 1779 bei einem Angriff von Eingeborenen auf Hawaii zu Tode, wonach Bligh das Schiff in die Heimat zurück führte.

Anschließend fuhr der nunmehrige Leutnant auf der Fregatte „Belle Poule“ und nahm dabei auch an der Schlacht auf der Doggerbank gegen die Holländer teil. Dem folgte ein Kommando auf dem Linienschiff „Cambridge“, das zur Flotte von Admiral Richard Howe gehörte, die sich am 20. Oktober 1782 unweit von Gibraltar mit spanischen und französischen Einheiten ein Gefecht lieferte. Danach fungierte Bligh als Kapitän des zivilen Handelsschiffes „Britannia“.

Diesen überaus gut dotierten Posten gab er 1787 wieder auf, um eine Idee seines Förderers, des Naturforschers und Präsidenten der Royal Society Joseph Banks, umzusetzen und rund 1000 Stecklinge des Brotfruchtbaums von Tahiti in die Karibik zu bringen. Die Pflanze sollte dort die Ernährungslage der Sklaven auf den britischen Plantagen verbessern. Hierzu stellte die Admiralität den zum schwimmenden Treibhaus umgerüsteten Kohlefrachter „Bounty“ zur Verfügung, mit dem Bligh am 23. Dezember 1787 in See stach.

An Bord befand sich dabei auch sein Protegé Fletcher Christian. Der 24-Jährige diente als Steuermannsmaat und schwang sich am 28. April 1789 während der Fahrt von Tahiti nach Java zum Führer der legendären Meuterei auf. Auslöser derselben war wohl die wiederholte heftige Kritik Blighs an der immer laxer werdenden Dienstauffassung Christians. Dass der Leutnant die Besatzung der „Bounty“ bis aufs Blut drangsaliert hätte, ist jedenfalls eine Lüge, die der Jurist Edward Christian in die Welt setzte, um vom kriminellen Handeln seines Bruders abzulenken. Nichtsdestotrotz griff Hollywood die Verleumdungen später gleich in fünf verschiedenen Kinofilmen auf.

Tatsächlich ließ der überaus erfahrene Seemann Bligh eine in der Royal Navy höchst ungewöhnliche Milde gegenüber der Besatzung wal-



William Bligh als Konteradmiral im Jahr 1814: Gemälde von Alexander Huey Bild: CF

ten und kümmerte sich genau wie sein großes Vorbild Cook in muttergültiger Weise um das Wohlergehen der Männer an Bord. So sorgte er für vitaminreiche Ernäh-

rung und eine bessere Wachregelung, die allen mehr Schlaf garantierte. Körperstrafen waren unter Bligh selbst bei schweren Vergehen die absolute Ausnahme. Aller-

dings reagierte er recht gereizt auf Unfähigkeit und Schlaperei. Dann setzte es heftige Schimpftiraden, die jedoch weniger temperamentvoll ausfielen als die seines Mentors Cook.

Aus welchem Holz Bligh geschnitzt war, zeigte sich auf eindrucksvolle Weise nach der Meuterei, als die Aufreißer ihn und 18 loyal gebliebene Männer in der kleinen offenen Barkasse der „Bounty“ ohne Waffen und hinreichende nautische Ausrüstung mitten auf dem Pazifik aussetzten – was de facto auf versuchten Mord hinauslief. Der Leutnant brachte das Kunststück fertig, das vollkommen überladene Boot binnen 41 Tagen über 6701 Kilometer bis zur holländischen Faktorei Kupang auf der indonesischen Insel Timor zu segeln.

Nach England zurückgekehrt, wurde Bligh am 22. Oktober 1790 in einem routinemäßig anberaumten Vorwürfen hinsichtlich seiner Schiffsführung entlastet. Dem folgte die ersehnte Beförderung zum Kapitän. Anschließend diente Bligh als Kommandant diverser Schiffe, darunter der „Providence“, mit der er nochmals in Richtung Tahiti in See stach und dann im September 1793 den Auftrag vollendete, Brotfrüchte nach Jamaika zu bringen. Während dieses Unternehmens völlig reibungslos verlief, erlebte der Marineoffizier, der später auch unter Admiral Horatio Nelson kämpfte, noch

drei weitere Meutereien. Die erste fand 1795 auf der „Defiance“ statt und wurde von Blighs längsseits gegangener „Calcutta“ niedergeschlagen. Die zweite ereignete sich 1797 auf seinem Linienschiff „Director“, wobei die Rebellion diesmal den ganzen Verband der britischen Schlachtflotte in der Themsemündung erfasste und gegen die Admiralität gerichtet war.

Dahingegen resultierte die dritte Meuterei wiederum aus dem persönlichen Vorgehen von Bligh. Der war 1805 zum Gouverneur der britischen Straflingskolonie New South Wales in Australien ernannt worden und hatte in dieser Eigenschaft den Kampf gegen korrupte Offiziere aufgeschmissen, die sich an illegalen Geschäften mit Rum bereicherten. Daraufhin rebellierten diese und setzten Bligh mehrere Monate lang in seinem Haus und auf der Sloop „Porpoise“ fest.

Nach der Niederschlagung dieser Meuterei kehrte der nunmehrige Commodore 1811 nach England zurück, wo er am 31. Juli des Jahres zum Konteradmiral avancierte. Am 4. Juni 1814 wurde der kurz vor der Pensionierung stehende Bligh dann sogar noch zum Vizeadmiral befördert. Der heute vielfach verkannte Seeheld, der seit 1801 auch der Königlichen Wissenschaftlichen Gesellschaft angehörte, verstarb am 7. Dezember 1817 in der Londoner Bond Street auf dem Wege zu seinem Arzt. Die Todesursache war vermutlich Magenkrebs. *Wolfgang Kaufmann*

Moment der Woche



Er hat ihnen die Gesichter genommen und die Attentäter als bössartige Skelette gezeichnet. Der Grafikdesigner Fred Dewilde gehört zu den Überlebenden des Anschlages auf das Bataclan. Am 13. November 2015 töteten moslemische Terroristen in dem Pariser Konzertsaal während des Auftritts einer Rockband 90 Men-

schen. Dewilde überlebte, weil er sich tot stellte. Um mit dem Erlebten fertig zu werden, zeichnete und textete er einen Comic. Er arbeitete sich ein ebenso beindruckendes wie verstörendes Werk von der Seele. „Bataclan – Wie ich überlebte“ ist jetzt auf deutsch im Panini-Verlag für 16,99 Euro erschienen. **FFH**

Fünf Millionen Marodeure

Verwüstete Äcker, Verkehrsunfälle, Angriffe auf Menschen – die Wildschwein-Plage

Zumindest die Jäger nehmen es mit Humor: „Wir Wildschweine bedanken uns herzlich für Nahrung und Unterkunft“ lautet eine sarkastische Überschrift auf der Internetseite der Kreisjägerschaft Hagen. Die Borstentiere sind inzwischen in vielen Gegenden zur Plage geworden und halten Jäger, Polizisten und andere Verantwortliche auf Trab. Ihre starke Vermehrung ist ein unerwünschter Nebeneffekt der industriellen Landwirtschaft. Vor allem der Anbau von Mais als nachwachsender Rohstoff für Biogasanlagen verschafft ihnen sozusagen „saugute“ Lebensbedingungen.

Die Folgen lassen sich längst nicht immer mit Humor nehmen. Von 2011 bis 2016 erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Verkehrsunfälle mit Wildschweinen in Deutschland von 21500 auf 27490. Zwar sorgt der Wildwechsel von Rehwild für weitaus mehr Kollisionen, doch diese Zahl stagniert.

Der Schaden, den das marodierende Schwarzwild in Feld, Wald und Gärten anrichtet, ist enorm. Auch Angriffe gegen Menschen häufen sich und finden sogar in vermeintlich sicherer Umgebung statt. Durch die Innenstadt von Heide in Schleswig-Holstein stürmten Anfang November zwei in Panik geratene Schweine, drangen in eine Bäckerei und in eine Sparkassenfiliale ein und verletz-

ten vier Personen. Im Hamburger Stadtteil Duvenstedt verwüstete eine Rote von 20 Tieren zahlreiche Gärten. Neun wurden von den herbei gerufenen Jägern erlegt, die anderen entkamen. Was sich 2016 an einem Ostseestrand bei Danzig zugetragen hat, wurde in einem Video festgehalten. Ein in Ufernähe schwimmendes Wildschwein tragt aus dem Meer, rast über den Strand und durchbricht den aufgespannten Windschutz von Urlaubern, welche aufgeschreckt in alle Richtungen flüchten. Mehrere Rotten tummelten sich in den vergangenen Jahren auch auf der Strandpromenade der Usedomer Kaiserbäder und zerstörten Rasenflächen. Offenbar handelte es sich um Swinemünder „Stadtschweine“, die ihre Scheu vor dem Menschen verloren haben. Jenseits der Grenze gelten sie als Touristenattraktion und werden sogar gefüttert.

Berühmt-berüchtigt sind die Berliner Wildschweine. Schätzungsweise 10000 Tiere durchstreifen nicht nur die bewaldeten Randzonen, sondern auch innerstädtische Parks und Gärten, wo die Bachen sogar Frischlinge zur Welt bringen. Die Jäger halten dagegen und schießen scharf. 2016 brachten

sie 610631 Wildschweine zur Strecke. Zum Vergleich: 1936/37 betrug die Strecke im gesamten Reichsgebiet (!) gerade einmal 36642 Tiere. – Dennoch glauben viele Experten, dass immer noch viel zu wenige Tiere als Wildbret enden. Möglicherweise wird nicht einmal die jährliche Zuwachsrate abgeschöpft. Zwar weiß niemand genau, wie viele Exemplare von Sus scrofa, so der lateinische Name der Vierbeiner aus der Ordnung der Paarhufer, mittlerweile in Deutschland leben. Es könnten aber bis zu fünf Millionen sein.

Die riesigen Monokulturen mit den Energiepflanzen Mais und Raps verschaffen den Borstentieren ganzjährig ein attraktives Nahrungsangebot und bieten ideale Rückzugsräume. Eine Bache, also ein geschlechtsreifes weibliches Wildschwein, wirft unter solchen Bedingungen zweimal im Jahr bis zu zehn Frischlinge. Jungtiere werden oft schon im Alter von knapp einem Jahr trüchtig.

Solange der 2,50 Meter hoch wachsende Mais auf den Feldern steht, bleiben die Wildschweine verborgen in ihrem Schlaraffenland. Mitunter flieht eine Rote von 20 Tieren während der Ernte erst dann aus dem letzten Mais-

streifen, wenn ihnen der Häcksler schon auf den Fersen ist. Sogar Waidmänner, die in den Bejagungsschneisen auf der Lauer liegen, können dann in Gefahr geraten. In den Herbstmonaten, wenn die Kartoffel- und Maisäcker abgeerntet sind, begeben sich die Allesfresser bei Anbruch der Dämmerung anderweitig auf die Suche nach eiweißreicher Nahrung. Auf Wiesen und Feldern pflügen die Schweine mit ihren kräftigen Schnauzen selbst harten und steinigen Boden um. Sie fressen jetzt vorwiegend Schnakenlarven, Engerlinge, Mäusenester, Bucheckern, Eicheln und liegengelassene Feldfrüchte. Im Frühjahr verschlingen sie auch Junghasen, Eier und Junge von bodenbrütenden Vögeln. Grünflächen gleichen nach einer nächtlichen Fressorgie einer Kraterlandschaft, und das Winterfutter für die Kühe wird knapp. An Duftstoffe als Vergrämungsmittel gewöhnen sich Wildschweine meist sehr schnell. Selbst Elektrozaune werden niedergewalzt.

Zufällige Begegnungen zwischen Mensch und Schwarzkittel eskalieren zum Glück selten. In diesem Fall sollte man sich zügig entfernen, zumal wenn es sich um Frischlinge handelt. Dann ist das Muttertier auch nicht fern und könnte im nächsten Moment zum Angriff übergehen.

Dagmar Jestrzowski

Im Frühjahr verschlingen sie sogar Junghasen

Eine Handbreit scharfkantiger, spitzer Stahl

Das Messer wird in Deutschland immer öfter zum Objekt blutiger Gewalt – Die Herkunft der Täter ist fast immer ähnlich

Ein mörderischer Trend fordert in Deutschland immer mehr Opfer. Mit dem Messer werden Menschen verletzt, bedroht und ermordet. Die Täter kommen fast immer aus Kulturen, in denen Rache, Ehrenmorde und Gewalt verherrlicht werden.

Eine 43-jährige Türkin trifft im badischen Waldshut-Tiengen auf der Straße ihren türkischen Ex-Mann. Von ihm bedroht flieht sie in ein nahes Gerichtsgebäude. Der Mann verfolgt sie und sticht ihr ein Messer in den Rücken. Schwer verletzt kommt sie ins Krankenhaus und überlebt nur knapp. Gleichentags zieht in Lükkenwalde in Brandenburg ein 48-jähriger Syrer seiner von ihm getrennt lebenden 36-jährigen Frau ein Messer über das Gesicht. Das Opfer war mit dem Täter im Alter von 13 Jahren zwangsverheiratet worden. Bei ihrem Peiniger handelt es sich um einen illegal eingereisten, der im Verdacht steht, eine Terrororganisation unterstützt zu haben. Bereits wenige Tage später ereignet sich in Gotha Grauenhaftes: Ein Afghane, der 2015 mit dem Flüchtlingsstrom eingereist ist, versucht, seiner Frau mit einem Messer den Kopf abzuschneiden. Er übergibt sich dabei, bricht das Attentat ab, seine Frau überlebt schwer verletzt. All diese Fälle zeigen: Ein simpler Alltagsgegenstand wird zunehmend zur tödlichen Gefahr.

Natürlich gab es schon immer Mord und Totschlag mittels Messer. Ein paar Handbreit scharfkantiger und spitzer Stahl lassen sich eben leichter beschaffen als Pistole oder Gewehr, deren Besitz und Mitführen den strengen Regeln des deutschen Rechts unterliegen. Zwar werden auch einige Messer von Gesetzes wegen als Waffen definiert, etwa Butterflymesser oder Springmesser. Ihr Besitz ist verboten und kann als Straftat gewertet werden. Klingern, die länger als zwölf Zentimeter sind, dürfen ebenfalls nicht mit-

geführt werden. Dennoch: Potenziellen Gewalttätern reicht schon der Gang zur nächsten Küche, um sich mit einem Mordinstrument auszurüsten. Genau da liegt das Problem: Deutschland hat sich dramatisch verändert. Menschen sind hinzugekommen, die den Alltagsgegenstand nur allzu schnell nicht als Werkzeug, sondern als Waffen sehen.

Die Statistiken zeigen atemberaubende Steigerungsraten an

Seit zwei Jahren ist es immer öfter ein Messer, mit dem Menschen bedroht, verletzt oder getötet werden. In den Statistiken sind atemberaubende Steigerungsraten nachzulesen. In Bremerhaven nahmen Messerangriffe zwischen 2014 und 2016 um 75 Prozent zu. In Mainz waren es 33 Prozent. Im Jahre 2016 wurden in Berlin 2500 Messerangriffe verübt. Nach Angaben des Gatestone Institutes, einer konservativen US-amerikanischen Denkfabrik, gab es in Deutschland im Jahre 2017 allein von Januar bis Mai mehr als 1600 Messerattacken, also im Durchschnitt zehn Angriffe pro Tag.

Die politisch korrekten Medien geben sich oftmals Mühe, die Herkunft der Täter zu verschleiern. Zugestochen hat ein „Mann“, ein „Unbekannter“ manchmal auch ein „Teenager“ oder ein „deutscher Staatsbürger“. Wer nachforscht, stößt trotzdem fast immer auf einen Immigrationshintergrund. So ist unschwer zu erkennen, dass der mörderische Trend auf den Import altertümlicher, meist islamischer Kulturen nach Deutschland zurückgeht. Es sind vorwiegend Afghanen, Syrer, Iraker oder Nordafrikaner, die zustechen, wenn sie islamischen Terror verbreiten, wenn eine Auseinandersetzung eskaliert oder wenn sie

sie sich zu einem Ehrenmord verpflichtet fühlen.

Von jeher werden Ehrenmorde überwiegend mit Messern begangen. In Deutschland hat sich ihre Zahl seit 2015 mehr als verdoppelt. Dokumentieren tut dies zum Beispiel die Internetseite „Ehrenmord“. Letzter Fall: Die Kasachin Elena D. wird in Saarbrücken von ihrem Lebensgefährten Ashwani T. vor den Augen ihres achtjährigen Sohnes niedergestochen. Sie habe sich von Ashwani trennen wollen, sagen Nachbarn. Nun ist sie tot. Die Internetseite listet bis Ende August knapp 60 versuchte oder vollendete Ehrenmorde auf. Über die Hälfte davon mit Messern.

Als Motiv wird von den Tätern häufig Rache genannt. Im deutschen Rechtsstaat widerspricht das Ausüben von Rache dem Gewaltmonopol des Staates. Sie kann als niederes Motiv für einen Mord gewertet werden. Das Christentum untersagt sie, und Frie-

drich Schiller sah in ihr „unstreitig einen unedlen und selbst niedrigen Affekt“. Im orthodoxen Islam hingegen ist das tödliche Racheüben bis heute eine legitime Option für die Wiederherstellung der Ehre.

Mit diesem Konzept im Kopf, sitzt das Messer sehr locker. Besonders Flüchtlingsunterkünfte werden zunehmend zum Schauplatz von Messergewalt. Mitte Mai evakuiert die Polizei eine Unterkunft in Berlin-Weißensee, nachdem ein Bewohner den Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma mit einem Messer bedrohte. Anfang Juli 2017 tötet ein 18-Jähriger in einem Flüchtlingsheim in Hessen einen Gleichaltrigen. Anfang September stirbt in Kirchheim bei einer Messerstecherei unter Asylbewerbern ein Mann. Im Oktober wird ein 28-jähriger in einer Dortmunder Flüchtlingsunterkunft mit einem Messer schwer verletzt.

Auch außerhalb der Unterkünfte wird immer öfter „gemessert“. Traurige Berühmtheit hat inzwischen der Berliner Alexanderplatz erlangt, nachdem dort bei Auseinandersetzungen immer wieder zugestochen wurde. Ein Polizeisprecher wies vergangenen Monat darauf hin, dass sich dort bevorzugt syrische

Messer verursachen im Körper komplexe Wunden

oder afghanische Flüchtlinge aufhielten. Das Messer werde bei ihnen sehr schnell gezogen, warnte er.

Auch in Leipzig schnellte die Zahl registrierter Messerangriffe drastisch nach oben. Bis Ende September dieses Jahres wurden 103 gefährliche Körperverletzun-

gen mit dem Kurzsachverhalt „Messer“ aufgeführt. Bei einem Angriff in einem Supermarkt in Hamburg-Barmbek Ende Juli dieses Jahres stach der aus den arabischen Emiraten stammende Täter Ahmed A. auf einen 50-jährigen Mann ein, der den Angriff nicht überlebte. Der Kassierer des Supermarktes sagte aus, der Angreifer habe vor der Tat „Allahu Akbar“ gerufen, was die Polizei später nicht bestätigt. Aber auch ihnen war Ahmed A. als Islamist bekannt. Auf seiner Flucht verletzt er weitere Passanten. Der Kassierer des Marktes und weitere Passanten überwältigten Ahmed A. schließlich, indem sie ihn mit Stühlen auf Distanz halten und zu Fall bringen.

Ein Angreifer mit der blanken Klinge in der Hand ist – im wahren Sinne des Wortes – ein mörderischer Gegner. Nicht nur der Stich ins Herz ist tödlich. Akute Lebensgefahr besteht auch bei Treffern in der Lunge und in anderen lebenswichtigen Organen. Das gilt besonders, wenn große Arterien oder Venen verletzt werden und es zu starken inneren Blutungen kommt. In jedem Fall verursacht das Messer im Körper eine komplexe Wunde. Haut, Nerven, Sehnen, Muskeln oder Blutgefäße werden durchtrennt.

Der Täter hat zudem den Vorteil auf seiner Seite. Er hat seinen Angriff vorbereitet. Er will sein Opfer ausschalten. Ein Stich ist blitzschnell getan, ebenso ein zweiter und dritter. Abwehrmöglichkeiten hat der Angegriffene kaum. Ausgebildete Messerkämpfer mahnen, dass es völlig aussichtslos ist, sich mit bloßen Händen zur Wehr zu setzen. Sie sehen die einzige Chance darin, den Gegner mit einem geeigneten Gegenstand auf Abstand zu halten und ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Noch viel wirksamer wäre es gewesen, die „Männer“, „Unbekannten“ oder „Teenager“ gar nicht erst ins Land gelassen zu haben. **Hermann Paul Winter**



Achtung Lebensgefahr! Ein Stich ist blitzschnell getan, ein zweiter und dritter ebenso Bild: action press



MELDUNGEN

Über Riga nach Königsberg

Riga – Die lettische Fluggesellschaft AirBaltic will ihre Verbindungen nach Ostpreußen wiederbeleben: Ab dem 16. April 2018 gibt es sechsmal in der Woche einen regulären Flug von Riga nach Königsberg, der rund eine Stunde dauert. Die nicht nur als Zwischenstopp attraktive baltische Metropole Riga wird von den Letten gut an die Bundesrepublik angeschlossen. Die Preise liegen meist unter denen westlicher Liniengesellschaften. Grund für die Entscheidung von AirBaltic ist offenkundig die 2018 in Russland ausgetragene Fußballweltmeisterschaft. T.W.W.

Frau von Tiger angegriffen

Königsberg – Im Königsberger Zoo hat ein Sibirischer Tiger eine Tierpflegerin angefallen. Während der Futterauslegung im Gehege war das Männchen Tajfun durch ein Versehen der seit 25 Jahren im Zoo arbeitenden Frau nicht weggesperrt worden und attackierte sie mit Bissen und Prankenhieben. Geistesgegenwärtig rief die unter dem Tiger Liegende um Hilfe, und beherzte Zoobesucher konnten das Tier mit dem Werfen von Möbeln aus dem nahen Zoocafé, Steinen und einem Metallmülleimer sowie lautem Schreien für einen Moment von seinem Opfer abbringen. Das ermöglichte der Russin nach einem zehnmütigen Abwehrkampf gegen den eigentlich nicht aggressiven und möglicherweise nur an einem Spiel interessierten bereits älteren Sibirier die Flucht. Sie wurde mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht, wo sich ihr Zustand inzwischen stabilisiert hat. Der Vorfall war der erste Tigerangriff in der Geschichte des Königsberger Zoos und bildete über Tage hinweg das Hauptgesprächsthema in der Stadt. T.W.W.

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S22: Budau [Bludowo] – Rucianka, Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Thierau [Tyrowo] – Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztynek] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztynek] – Pagelshof [Amezyka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klauendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Bischofstein [Biszynek], Baustelle. Straße Nr. 58: Groß Kessel [Kociol Duzy] – Kalischken [Kaliszki], Baustelle. Straße Nr. 59: Lötzen [Gizycko], Baustelle; Lockwinnen [Wierzbowo], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg, Baustelle. E.G.

Synagogen-Neubau schreitet voran

Königsberg erhält eine weitere Sehenswürdigkeit – Neben Gebets- auch Bildungszentrum

In Königsberg schreitet der Wiederaufbau der Synagoge in großen Schritten voran. Das Gebäude wird an derselben Stelle errichtet, an der sich bis zum Zweiten Weltkrieg die Hauptsynagoge Königsbergs befunden hat, die nach der „Reichskristallnacht“ 1938 geschlossen wurde.

Während des Kriegs wurde das ursprüngliche Gebäude der Königsberger Synagoge zerstört. Neben dem Gotteshaus, das weitestgehend seine ursprüngliche Ansicht erhalten soll, wird teilweise auch das sogenannte jüdische Viertel neben der Synagoge wiedererrichtet. Der Wiederaufbau ist ein privates Bauprojekt der Jüdischen Gemeinde Königsberg mit Unterstützung der Föderation Jüdischer Gemeinden und des russischen Jüdischen Kongresses. Die Geschichte der neuen Königsberger Synagoge begann mit der Zuteilung eines Baugrundstücks an die jüdische Gemeinde. An der Ausschreibung für das Bauvorhaben hatten sich 25 Firmen beteiligt. Drei Vorschläge wurden ausgewählt, von denen einer nun realisiert wird.

Die Königsberger Synagoge wurde 1896 in der Lindenstraße direkt gegenüber dem Dom erbaut. Sie beherbergte einen Konfirmationssaal, Trauer- und Gebetsäle sowie eine große religiöse und philosophische Bibliothek. Das Gotteshaus erhielt außerdem eine Orgel und war damit die einzige Synagoge weltweit mit einer Orgel. Seinerzeit spielte der berühmte Komponist Eduard Birnbaum auf ihr. 1904 wurde in der



An altem Ort: Jüdisches Gotteshaus und jüdisches Viertel werden wiederhergestellt

Bild: J.T.

Nähe der Synagoge ein jüdisches Waisenhaus erbaut.

Der Neubau der Synagoge soll 2018 zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft fertiggestellt sein. Die Geschichte des Wiederaufbaus begann 2011 mit der Radialeinlegung. Später jedoch untersagte das Gericht des zentralen Bezirks den Bau der Synagoge, bis die notwendigen Dokumente zur Genehmigung vorlägen. Die Verhandlungen zogen sich zwei Jahre hin, da sich

zu diesem Zeitpunkt an der Stelle der ehemaligen Synagoge ein Zirkus befand. Der Zirkus zog zwar an einen anderen Ort um, aber es er-

Planung mit vielen Hindernissen

gaben sich neue Schwierigkeiten. Das noch erhaltene Gebäude des ehemaligen Waisenhauses hat den

Status eines Architekturdenkmals von regionaler Bedeutung, was bedeutet, dass das Gebäude eine eigene Schutzzone hat, in deren Nähe nicht gebaut werden darf. Das Problem wurde schließlich durch den Bau eines zusätzlichen Bogens gelöst, der zum Haus führt.

Wenn die Synagoge fertiggestellt ist, wird sie zehn Meter niedriger sein als die ursprüngliche, nämlich 37 statt 47 Meter. Auch die Breite des Gebäudes wird leicht redu-

ziert. Dennoch wird die Fassade eine genaue Kopie der ursprünglichen und aus Material erbaut sein, das so exakt wie möglich dem historischen gleicht.

Im Inneren der Synagoge gibt es drei rituelle Wasserbecken. Ein Saal für 200 Menschen wird der Gebetsaal für Männer sein, und für die Frauen und Kinder ist ein Balkon vorgesehen. Das neue jüdische Gotteshaus wird sowohl als religiöses wie auch als Bildungszentrum fungieren. Neben dem Studium der Thora lädt ein Frauenklub zu Treffen ein. Es können diverse Feierlichkeiten begangen werden, bei denen auch ein rituelles Wasserbecken zum Einsatz kommen soll. Außerdem wird es einen Kindergarten

und eine Sonntagsschule geben. Das Gotteshaus wird die Rolle eines Gemeindezentrums spielen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dort auch ein kleines Holocaust-Museum entsteht.

Die neue Synagoge soll die Sehenswürdigkeiten der Stadt ergänzen. Die Betreiber hoffen, dass auch Gäste der Fußball-WM sie besuchen werden, zumal sie sich unweit des Stadions befindet.

Jurij Tschernyschew

Gutes Vorbild für Berlin und Insterburg

In Schneidemühl wurde das Dach des dort erhaltenen Rundlokschuppens neu aufgebaut

Ende Oktober wurde im Schneidemühl [Pila], der früheren Hauptstadt der Grenzmark Posen-Westpreußen, die Dachsanierung des dortigen Rundlokschuppens abgeschlossen. Denkmalschützer hatten jahrelang für den Erhalt des Industrie- und Technikdenkmals, das 1874 in Betrieb genommen worden war, gekämpft. Wie es nun weitergeht, ist noch nicht geklärt. Es könnte dort ein Eisenbahnmuseum entstehen, doch zunächst muss die Finanzierung für die anstehenden Erhaltungsmaßnahmen geklärt werden. Mit diesem ersten Schritt ist den Polen etwas gelungen, wovon Denkmalschützer in Deutschland und Russland bislang träumen.

Sogenannte Rundlokschuppen, einst ein Symbol für wirtschaftlichen Aufschwung, wurden mit dem Ausbau der Preußischen Ostbahn entlang der Strecke gebaut. Insgesamt gab es im damaligen Deutschen Reich 25 dieser Bauwerke, von denen noch drei in der Republik Polen – in Schneidemühl, Bromberg und Dirschau – erhalten sind. Einen weiteren gibt es in Insterburg, zwei rotten in Berlin vor sich hin.

Bei den Rundlokschuppen handelte es sich um runde Gebäude

mit einer Backsteinaußenwand und einer filigranen Dachkonstruktion aus Stahlfachwerk. Unter dem ringförmig angelegten Pultdach lagen radial angelegte Abstell- und Reparaturgleise für Dampflokomotiven. Über dem Zentrum befand sich das kuppelförmige Dach, nach seinem Konstrukteur Schwedler-Kuppel ge-

nannt. Johann Wilhelm Schwedler (1823–1894) war ein Berliner Bauingenieur, der leichte, aber extrem belastbare Stahlträger entwickelte. Dadurch wurden große Kuppeln wie die der Rundlokschuppen mit bis zu 40 Metern Durchmesser erst möglich. Schwedler konstruierte auch die Kuppel der Neuen Synagoge in

Berlin sowie einige Gasometerdächer.

In Schneidemühl begann man 1871 mit dem Bau eines Eisenbahndepots, in dem 13 Lokomotiven mit einer Länge bis zu elf Metern Platz fanden. Die Schwedler-Kuppel überspannte 31 Meter. Der erhaltene Rundlokschuppen in Berlin-Pankow ist seit über 25 Jahren ungenutzt. Er ist mit Graffiti beschmiert und verfällt. Pankow-Heinersdorf war einst der größte Rangierbahnhof in Deutschland. In dem 1893 erbauten Rundlokschuppen fanden bis zu 24 Loks auf den sternförmig angeordneten Gleisen im Inneren Platz. 1997 wurde der Rangierbahnhof stillgelegt. 2009 kaufte Kurt Krieger, Inhaber der Möbelketten Kraft/Höffner, das Areal, auf dem er den Bau eines Wohn-

und Gewerbegebiets „Pankower Tor“ plant. Während Krieger den Abriss des Lokschuppens plant, setzt der Baustadtrat auf die Sanierung. Als mögliche Nutzung käme eine Schule in Betracht.

Für das Lokdepot in Rummelsburg kommt wohl jede Rettung zu spät. Vor Kurzem waren Interessierte eingeladen, im Bezirksamt Lichtenberg, Abteilung Stadtentwicklung, Pläne einzusehen, welche die Deutsche Bahn für das Gelände der ICE-Triebwagenhalle vorgelegt hatte. Darin ist vom Rückbau der Altanlagen die Rede, was nichts anderes bedeutet als der Abriss des Rundlokschuppens. Geplant ist, die abgetragenen Teile des Lokschuppens ins Museum nach Wittenberge zu verbringen.

Der Insterburger Rundlokschuppen befindet sich in privater Hand und beherbergt eine Autoreparaturwerkstatt. Vertreter des Kamswyker Kreises und Architekten in Insterburg setzen sich seit Jahren für den Erhalt des Rundlokschuppens ein. Eine Projektplanung nebst Nutzungskonzept wurde vorgelegt, die Umsetzung scheiterte bislang aber an bürokratischen Hürden und mangelnden Finanzen. Manuela Rosenthal-Kappi



Für die Restaurierung zunächst abgedeckt: Schwedler-Kuppel des Rundlokschuppens in Schneidemühl

Bild: Kamswyker Kreis



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

mein alter Freund und ehemaliger Kollege vom Ostpreußenblatt, **Horst Zander**, der auch unseren Leserinnen und Lesern aus alten Zeiten vertraut ist und über den ich – wie auch über seinen Lindenhof in Hinterpommern – oft berichtet habe, pflegt mich an jedem Montagvormittag anzurufen. Wir tauschen dann Meinungen und Erfahrungen aus, denn er, ein geborener Kösliner, ist als Herausgeber und Chefredakteur der „Kösliner Nachrichten“ tätig, und so haben wir uns immer viel zu erzählen. Aber am vorletzten Montag erhielt ich keinen Anruf, und ich machte mir Sorgen, weil kürzlich ein Orkan die Linden, die dem Hof seinen Namen gaben, enturzelt hatte – und so Unrecht hatte ich nicht, denn sein Anruf kam einen Tag später und wieder musste Horst Zander von einem Unwetter berichten, das aber diesmal den Boden betraf. Es hatte tagelang in Strömen gegossen, die Erde nahm diese Wassermassen nicht auf, alles war abgeseifen, auch die Pumpe versagte ihren Dienst. Gerade als er mir davon berichtete, rief seine tatkräftige Frau **Lydia** aus dem Hintergrund: „Sie geht wieder!“ Man spürte die Erleichterung, denn der Lindenhof liegt für unsere Begriffe doch recht einsam dicht an der ehemaligen westpreußischen Grenze. Was die Sache noch verschlimmerte: Ein Kälteeinbruch ließ das Thermometer auf -5 Grad sinken. Ich schaute auf mein Außen-Thermometer: +5 Grad. Und die Stiefmütterchen in meinen Balkonkästen blühen immer noch als müssten sie nachholen, was sie in diesem verregneten Sommer versäumt hatten.

Nicht gerade ein Wetter, das uns in vorweihnachtliche Stimmung bringen kann, also müssen wir selber für diese sorgen. Pfefferkuchenteig, wie unsere Mütter ihn um diese Zeit anzurühren pflegten, damit er gut zugedeckt in Ruhe reifen konnte, werden wir wohl weniger in unserem häuslichen Adventsprogramm haben – aber Marzipan könnten wir doch schon fabrizieren, dann zieht ein erster weihnachtlicher Duft durch die Räume. Marzipan gehörte nun einmal zu einer ostpreußischen Weihnacht wie der Mohnstriezel, aber es gab noch viele andere Bräuche, und einer hat mich be-

sonders berührt, obgleich ich ihn tohuus nie gekannt habe. Denn es handelt sich um einen ermländischen Brauch, Frau **Hildegard Michalski** hat ihn extra für unser Familienbuch „Das Bernsteinkettchen“ beschrieben, und so will ich ihre Kindheits Erinnerung zum Ersten Advent bringen, denn ein bisschen Vorweihnacht muss auch in unserer Kolumne sein – sonst wären wir doch keine Ostpreußische Familie! Hildegard Michalski hat ihren Beitrag „Stroh für die Krippe“ genannt, und unter diesem Titel steht er auch in dem Buch:

„Unser Vater hatte lange vor Weihnachten eine Krippe gebastelt. Sie war sicher nicht sehr groß, aber meiner Schwester und mir erschien sie riesig, wie sie da auf dem kleinen Schrank stand. Am ersten Adventssonntag legte meine Mutter in die leere Krippe ein aus Holz geschnitztes Jesus-

Abtrocknen des Geschirrs und andere 'gute Taten'. Die wurden sehr großzügig beurteilt, so gehörte zum Beispiel das Ausstechen der Weihnachtsplätzchen dazu, das uns ja sowieso viel Freude machte. Zwischendurch sagte auch der Vater manchmal: 'Das war ein besonders guter Tag, wir wollen jeder einen Halm in die Krippe legen.' Und wenn die Großmutter, die immer ein besticktes Ermländerhäubchen trug, uns besuchte und froh war an diesem Tag kein 'Zipperlein' gehabt zu haben, dankte sie Gott und legte einen Halm hinein. So wuchs das Krippenstroh, und das Weihnachtsfest rückte immer näher. Wie glücklich waren wir am Heiligen Abend, wenn das Jesuskind in der bis zum Rand gefüllten Krippe lag – in dem Bettchen, das wir ihm bereitet hatten.“

Nicht alle Vertriebenen können ihre Kindheit so bewahren wie

uns, weil sie hoffen, etwas über die Ostpreußische Familie erfahren zu können – der Tipp kommt zumeist aus unserem treuen Leserkreis und erweckt manchmal zu viel Hoffnung bei den Anfragenden. Deshalb bitte ich ja immer um Angabe der Telefonnummer, denn in einem direkten Gespräch kann man vieles klären, vor allem, wenn die Suchbitte recht umfangreich ist. So führte ich jetzt ein Vorgespräch mit einer Fragestellerin aus dem Rheinland, das so anregend für uns beide war, dass sie mich demnächst in Hamburg aufsucht, denn ich bin für sie eine authentische Zeitzeugin aus der Welt ihrer verstorbenen Großeltern, mit denen ich ja fast altersgleich bin.

Ein Satz aus ihrer Anfrage hat mich besonders nachdenklich gemacht: „Mich interessiert am meisten das ostpreußische Lebensgefühl, Spirit der Stadt Königsberg, um besser verstehen zu können, was meine ostpreußische Identität eigentlich ausmacht. Wenn man in Ihrem Alter ist, welche Idee hatte man dann vom Leben? Was war dort typisch gewesen? Was hat man als Lebensgefühl zurückgelassen?“

Besonders die letzte Frage beschäftigt mich nun sehr, denn sie betrifft ja nicht das materielle Gut, das zurückbleiben musste, das geht aufzulisten, und das haben wir ja auch nach Möglichkeit getan. Aber haben wir unser Lebensgefühl oder wie man unsere bewussten oder unbewussten Empfindungen auch nennen mag, wirklich zurückgelassen? War es so an die Heimat gebunden, dass es anderswo höchstens im Ansatz oder überhaupt nicht spürbar ist? Es gibt das Wort von der Kindheit, die man in die Tasche stecken soll, um sie für das weitere Leben mitzunehmen. Kann man mit einer glücklichen Kindheit, wie Jean Paul sagt, für ein halbes Leben haushalten? Ich glaube, wenn man die Erinnerung an den Adventsbrauch im Ermland, wie Hildegard Michalski ihn schildert, unter diesen Aspekten betrachtet, so ist es ihr wie den meisten der Erlebnisgeneration auch gelungen. Aber dies ist ein Thema, das viele ältere Leserinnen und Leser interessieren wird, zumal es aus der Enkelgeneration kommt. Wer sich dazu äußern will, schreibe bitte an mich, denn ich möchte den Informationskreis für meine Besucherin vor allem, was diese Frage betrifft, erweitern. Ich bin ja ständig in Gedanken in meiner Heimat, das bewirkt die

Ostpreußische Familie mit ihren Wünschen und Fragen.

Dass unser altes Königsberg eine lebens- und lebenswerte Stadt war, hat ja **Eberhard von Flottwell** mit seinem Poem „So war's einmal in Königsberg“ bewiesen. Wir brachten es in der letzten Folge, und es dürfte bei manchem Königsberger heitere Erinnerungen an einen Besuch in einer der sehr speziellen Gaststätten unserer ostpreußischen Metropole bewirkt haben. Ob ich deshalb die Kopie einer alten Ansichtskarte aus dem Familienkreis bekommen habe, weiß ich nicht, aber das ist auch nicht ausschlaggebend, sondern was sie zeigt, und das dürfte doch merklich zur Heiterkeit der Betrachter beitragen. Die Karte ist zweigeteilt, sie zeigt

weist auch der obere Teil, und der hat es in sich. Er beinhaltet einen „Gruss aus Königsberg, der schönsten Stadt, welche die schönsten Mädchen hat“. Und die wurden auch als Beweis präsentiert: Vier hochgeschlossene und hochtourierte Damen, die nach heutigen Kriterien weder Schönheit noch Jugendlichkeit ausstrahlen, denn sie wirken gemäß Kleidung und Frisur nicht gerade mädchenhaft sondern eher distinktiert, um im Jargon der damaligen Zeit zu sprechen. Aber immerhin: Dass Königsberg den Ruf besaß, die Stadt der schönsten Mädchen zu sein, hat mich doch sehr verwundert, ist aber nunmehr belegt. Bisher hatte, wie ich mich erinnere, die Stadt Tilsit dieses Privileg inne.

Gruss aus Königsberg, der schönsten Stadt,
welche die schönsten Mädchen hat.



„Königsberg, Stadt der schönsten Mädchen“

Bild: Geede

kind. Vater hatte ein Bündel Stroh geschnitten, das im Küchenschrank aufbewahrt wurde, unerreichbar für uns Kinder.

Und dann begann das wundervolle Adventsspiel. Immer wenn wir Kinder besonders artig waren, zog Mutter einen Halm aus dem Stroh Bündel. Wir durften ihn vorsichtig in die Krippe legen. Auch wenn wir pünktlich vom Schlittschuhlaufen kamen – und wir waren pünktlich! – bekamen wir einen Strohhalm, ebenso für das

Hildegard Michalski, und erst recht nicht so liebevoll wiedergeben. Und dann kommen mehr als 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung die nächsten Generationen und wollen wissen, wie die Eltern und Großeltern einmal in der angestammten Heimat gelebt haben, denn diese haben höchstens ansatzweise darüber berichtet, wenn überhaupt. Wenn auch Verwandte aus der Erlebnisgeneration nicht mehr am Leben sind, finden immer mehr jüngere Menschen zu

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung helfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht



um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion Preussische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

im unteren Teil den Kaiser-Wilhelm-Platz, der geradezu idyllisch wirkt – jedenfalls ist er als urbaner Mittelpunkt der Stadt, wie er uns vertraut war, nicht erkennbar. Kein Auto, keine Radfahrer, selbst keine Pferdedroschen, wie sie noch in den 20er Jahren unter der Schlossmauer standen – lediglich ein einsamer Straßenbahnwagen, der gerade in die Altstädtische Langgasse einbiegt. Danach müsste die Aufnahme einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg entstanden sein, denn bereits 1895 betrieb Königsberg als erste deutsche Stadt eine elektrische Straßenbahn in eigener Regie. Die einzige Strecke führte vom Kaiser-Wilhelm-Platz zur Augustastrasse, die Maximalgeschwindigkeit betrug neun Kilometer. Dass die Aufnahme weit über 100 Jahre alt ist, be-

Mit einem Gruß nicht aus sondern an Königsberg wollen wir unsere Familienkolumne beenden. Es sind die letzten Zeilen aus dem Poem „So war's einmal in Königsberg“ und ist eine einzige Liebeserklärung an Königsberg: „Liebe, alte Stadt am Pregel, machst das Herz so forsch und kregel, alte, gute Heimatstadt, machst zufrieden uns und satt, nimmst uns warm in deine Hut: Königsberg – ich bin dir gut!“

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bedrohung durch das Verhältniswahlrecht?

Neues Kommunalwahlrecht in Polen richtet sich auch gegen die Deutsche Minderheit

Anfang November hat die polnische Regierung Änderungsvorschläge zur Arbeitsweise der Kommunalverwaltungen im Sejm in Warschau eingebracht. Der Gesetzentwurf soll dazu beitragen, dass sich Bürger besser in den Kommunalverwaltungen einbringen können.

Die polnische Regierung möchte es Bürgern ermöglichen, künftig mit sogenannten Interpellationen und Anfragen an die kommunalen Gebietskörperschaften Einfluss auf deren gewählte Parlamente zu nehmen. Etwa dadurch, dass jedes Jahr ein vom jeweiligen Gemeinderat, Kreistag beziehungsweise Sejmik (Woiwodschaftsparlament) vorgelegter Bericht debattiert und anschließend über ein Vertrauensvotum zur Abstimmung gebracht werden kann, wie das „Wochenblatt.pl“, die Zeitung der Deutschen Minderheit in Polen, berichtet. Der

Gesetzentwurf der Regierung sei jedoch ein direkter Schlag gegen die deutsche Minderheit, denn, es ist eine Abkehr von Ein-Mandat-Wahlbezirken hin zu Verhältniswahlen. In Zukunft soll es demnach nur in Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern Ein-Mandat-Wahlbezirke geben. „Diese Regelung beeinträchtigt unmittelbar die Deutsche Minderheit, denn es werden dann größere kommunale Wahlkomitees beispielsweise solche von politischen Parteien bevorzugt. Kleinere, darunter kommunal organisierte bürgerliche Wahlkomitees, könnten schon deshalb viel verlieren und es ist auch für uns daher ein Grund zur Besorgnis“, so der Parlamentsabgeordnete der deutschen Minderheit in Polen, Ryszard Galla, im „Wochenblatt“.

Zum Verständnis des in Deutschland unbekanntem Sy-

stems: Bei den sogenannten Ein-Mandats-Wahlbezirken kann ein aufgestellter Kandidat je nach seinem Stimmenanteil letztlich in ganz unterschiedlichen Ebenen sein Mandat finden, ob nun in einem Ortsrat, Gemeinderat oder gar im Kreistag.

Bislang erfolgte die Einteilung in Wahlbezirke durch den Gemeinderat auf Vorschlag des Gemeindevorstehers, wie der Bürgermeister kleinerer Orte in Polen heißt. Diese Kompetenz soll den Gemeinderäten durch die Gesetzesnovellierung entzogen werden und die Einteilung in Wahlbezirke auf Vorschlag des Kreiswahlkommissars erfolgen. Für Galla heißt dies, man wolle damit dem Gemeinderat und damit den Menschen vor Ort ihre Kompetenzen absprechen und diese an Beamte der Woiwodschaftswahlkommissare –

abgeben. Galla befürchtet, dass die vorgeschlagene Novellierung eine Manipulationsgefahr in sich birgt. Bislang konnte man einzelne Landkreise zu einem Wahlbezirk erst dann zusammenfassen, wenn die Zahl der Ratsmitglieder kleiner als fünf war. Nach dem neuen Vorschlag der Regierung soll diese Zahl auf drei gewählte Vertreter verringert werden. Galla meint, dass man sich in Warschau auf diese Weise die Möglichkeit schaffe, Wahlbezirke nach eigenem Gutdünken zu bilden.

Nach dem alten Wahlrecht konnte man einen Landkreis zudem in zwei oder mehr Wahlbezirke nur dann aufteilen, wenn die Zahl der Ratsmitglieder pro Landkreis größer als 15 war. „Nun will die Regierungspartei PiS diese Zahl auf sieben reduzieren, weil das für sie bequemer ist, denn man kann dann Wahlbezirke leichter zusammenschließen

oder bei Bedarf auch teilen. „Wie man sieht, manipulieren die Regierenden so mit den Limits, dass es für sie bequemer wird, ihre Ziele zu verwirklichen“, interpretiert der eigentlich für eher weiche Worte bekannte deutsche Abgeordnete Galla hier streng.

Was jedoch vorerst nicht geändert werden soll ist der Passus, dass „bei einer Sejmik-Wahl – also auf Woiwodschaftsebene – die sozialen Bindungen von Wählern in den jeweils zusammenzuschließenden Wahlbezirken, die einer nationalen oder ethnischen Minderheit angehören, nicht verletzt werden dürfen.“

Dafür begrenzt der Gesetzentwurf die Legislaturperioden der Gewählten auf zwei Amtszeiten. Wer also zum Beispiel zwei Mal Gemeindevorsteher (Bürgermeister) war, darf laut Gesetzesänderung ein drittes Mal nicht mehr aufgestellt werden. Diese Rege-

lung soll ab 2018 gelten. Des Weiteren darf ein Bewerber auf das Bürgermeisteramt zum Beispiel nicht mehr gleichzeitig für den Kreistag und für den Woiwodschafts-Sejmik kandidieren. Und für die Bestimmung der Woiwodschaftswahlkommissare sind nur 60 Tage vorgesehen. „Das ist wenig, denn in dieser Zeit wird man fast 400 Kommissare ernennen müssen. Wie findet man aber so viele, die dieses Fach wirklich verstehen?“

Es darf daher vermutet werden, dass dann nicht zuletzt treue Soldaten der Regierungspartei ernannt werden. Und obwohl sich die Staatliche Wahlkommission dann vorerst nicht ganz in den Händen der PiS befinden wird, könnte diese Gefahr in zwei Jahren zutage treten, nachdem sich diese Kommission konstituiert hat“, befürchtet das „Wochenblatt.pl“. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Kaukel, Frieda, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brozio, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Palluch, Helmut, aus Barten-dorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Ganz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember
Weidmann, Edith, geb. **Ganz**, aus Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhm, Ilsegrät, geb. **Neumann**, aus Insterburg und Lötzen, am 7. Dezember
Fauken, Hedwig, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember
Olk, Edith aus Klein Rerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember
Tennert, Herta, geb. **Kullack**, aus Mertenheim, Kreis Lötzen, am 10. Dezember
Wolff, Christel, geb. **Olk** aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Adomeit, Heinz, aus Schalteck, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Blumenstein, Magarete, geb. **Po-lixa**, aus Roggenfelde, am 6. Dezember
Ebert, Christel, geb. **Koriat**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Gruber, Edeltraud, geb. **Klipp**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Hartmann, Wally, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember
Jansen, Martha, geb. **Frontzek**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Jogschies, Elli, geb. **Jacksteit**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Kiesling, Erna, geb. **Barkus**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Treuburg, am 3. Dezember
Kluck, Ewald, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Mirbach, Gerda, geb. **Preugschat**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Petrick, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Spelge, Vera, geb. **Lindemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Weber, Hilde, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Wedewardt, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Lyck, Danziger Straße 15, am 5. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Holz, Christel, geb. **Janz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Noack, Elisabeth, geb. **Walendy**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Pabsch, Gertrud, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Schwill, Horst, aus Königsberg, am 6. Dezember
Topka, Heinz aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Turtschin, Elsbeth, geb. **Jeromin**, aus Lyck, am 6. Dezember
Wittkowski, Charlotte, geb. **Fey**, aus Wehlau, am 4. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Joseph, Eva, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Kairies, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember
Kieslich, Elisabeth, geb. **Weiß**, aus Kunzendorf, Kreis Mohrun-gen, am 3. Dezember
Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Noack, Margarete, geb. **Janowski**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 7. Dezember
Pabst, Berta, geb. **Dragun**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Reichert, Helmut, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 1. Dezember
Schade, Margarete, geb. **Kinsky**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember

Schäfer, Gertrud, geb. **Krause**, aus Maxhof, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Weigl, Hanna, geb. **Labeit**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Roland, aus Schaken-dorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Bornemann, Magdalene, geb. **Ehler**, aus Preußwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Dezember
Hartmann, Hildegard, geb. **Stacklies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Hellwig, Christa, geb. **Hellwig**, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 3. Dezember
Jorkowski, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Anzeige

GEMÄLDE UND GRAPHIK

ostpreußischer Künstler
 von privat zu verkaufen

R.Budzinski S.H.Pingel H.Sprenger O.Schliwinski E.Schwimmer K.Storch H.Wolff u.v.a.
 Chiffre 194780

Kuhn, Erna, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 3. Dezember
Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember
Platzek, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Seiler, Margarete, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Staschik, Hilde, geb. **Kalinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Wiersen, Ella, geb. **Schirrmann**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Zirkel, Emma, geb. **Wiertelowski**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember
Kniest, Günther, aus Tilsit, am 3. Dezember

Liebner, Hannelore, geb. **Rogalla**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Niemeyer, Waltraut, geb. **Kring**, aus Grünwiese, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember
Pruß, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Schulz, Erich, aus Wehlau, am 2. Dezember
Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Zintarre, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Altrock, Irmgard, geb. **Klett**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Fuchs, Gerhard, aus Poppen-dorf, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Hoecke, Siegfried, aus Schwen-gels, Kreis Heiligenbeil, am 2. Dezember
Jorzick, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ny, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Funk, Gisela, geb. **Tertel**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Gorlo, Horst-Paul, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 4. Dezember
Hanuschik, Helga, geb. **Murawski**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Harder, Eva-Maria, geb. **Sbrzesny**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Höfer, Hilmar, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Kretschmer, Antje, geb. **Winkelmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Dezember
Kruber, Siegfried, aus Langheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Lerch, Gerhard, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember
Meyer, Henry, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Nitzkowski, Gunter, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. Dezember
Nölker, Helga, geb. **Schweiß**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 1. Dezember
Noller, Elisabeth, geb. **Warzas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Piecuch, Ursula, geb. **Czernetzki**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Rädeke, Waltraut, geb. Struppek, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Seele, Luise, geb. **Klein**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Selinger, Christel, aus Pom-mern, am 2. Dezember
Volkov, Christel, geb. **Gottheit**, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Anzeige

Autorin schreibt Ihr Buch, Biografie, auch Lektorat
 Tel. 0177-2194128
 HoffmannAE@aol.com

Wagener, Elli, geb. **Krutzinna**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 7. Dezember
Zollondz, Günter, aus Osiekau, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Haase, Christel, geb. **Paplewski**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen,

am 5. Dezember
Jannusch, Hannelore, geb. **Sköries**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Katzenski, Hans-Jürgen, aus Walden, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Katzwinkel, Manfred, aus Alex-brück, Kreis Ebenrode, am 5. Dezember
Klask, Rüdiger, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember
Losch, Friedhilde, geb. **Kieninger**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 1. Dezember
Maye, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Stobbe, Werner, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember
Tänzler, Doris, geb. **Nattermann**, aus Ebenrode, am 4. Dezember
Trucks, Detlev, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember



Eisold, Werner und Frau Hilde-gard, geb. **Koyro**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 6. Dezember



Kecker, Heinz, aus Moditten, Kreis Königsberg, und Ehefrau Inge, geb. **Grunwald**, am 5. Dezember



Mauerhöfer, Hans, aus Kraghof, Kreis Goldap, und Ehefrau Erna, am 5. Dezember
Messer, Herbert Horst und Ehefrau Elly, aus Woduhnkeim, Kreis Bartenstein, am 22. November



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
 Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
 Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Neuerscheinung

Die Kreisdienststelle macht auf eine Buch-Neuerscheinung des Autors Rüdiger von Voss mit dem Titel „Niemandland – Die Farenheids und die Schmidt von Altenstadts – Erinnerungen an Ostpreußen, Spu-

rensuche“, 331 Seiten mit 80 Abbildungen, aufmerksam.

Dieses Buch stellt die Geschichte der beiden Familien in den letzten 500 Jahren bis zur Flucht 1945 dar. Eingeleitet wird das Buch durch Anmerkungen zur Geschichte Ostpreußens und zum Kampf der Historiker um die Entstehung des preußischen Kernlandes. Es folgen Hinweise zu den gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnissen des Kreises Darkehmen. Im Kontext der Geschichte der Farenheids ist das Buch dem Leben und Wirken von Fritz von Farenheid und seinen Freunden gewidmet.

Auch der Eulenburg-Prozess wird in diesem Zusammenhang behandelt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Darstellung des Schlosses Beynuthen und der bedeutenden Kunstsammlung.

Es folgt die Geschichte der verwandten Familie Schmidt von Altenstadt, die ebenso wie die Familie Farenheid auf eine 500-jährige Geschichte zurückblicken kann. Nach der Darstellung des altentstammlichen Besitzes Medunischen folgt die Spurensuche in Oberfranken. Einzelne Kapitel sind der Pferdezucht und dem Jagdwesen zugeordnet.

Das letzte der 18 Kapitel schildert eine Reise nach Ostpreußen im Sommer 2017 über Posen, Königsberg, Gumbinnen, Angerapp bis zur Wolfsschanze, über Sensburg nach Danzig und Stettin.

Bei Vorausbestellung kann dieses Buch zu einem deutlich reduzierten Preis von 26 Euro zuzüglich 2,50 Euro Porto, statt späterem Ladenpreis von 35 Euro über den Autor, Dr. Rüdiger von Voss, Bismarckstraße 99, 10625 Berlin,

Fax(030) 31519420, E-Mail: mvon-voss@aol.com, bezogen werden.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski, Kreisdienststelle Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Trauer um Lothar Schwarz

Ein engagierter und heimattreuer Angerburger ist für immer von uns gegangen. Im Alter von

Heimatkreisgemeinschaften
 Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

80 Jahren verstarb am 4. November nach schwerer Krankheit unser langjähriges Kreistagsmitglied Lothar Schwarz. Am 5. August 1937 in Angertal im Kreis Angerburg geboren, von ostpreußischer Haltung und Heimatliebe geprägt, hat er sich über viele Jahre ehrenamtlich in der Kreisgemeinschaft eingebracht. Diese Liebe zur Heimat motivierte ihn auch, sich für den Zusammenhalt der Angertaler im In- und Ausland zu engagieren. Sachlich brachte sich der frühere Sparkassenangestellte im Angerburger Kreistag ein, dessen Mitglied er von 2004 bis 2017 war. Sein Tod trifft uns alle sehr.

Wir sind Lothar Schwarz zu besonderem Dank verpflichtet, denn seine ehrenamtliche Arbeit für seine Heimat Ostpreußen hat unsere Zusammenarbeit über die Jahre in positivem Sinn geprägt. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Elisabeth und seiner Familie. Bei uns Angerburgern hinterlässt sein Tod tiefe Trauer. Wir werden Lothar Schwarz sehr vermissen.

Kurt-Werner Sadowski,
Kreisvertreter

Weihnachtsfeier. Informationen erteilt Jürgen Pantel unter Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 6. Dezember, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred - Samel@Hamburg.de.

Köln – Mittwoch, 6. Dezember: Weihnachtsfeier. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Sachsen – Sonnabend, 9. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: Weihnachtstreffen. Informationen bei Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Sonnabend, 16. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier, Ankunft bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Thüringen – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus, Karlsplatz 27-31, Eisenach: Weihnachtsfeier. Weitere Informationen erteilt Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com.



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Adventstreffen

Freitag, 1. Dezember, Hotel Handelshof, Friedrichstraße 15, 45468 Mülheim/Ruhr, Telefon (0208) 30880: Adventstreffen der Gruppe Bonn. Auskünfte bei der Kreisvertreterin Manuela Begett, Telefon (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestdt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimatgruppe

Berlin: 14. Dezember, 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde-West): Weihnachtessen. Auskunft: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 2. Dezember, ab 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, In Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen:

monumentale Burgwälle, das heißt, aus Holz und Erde errichtete Befestigungsanlagen, registriert. Nach landläufiger Meinung sind die meisten Burgwälle von der prussischen Urbevölkerung etwa ab Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends angelegt und dann bis zur Übernahme der bernsteinreichen Landschaften durch den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert überwiegend zur Verteidigung genutzt worden.

Trotz der guten Erhaltung vieler Anlagen sind sie jedoch kaum untersucht und man weiß erstaunlich wenig über diese vorgeschichtlichen Befestigungen. Insbesondere der nördliche Teil Ostpreußens ist in dieser Hinsicht ein Forschungsdesiderat. Besonders problematisch ist hier, dass nur wenige Anlagen bis heute sicher datiert sind.

Im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes, das die alten vorkriegszeitlichen Ausgrabungsergebnisse anhand der Aufzeichnungen der deutschen Archäologen mit den Resultaten der Nachkriegsforschung kombiniert, stehen die Burgwälle nun im Mittelpunkt siedlungsarchäologischer Untersuchungen. Dabei kommt eine neue Methode zum Einsatz, die durch Bohrungen mit einem geologischen Motorhammer Holzkohleproben zur Radio-Karbon-Datierung gewinnt.

Der etwa einstündige Lichtbildervortrag erläuterte die Ziele des auf 18 Jahre angelegten Gesamtprojektes und präsentierte erste Ergebnisse der Burgenforschung im Samland, der bernsteinreichsten Region der Welt.

Nicht wenige Besucher nutzten im Anschluss die Gelegenheit, dem Wissenschaftler ihre Fragen zu stellen. Alle Gäste dieser letzten Vortragsveranstaltung 2017 konnten das Jahresprogramm 2018 des Lötzeener Heimatmuseums bereits mit nach Hause nehmen. Auch im nächsten Jahr wird die Kreisgemeinschaft Lötzen am Standort ihres Kreisarchivs und ihrer Heimatsammlung Sonderausstellungen und Veranstaltungen anbieten. *Ute Eichler*



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Frühjahrestreffen Mittlere Generation

Göttingen – Freitag, 2. bis Sonntag, 4. März, Hotel Rennschuh (www.rennschuh.de), Kasseler Landstraße 93: Frühjahrestreffen der Mittleren Generation. Jeder Interessierte ist herzlich willkommen. Nähere Informationen auf unserer Website unter „Mittlere Generation“ oder bei der Sprecherin der Mittleren Generation Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 15. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, Telefon (0451) 33517, www.burgfeldrestaurant.de. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 50 bis Mittwoch, 6. Dezember zu.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Tag der offenen Tür

Neuss – Freitag, 7. Dezember, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Neuss: Tag der offenen Tür.

Adventsfeier

Neuss – Sonntag, 17. Dezember, 14 Uhr, St. Marien: Heilige Messe. 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen, adventlichen Liedern, Vorträgen und besinnlicher Musik.



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Wahl der Stadtvertretung

Im kommenden Jahr endet die Wahlperiode der Tilsiter Stadtvertretung. Der Vorstand hat satzungsgemäß die Kandidaten für die neue Stadtvertretung bestätigt und die Vorschlagsliste dem Vorsitzenden des Wahlausschusses übergeben. Sie enthält 20 Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge: Günter Balschweit, Siegfried Dannath-Grabs, Hans Dzieran, Erwin Feige, Gerhard Feige, Maja Frenzel, Manfred Gesien, Günter Hertel, Vera Jawtus, Valentina Manthey, Gerhard Pfiel, Roland Pohl, Hans-Joachim Purwin, Heinz Schmitt, Irmgard Steffen, Norbert Subroweit, Franz Stenzel, Manfred Urbschat, Gisela Wrobel, Marco Wrobel. Laut Wahlordnung wird die Vorschlagsliste in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* veröffentlicht und stellt den Vereinsmitgliedern anheim, bis 15. März 2018 Gegenvorschläge zu machen. Die Gegenvorschläge müssen die Unterschriften von mindestens zehn Mitgliedern tragen. Die Einverständniserklärungen der Gegenkandidaten müssen beigefügt sein. Gehen keine Gegenvorschläge ein, werden die Kandidaten auf der Jahrestagung am 25. Mai 2018 in Siegburg gewählt.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Das Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai 2018 im Hotel Schützenhof in 53783 Eitorf, Windecker Straße 2, statt. Ausrichter ist die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit.



Vortragsveranstaltung

Duisburg – Sonnabend, 9. Dezember, ab 10.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zu einer Vortragsveranstaltung ein.

Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen. Ab 10.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen.

Um 11 Uhr Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend hält Dr. Wolfgang Rothe, Essen, einen Vortrag zum Thema „Zur Siedlungsgeschichte von Preußisch Litthauen“, mit einer Lesung

von einem Auszug über die „revolutionäre Umgestaltung des östlichen Ostpreußens durch die Preußischen Reformer 1807–1840 ff.“.

Zwischen 13 und 14.15 Uhr ist ein Gedankenaustausch bei einem Imbiss vorgesehen. Eine Kurzvorstellung von Neuerscheinungen aus der PRUSSIA-Schriftenreihe wird um 14.15 Uhr erfolgen.

Ab 14.30 Uhr wird Dr. phil. Martina E. Mettner M.A., Berlin, in ihrem Vortrag zu „Albrecht von Brandenburg und die Reformation in Altpreußen“ referieren.

Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache.

Das Ende der Veranstaltung ist für 16.30 Uhr vorgesehen.

Fragen per E-Mail an: prussia.gesellschaft@googlemail.com

Eitorf ist ein übersichtliches

Städtchen im Westen Deutschlands, im Rhein-Sieg-Kreis, nicht weit entfernt von Bonn und Köln.

Von Siegburg aus einige Kilometer die Sieg flussaufwärts male- risch zwischen Westerwald und Bergischem Land gelegen gehört Eitorf jedoch nicht zum Siegerland, sondern ist dem Rheinland zuzuordnen, was sich auch im Brauchtum (Karneval) und in der Mundart widerspiegelt.

Es mag jetzt Ihr Interesse geweckt sein, diese reizvolle Region abseits des großen Fremdenverkehrs und doch unweit des Rheins einmal kennenzulernen. Planen Sie also die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen ein und buchen Sie ein paar Urlaubstage vor oder/nach dem 26. Mai im Hotel Schützenhof. Das Haus verfügt über Saunen und ein Schwimmbecken. Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen“ bis zum 1. März 2018 vor. (DZ 94 Euro, EZ 64 Euro)

Eitorf ist mit dem Auto oder der Bahn unschwer zu erreichen:

Bahn: Von Köln aus zweimal stündlich eine Verbindung auf der Strecke nach Siegen. Vom Bahnhof gut zwei Kilometer bis zum Hotel mit dem Taxi oder dem Bus Linie 571, immer zehn Minuten nach der vollen Stunde, außer sonnabends und sonntags.

Auto: Von Norden und Nordwesten: BAB 3 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Bonn/Siegburg, dann BAB 560 Richtung Hennef bis zum Ende der Autobahn, dann links ab auf der L333 nach Eitorf.

Von Norden und Nordosten: BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz (BAB 2 bis zum Kamener Kreuz, dann BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz, dann BAB 45 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Olpe Süd, dann BAB 4 bis zur Ausfahrt Reichshof/Bergneustadt, dann über Walbröl nach Ruppichterth, dort links ab nach Eitorf.

Von Osten: BAB 4 bis zum Kirchheimer Dreieck, dann BAB 7 bis zum Hattenbacher Dreieck, dann BAB 5 bis zum Reiskirchner Dreieck, dann BAB 480 bis Wettenberg, dann Umgehung Gießen Richtung Dortmund, auf der BAB 45 bis Ausfahrt Herborn West, quer durch den Westerwald, vorbei an Bad Marienberg, Hachenburg und Altenkirchen, schließlich auf der B 8 bis Kircheib, dort rechts ab nach Eitorf.

Von Süden: BAB 3 bis Ausfahrt Bad Honnef/Linz, dann der Beschilderung „Eitorf“ folgen.

Das Nachbarschaftstreffen beginnt um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) und endet um 17 Uhr.

Unentgeltliche Parkplätze stehen am Hotel zur Verfügung. Zum Mittagessen werden vier preisgünstige Gerichte angeboten, und am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Es erwartet Sie ein ansprechendes Programm. Eintritt wird nicht erhoben, für eine Spende wären die Veranstalter dankbar.

Für die vor dem Veranstaltungstag anreisenden Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, 25. Mai, gegen 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.

Nicht nur für Ostpreußen

Der Regenschirm trägt das Elchschaufelwappen und den Spruch „In Ostpreußen geht die Sonne auf“ – Der Stockschild hat ein

den Dürchmesser von zirka 135 Zentimetern, enthält

ein Automatikgestell und einen ergonomisch geformten schwarzen Kunststoffgriff.

Bestellen Sie noch heute den Ostpreußischen Regenschirm für 15 Euro zuzüglich Versandkosten und verschicken Sie ihn zu Weihnachten. Sie erreichen uns unter Telefon (040) 4140080, per E-Mail: rinser@ostpreussen.de oder schreiben Sie an Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.



Trakehner im Buch

Neuaufgabe der Broschüre über Ostpreußens berühmte Pferderasse

Bereits 1982 präsentierte das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zum 250. Jahrestag des Gestüts Trakehnen eine Ausstellung über die weltberühmte Zuchtstätte für edle Vierbeiner. Eine weitere - speziell zur Geschichte des Hauptgestüts - wurde zu den »1. Ellinger Trakehner-Tagen« im Jahre 2006 eröffnet. Aus diesem Anlass erhielt das Museum im Deutschordensschloss ein Modell des Landstallmeisterhauses Trakehnen. 2008 folgte die Auflage eines Begleitheftes zu dieser Ausstellung, das relativ rasch vergriffen war.

Originalaufnahmen von 1884

Wegen des stetigen Interesses hat das Kulturzentrum nun eine zweite Auflage des Heftes herausgegeben. Sie wurde redaktionell überarbeitet und um weitere acht Seiten mit historischen Fotos ergänzt wurde. Das Heft »Trakehnen - ein Pferdepardies« beschreibt die Geschichte des Gestüts, beginnend mit der Entscheidung von König Friedrich Wilhelm I. vom 3. April 1713, mit der er die Verbesserung der Zucht in Ostpreußen anordnete.

1725 entschied der König, ein Hauptgestüt in der Gegend von Trakehnen zu errichten. Oberstallmeister Kurt Christoph von Schwerin konnte am 1. September 1732 die Inbetriebnahme des königlichen Stutamtes mit 1100 Pferden melden. In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich eine klare Zuchtlinie. Englische Halbblüter wurden zu dieser Zeit in die Zucht eingeführt. Stallmeister Friedrich von Schwiechow gab Mitte des 19. Jahrhunderts dem englischen Vollblut den Vorzug, was zu einer glanzvollen Zuchtperiode führte, aus der Pferde mit Kraft, Härte und Ausdauer hervorgingen.

Mehrmals musste das Hauptgestüt Trakehnen in seiner Geschichte flüchten: vor den Truppen Napoleons 1806 ins Baltikum und erneut 1812 in die Nähe von Neustadt in Schlesien. Auch 1914 wurden zu Beginn des Ersten Weltkrieges die Pferde nach Neustadt an der Dosse, nach Graditz, Düren und nach Niederschlesien verbracht. Die größte Flucht be-

gannt mit dem am 17. Oktober 1944 vom Landratsamt Stallpöden angesichts der vor den Toren stehenden russischen Streitkräfte gegebenen Räumungsbefehl.

Von insgesamt 26264 eingetragenen Stuten und 825 Hengsten erreichten knapp 1000 die westlichen Teile Deutschlands. Nur noch 18 in Trakehnen geborene Stuten bildeten 1945 in Deutschland den Grundstock für die Erhaltung der Rasse. Zuchten sind zudem noch in Russland und Polen vorhanden.

In Polen werden die Vierbeiner mit Vorfahren aus Trakehnen »Masurische Pferde« genannt. Das 36-seitige mehrfarbige Heft beschreibt die baulichen Anlagen von Trakehnen, erklärt die Organisation, zeigt Originalaufnahmen des Fotografen Ottomar Anschütz von 1884 und zeichnet die Erfolge der Pferde bei sportlichen Ereignissen wie bei Querfeldeinrennen und den Olympischen Sommerspielen 1936 in Dressur und Military auf.

Mit den 18 im neuen Zuchtbuch eingetragenen Stuten gelang die Weiterzucht des »Warmblutpferdes Trakehner Abstammung«, 2003 waren 213 gekörte Hengste und 4137 Zuchtstuten vorhanden. Erwähnung findet zudem der Zustand des heute im Königsberger Gebiet liegenden Hauptgestüts, wo 2007 dessen 275jähriges Bestehen gefeiert werden konnte und 2013 vor dem renovierten Landstallmeisterhaus das rekonstruierte Denkmal des Hengstes »Tempelhüter« aufgestellt wurde.

M. Fritsche

Die mit Unterstützung des Förderkreises Ostpreußische Jagdmuseum und der Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung erschienene Publikation wurde unter der Redaktion des Direktors der Kulturereinrichtung, Wolfgang Freyberg, erstellt und kann beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstr. 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 info@kulturzentrum-ostpreussen.de für 5 Euro plus Porto und Verpackung erworben werden.



Die Takehnerstatue des Hengstes Hessenstein vor dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg Bild: Horns

Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen. Eine gut besuchte Veranstaltung würde mich freuen. Allen Landsleuten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können, wünscht der Vorstand gute Besserung, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2018.

Ilse Hunger

Mittwoch, 20. Dezember, 14.30 Uhr, Treffpunkt »Unter den Leuten«, Rommelsbacher Straße 1 in Reutlingen: Weihnachtsfeier der Frauengruppen. Erika Manzau-Schmidt hat schon einige Vorbereitungen getroffen. Bitte Päckchen für den Grabbelsack mitbringen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken - Sonntag, 17. Dezember, 15.30 Uhr, Saal, Gasthof »Krone«, Gunzenhausen: Vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach - Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: Weihnachtsfeier. Wieder mit unseren schönen Weihnachtsliedern, mit Geschichten und Gedichten aus unserer Heimat. Wir werden wieder Marzipan, Bücher und Kalender für den Gabentisch anbieten. - Montag, 18. bis Mittwoch, 20. Dezember: Stand auf dem Weihnachtsmarkt mit allen Landsmannschaften. Weihnachtswerkstatt mit Leckereien, Büchern, Kalendern und Musik.

Bamberg - Mittwoch, 20. Dezember, 15 Uhr, Hotel »Wilde Rose«, Keßlerstraße: Weihnachtsfeier.

Landshut - Freitag, 8. Dezember, Abfahrt: 15.30 Uhr, Marktplatz Ergolding, Rosenhof: Christkindmarkt Höfen. - Dienstag, 19. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus »Zur Insel«: Weihnachtsfeier.

Nürnberg - Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser (Ende der U1 gegenüber): Adventsfeier.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.n.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

FRAUENGRUPPE

Donnerstag, 14. Dezember, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117: Weihnachtsfeier. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

HEIMATKREISE

Königsberg, Freitag, 15. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Weihnachtsfeier. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Gumbinnen, Johannsburg, Lötzen, Sensburg - Dienstag, 12. Dezember, 13 Uhr, Restaurant »Muna«, Albrechtstraße 52: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen an Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannsburg und Sensburg an Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

13 Uhr, Restaurant »Muna«, Albrechtstraße 52: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen an Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannsburg und Sensburg an Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

Heilsberg, Röbel - Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte »Maria Rimkus Haus«, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Adventsfeier. Anfragen an Erika Hackbrath, Telefon (033762) 40137 oder Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

Rastenburg, Sonntag, 10. Dezember, 15 Uhr, Restaurant »Stammhaus«, Rohrdamm 24 B: Weihnachtsfeier. Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.

Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit - Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon 6041054.



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertreter: Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe - Samstag, 2. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: Adventsfeier. Die Andacht hält Wilhelm Tacke, Vorsitzender des »Vereins für Niedersächsisches Volkstum, Bremer Heimatbund«, dessen korporatives Mitglied wir sind. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch das Ehepaar Bielski. Wir möchten mit Ihnen wieder harmonisch und besinnlich zusammenkommen, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatischen Geschichten erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen wie im Vorjahr zehn Euro pro Person. Ihre Anmeldung in der Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und wird ab sofort erbeten.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

HEIMATKREISGRUPPE

Heiligenbeil - Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, AWO Seniorenzentrum, 1. Etage, Stadtteilhaus »Horner Freiheit«, Am Gojenboom 46: Weihnachtsfeier. Die Mitglieder der Gruppe wollen bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde, gemeinsam mit Freunden und Gästen der Kreisgruppe Heiligenbeil, einige besinnliche Stunden verbringen und mit Geschichten aus der Heimat auf die Advents- und Weihnachtszeit einstimmen. Sie erreichen den AWO Seniorenzentrum mit der U2 Richtung Mümmelmannsborg, oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang, »Am Gojenboom« benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus »Horner Freiheit«, für Rollatoren- und Rollstuhlfahrer, gibt es auch einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinaufführt, hier sind es dann aber einige Minuten Fußweg bis zum Stadtteilhaus. Anmeldung bis zum 1. Dezember bei

Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee fünf Euro. - Sonntag, 17. Dezember, ab Hamburg ZOB 13.30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76: Besuch des Weihnachtsmarktes. Der Preis pro Person beträgt 28 Euro inklusive Busfahrt, Reiseführung sowie Kaffee und Kuchen. Es sind noch Plätze frei. Anmeldungen nimmt bis Freitag, 15. Dezember, Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, entgegen.

Osterode - Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, Magnoliensaal, Restaurant »Riebeling«, Fuhsbüttler Straße 755: Weihnachtsfeier. Das Restaurant liegt direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und singen weihnachtliche Lieder und hören heimatische Erzählungen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertreter: Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Kassel - Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, AWO-Altenzentrum Niederwehren: Vorweihnachtsfeier. Durch die festliche Stunde führen wieder Dorothea Deyß mit ihrem Singkreis und Pfarrer i.R. Alfred Scherlies. Gäste sind herzlich willkommen.

Obleich das Vortragsthema beim Novembertreffen der Gruppe den deutschen Osten nicht im Blick hatte, stieß es bei den Anwesenden auf spürbares Interesse, wurden doch Erinnerungen an die eigene Kindheit wach. Die Pädagogin Karin Balk beschrieb nämlich die Entwicklung der Puppen von den ersten Nachweisen bis in unsere Tage.

Gerhard Landau

Wiesbaden - Dienstag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. - Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen mit vorweihnachtlicher Feier. Sie erwartet Kaffee und Kuchen, Kö-

nigsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal wollen wir Sie auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung der Feier sind wir für Geldspenden dankbar.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe - Knapp 400 Gäste begingen am 21. Oktober das Herbsttreffen der Ostpreußen im Anklamer Volkshaus. Die Veranstalter um Manfred Schukat hatten wieder ein abwechslungsreiches Programm auf die Beine gestellt. Mitorganisator Friedhelm Schülke nahm das Erntedankfest zum Anlass, um aus christlicher Sicht über die Dankbarkeit nachzudenken. Er hob die Freude über das wiedervereinigte Deutschland und über vielfältige Kontaktmöglichkeiten in die Heimat hervor. Nach dem Totengedenken wurde unter den Klängen des masurischen Erntedankchorals »Das Feld ist weiß, die Ähren all sich neigen« eine riesige Erntekrone in den Saal getragen. Auch der Ernteumtrag - eine Saalrunde selbstgebrauter ostpreußischer Bärenfang - durfte nicht fehlen.

Ehrgast und Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) wurde kurzerhand aufgefordert, ihr offizielles Grußwort stecken zu lassen. In einer persönlichen Ansprache erzählte sie von ihren ostpreußischen Wurzeln sowie den zahlreichen Reisen, die sie privat und als Politikerin ins heutige Polen und Kaliningrader Gebiet unternommen hat. Der kürzlich in den Bundestag eingezogene Philipp Amthor (CDU) wusste ebenfalls familiäre Verbindungen nach Ostpreußen herzustellen. Er erklärte, dass er sich fortan in einer Arbeitsgruppe für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen innerhalb der CDU-Bundestagsfraktion

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

PARTNER-REISEN

Grund-Touristik GmbH & Co. KG

Flugreisen nach Königsberg ab vielen deutschen Flughäfen mit Umstieg in Warschau

Fährverbindungen Kiel - Klaipeda

Zusammenstellung individueller Flug-, oder Schiffsreisen nach Ostpreußen für Einzelpersonen und Kleingruppen nach Ihren Wünschen!

Gruppenreisen nach Osten 2018

- 23.05.-30.05.: Busreise nach Gumbinnen zum Stadtgründungsfest
- 23.05.-30.05.: Busreise nach Heiligenbeil
- 25.05.-01.06.: Frühlingfahrt Elchniederung und Masuren
- 03.07.-12.07.: Bus- und Schiffsreise nach Tilsit-Ragnit und Nidden
- 03.07.-12.07.: Bus- und Schiffsreise nach Gumbinnen und Nidden
- 17.07.-24.07.: Flugreise nach Ostpreußen: Königsberg-Tilsit-Cranz
- 01.08.-10.08.: Busreise Elchniederung u. Samland- Stadtfest in Heinrichswalde
- 01.08.-10.08.: Sommerreise Gumbinnen, Samland und Kurische Nehrung
- 30.08.-07.09.: Busreise nach Tilsit zum Stadtfest
- 14.09.-24.09.: Flugreise nach Ostpreußen: Königsberg-Tilsit-Nidden-Cranz

Gruppenreisen 2018 - jetzt planen

Sie möchten mit Ihrer Kreisgemeinschaft, Ihrem Kirchspiel, Ihrer Schulklasse oder dem Freundeskreis reisen? Gerne unterbreiten wir Ihnen ein maßgeschneidertes Angebot nach Ihren Wünschen. Preiswert und kompetent. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

- **Fordern Sie bitte unseren ausführlichen kostenlosen Prospekt an.** -

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Nord- & Südostpreußen-Reisen 2018: Königsberg, Memelland, Ermland & Masuren. Angebote unter www.scheer-reisen.de od. Gratisprospekt.

SCHEER-REISEN.de

Tel. 0202 500077 - info@scheer-reisen.de

www.preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg - Dienstag, 19. Dezember, 15 Uhr, »Krauthof«, Beihener Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen - Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Weihnachtsfeier. Der Posaunenchor Wannweil, unter der Leitung von Herrn Raiser, wird uns während Kaffeetafel und auch später mit weihnachtlichen Melodien festlich einstimmen. Mit Vorträgen und Gedichten aus der Heimat werden Erinnerungen an tief verschneite Landschaften und klirrende Kälte vor unseren Augen vorbeiziehen, auch der Weihnachtsmann ist schon bestellt. Hoffentlich waren alle brav!

Gumbinnen, Johannsburg, Lötzen, Sensburg - Dienstag, 12. Dezember,

Königsberg, Freitag, 15. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Weihnachtsfeier. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

zember, 15 Uhr, ebenda: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonntag, 10. Dezember, 15.30 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Adventliche Stunde mit Gesprächen, Singen, Kaffee und Kuchen, der Nikolaus kommt zu Besuch und besichert anwesende Kinder. – Dienstag, 12. Dezember, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrheitsstraße 49: Weihnachtsfeier im Frauenkreis. – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr: Ökumenischer Adventsgottesdienst.

Dortmund – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3, Eingang Märkische Straße: Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Freitag, 1. Dezember, 18 Uhr, GHH: Theaterstück von und mit Kindern und Eltern „Weihnachtsfest fürs Tannenbäumchen“. – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. Dezember, 19 Uhr, GHH: Weihnachtslesung mit Dr. Hajo Buch „Stern über der Grenze“. – Donnerstag, 7. Dezember, 18.30 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonntag, 10. Dezember, 9 bis 16 Uhr, GHH: Ostdeutscher Weihnachtsmarkt mit Kunsthandwerk, antiquarischem Büchermarkt, kulinarischen Spezialitäten auch aus Ostpreußen und einem musikalischen Bühnenprogramm. Montag, 11. Dezember, 19 Uhr, GHH: Vortrag zum 75. Todestag von Jochen Klepper, „Selbstmord unter dem Kreuz“ von Markus Baum. Dienstag, 12. Dezember, 19 Uhr: Vortrag „König der Kinder und Pädagoge der Realität und des Traumes“ von Dr. Regina Plaßwilm und Professor Daniel Hoffmann. – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, GHH: Weihnachtsfeier mit Weihnachtsliedern der Düsseldorfer Chorgemeinschaft und einer musikalischen Darbietung von Miyuki Brummer, Klavier, Radostina Hristova, Sopran, Klaus-Peter Riemer, Flöte. – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, GHH: Feiertagslektüre. Bücher im Gespräch. – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Eichendorffsaal, GHH: Adventsfeier der Memelländer. – Sonnabend, 16. Dezember, 18.30 Uhr, „Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 79: Gottesdienst für alle Landmannschaften. – Sonn-

tag, 17. Dezember, 12 Uhr: Ostdeutsche Weihnachtsfeier auf Schloß Burg mit der Trachtengruppe aus Bergisch-Gladbach. Abfahrt um 12 Uhr vom Busbahnhof Worringer Straße. Anmeldungen sind erforderlich bei E. Koitka, Telefon (0211) 682318.

Neuss – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Marienhaus in Neuss, Kapitalstraße 36: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee, Kuchen und ostpreußische Spezialitäten. – Jeden zweiten Mittwoch um Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 16. Dezember, 14.30 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Weihnachtsfeier. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbiten wir einen Unkostenbetrag von 6,50 Euro pro Gedeck.

Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen.

Wie immer sind Gäste bei uns gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Ihr Kommen stärkt die heimatische Erinnerung und hilft unserer landsmannschaftlichen Ortsgruppe.

Wesel – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier; zu Kaffee und Kuchen für ein gemütliches Beisammensein lädt der Vorstand herzlich ein. Anmeldung bis zum 3. Dezember bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Weihnachtsfeier.

HEIMATKREISGRUPPE

Köln – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, ab 14 Uhr Einlass, Brauhaus, Dellbrücker Hauptstraße 61. Günstige S-Bahn-Verbindung: Linie 18 fährt vom Hauptbahnhof bis Dellbrücker Hauptstraße. In 100 Meter Entfernung liegt das Brauhaus: Treffen der Memellandgruppe. Zum Programm: Nach einem kurzen geistlichen Wort zum Advent spricht der Vorsitzende der Memellandkreise Uwe Jurgsties, Heddesheim, über seine Aktivitäten in der Heimat. Anschließend laden wir zum Kaffeetrinken ein.

»Heimatarbeit« auch im Internet

RHEINLAND-PFALZ
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Adventsfeier. Wir bitten um Gaben für die Tombola.

SACHSEN-ANHALT
Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Landesgruppe – Die Landesgruppe Sachsen-Anhalt hatte am 22. Oktober zur Jahresversammlung nach Magdeburg eingeladen. Anwesend waren die Delegierten der Ortsgruppen Magdeburg, Dessau, Gardelegen, Schönebeck, Stendal, Weißenfels und Halle.

In seiner Begrüßung ging der Vorsitzende Michael Gründling auch auf die vertriebenenpolitische Lage, auf die aktuelle Situation des Ostpreußischen Landesmuseums und auf regionale Treffen ein. Der westpreußische Landesobmann und Pfarrer i.R. Siegmund Bartsch hielt das geistliche Wort zum Thema „Glaube und Heimat“. Nach seinen interessanten Ausführungen traf der Ehrengast, der langjährige Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen und jetziges Mitglied des Deutschen Bundestages, Wilhelm v. Gottberg ein und wurde herzlich begrüßt. Wilhelm v. Gottberg hatte Anfang der 90er Jahre den Landesverband Sachsen-Anhalt und einige Ortsgruppen in Mitteldeutschland gegründet. Er begrüßte die Teilnehmer, berichtete über seinen persönlichen Werdegang und ging auf einige aktuelle Themen und Anfragen ein. Die anwesenden Landsleute waren sehr angetan von seinem Besuch und verabschiedeten ihn mit besten Wünschen für seine neue Tätigkeit.

Im weiteren Verlauf informierte Siegmund Bartsch über die Aktivitäten der Westpreußen, im Anschluss daran hatten die Delegierten die Möglichkeit, über ihre Ortsgruppe zu berichten. Einig waren alle, solange es geht, die Kultur und das Gedenken an die Ostdeutsche Heimat zu bewahren.

Mit einem Gesangsprogramm überraschten der Vorsitzende der Gruppe Magdeburg, Rudi Fieberg

und das Vorstandsmitglied der Landesgruppe Udo Nistripke die Tagungsteilnehmer.

Die Schatzmeisterin Dorothea Fieberg gab den Kassenbericht zur Kenntnis. Ihr wurde herzlich für ihr gewissenhaftes Engagement gedankt.

In der Abschlussdiskussion warb Michael Gründling für den Besuch ostdeutscher Heimatstuben und Museen und um deren Unterstützung.

Gardelegen – Freitag, 15. Dezember, 12 Uhr, Haus Altmarm, Mieste: Weihnachtsfeier.

Magdeburg – Freitag, 8. Dezember, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis. – Sonntag, 10. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfeier. – Dienstag, 19. Dezember, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé: Weihnachtsfeier mit Kaffeetafel, Geschichten, Singen, Gedichte aus der Heimat.

Malente – Sonntag, 17. Dezember, 3. Advent, 15 Uhr, „Pflanzencenter Buchwald“, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier. Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde im Pflanzencenter zusammensetzen. Für die Mitglieder gibt es ein Stück Torte oder Blechkuchen plus Kaffee satt. Jeder kann uns mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landmannschaften sind ebenfalls herzlich eingeladen. Melden Sie sich bitte bis Montag, 4. Dezember im Blumenhaus Franck, Inhaberin St. Munkelt, Malente, Bahnhofstraße 26, an. Telefonische Anmeldungen unter (04523) 2659 nur in wirklich dringenden Fällen.

Klaus Schützler

Mölln – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung im Rahmen einer Adventsfeier.

Neumünster – Die Kartoffel stand beim Novembertreffen der Gruppe im Fokus. Hier nun der



LO-Sachsen-Anhalt: (v. l.) S. Bartsch, E. Wehler, W. v. Gottberg, M. Gründling und D. Fieberg
Bild: Nistripke

zweite und letzte Teil des Referates über die Knolle.

Die ersten Saatkartoffeln stammten aus Angeln. 1761 sandte Propst Lüders fünf Bauernwagen nach Flensburg. Von dort aus ging das Saatgut per Schiff ins dänische Fredericia und weiter auf dem Landweg in die jütländische Heide. Ein Jahr später wurden die Kolonisten im Herzogtum Schleswig mit Saatkartoffeln vom Propst beliefert, die Rechnung beglich die Staatskasse. Der Anbau vollzog sich nicht ohne Rückschlag. Nach wenigen Jahren litt er unter Trockenheit. Die Knollen waren nur so groß wie Erbsen! Düngemittel fehlten! Der Kartoffelanbau breitete sich in Schleswig-Holstein 1800 weiter aus. Die Kartoffel wurde ein Bestandteil der Ernährung.

1845 brach in weiten Teilen Europas die Kartoffelfäule aus. Es zeigten sich auf der Blattoberfläche, dann auf der Knolle schwarze oder auch rosarote Flecken. Die Knolle faulte und war für den Genuss ungeeignet. Die Krise war in Schleswig-Holstein spürbar. Es kam vor allem an der Westküste zu Ertragseinbußen.

Die Technisierung für den Anbau der Kartoffel begann. 1870 standen Pflanzlochgeräte und Kartoffellegemaschinen bereit und kamen zum Einsatz. Die Entwicklung technischer Geräte nahm seinen Lauf. In der Zeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges war die Kartoffel für die Menschen ein großer Bestandteil der Ernährung. Den Höhepunkt erlebte der Kartoffelanbau in Schleswig-Holstein in den Jahren 1940 (Lebensmittelkarten, Flüchtlingsstrom). 1950 begann ein größerer Einsatz der Traktoren. Einzig der Landwirtschaftshilfen wie „Vollerntemaschinen“, aber auch die chemischen Unkrautbekämpfungsmittel gegen Fäule und Kartoffelkäfer.

Aus dem Truppenübungsplatz – Lockstedter Lager entwickelte

sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ein ziviler Ort. Der durch Munition verunreinigte Boden wurde mit schweren Dampfpflügen und Scheibeneggen, aber auch durch harte Handarbeit umgebrochen.

Schon 1921 konnten die ersten Kartoffeln geerntet werden. In den 60er Jahren wurde aus dem Lockstedter Lager die Gemeinde Hohenlockstedt. Hier befindet sich das größte zusammenhängende Kartoffel-Anbaugelände Schleswig-Holsteins.

Von unserem Speiseplan ist die Kartoffel nicht weg zu denken. Wie sagt der Ostpreuße? Kartoffel muss sein und schön mehlig. So war auch die Kartoffel auf unseren Erntedanktischen reichlich vorhanden.

Der Referent Jan Ocker verstand es großartig, den Vortrag auch durch Lichtbilder „die Kartoffelernete früher und heute“ vorzutragen.

Wir bedankten uns herzlich und vielleicht referiert er über ein anderes Naturprodukt mal wieder.

Brigitte Profé

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, „Klön Stuv“, altes Feuerwehrhaus, Rosenstraße: Ostdeutsche Adventsfeier.

Uetersen – Freitag, 8. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Haus „Ueters End“, Kirchenstraße 7: Adventsfeier. Es wird vorgelesen und gemeinsam gesungen.

THÜRINGEN
Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Donnerstag, 14. Dezember, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität, Rötweg 6, Schmalkalden: „Immanuel Kant“.

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

Preussische Allgemeine Zeitung

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 132 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____



Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Preussische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Stasi-Opfer leben in der Bananenrepublik

Zu: SED-Opfer leiden bis heute (Nr. 46)

Es ist schizophren! Stasi-Opfer, deren Ego und deren Familien zerstört wurden, sollte mit Würde begegnet werden, und der Staat wäre gut beraten, ihnen zumindest finanziell eine Erleichterung zu schaffen.

Kein Deutscher konnte nach dem Zweiten Weltkrieg ein Privileg davon ableiten, wenn er östlich oder westlich der Elbe lebte, oder leben musste. Allein die „Sieger“ legten die Grenze fest.

Was mich jedoch ganz gewaltig erregt, ist, dass Stasi-Opfer um ihre Rehabilitation kämpfen müssen und andere etwas hinterhergeworfen bekommen.

Der Halbbruder meines besten Schulfreundes war ein lebenswerter Krimineller. Er kannte von Schwedt bis Hamburg-„Santafu“ alle Haftanstalten von innen. Zur DDR-Zeit war er wegen Asozialität mehrfach inhaftiert. Das Arbeiten machte ihm nicht sonderlich viel Spaß. Diesen Straftatbestand gibt es nicht in der bundesdeutschen Rechtsprechung.

Also rechneten unsere unterbelebten Juristen ihm die Zeit in den Strafanstalten als politische Inhaftierung an, was ihn (ohne Antrag) über 20 000 Euro frei Haus einbrachte.

Er hat sich köstlich amüsiert. Es ist schade, dass es nicht den Straftatbestand im Amt gibt. Klaus Wowereit wäre dann schon lange in der Anstalt. Deutschland darf sich nicht herablassend über sogenannte Bananenrepubliken äußern. Wir sind selbst eine geworden.

**Peter Karstens,
Eckernförde**

In Geografie nicht aufgepasst

Zu: Im Kanu mit dem Putschisten (Nr. 45)

Über den Herrn Josaia Voreqe Bainimarana, der als Regierungschef von Fidschi auf dem Bonner Klimagipfel die Delegierten zum Handeln aufforderte, wäre vielleicht noch zu sagen, dass er wohl keinen solchen guten Geografieunterricht genossen hat und offensichtlich nicht weiß, wo sein Inselstaat eigentlich liegt. Der liegt nämlich auf einer tektonischen Schwächezone der Erdkruste, auf der die indisch-australi-

sche und die philippinische Platte aufeinandertreffen und wo isostatische Bewegungen auftreten. Dort senkt sich der Meeresboden ab, und natürlich steigt dabei der Meeresspiegel an, aber eben nur scheinbar.

Mit dem Klima hat das nichts zu tun. Wir hatten das schon einmal, als der Ministerpräsident der Malediven auf einer Klimakonferenz demselben Irrtum verfiel, weil er auch nichts von der Plattentektonik zu wissen schien.

**Prof. Dr. Burkhard Hofmeister,
Bad Reichenhall**

Fehlende Lobby

Zu: Die Kanzlerin gehört auf die Anklagebank (Nr. 44)

Als kritischer Bürger hat man es schwer, seine Meinung zu äußern. Leserbrief an Verlage, die dem Redaktions-Netzwerk Deutschland angeschlossen sind, werden dort sicherlich im Papierkorb entsorgt. Anders ausgedrückt: Zuwanderer haben eine Lobby, Einheimische nicht. Oder ist das schon „Rassismus nach innen“, wie es im Oktober in der PAZ hieß?

**Karl-Heinz Rieger,
Kiel**

Ab in die Berliner Büsche!

Zu: Neues von der Abort-Koalition (Nr. 46)

Die alten, vom Berliner Unternehmen Wall verwalteten Pissoirs und früheren Bedürfnishäuschen, die im Stadtbild als „Café Achteck“ in grün gestrichenem Guss-eisen der frühen Gründerzeit noch stehen – man sagte, „Schinkel-Häuschen“ –, und die zum Teil heil durch den Krieg gekommen waren, abzuschaffen, natürlich auch die neueren, ist ein Schlag gegen die stadthistorische und humane Kultur, schlicht: gegen Bedürfnisse und gegen das Stadtbild von Berlin.

Es ist ein unbegreiflicher, menschenquälender Vorgang, die so großzügig von Wall zur Verfügung gestellten Toilettenhäuschen als Bedürfnisanstalten abschaffen zu wollen. Anscheinend haben wohl beim Senat oder Bezirk einige „Scheißer“ keine Notdurft zu verrichten. Die gehen wohl lieber in die Büsche. Irgendjemand tickt da nicht richtig.

Als ehemaliger Leiter des Hochbauamtes Kreuzberg von

Berlin (bis 1997) und Unterer Denkmalschutzbeauftragter des Bezirkes erlebte ich vor dem Jahre 1989, dass sich – während die „Behutsame Stadterneuerung“ als Internationale Bauausstellung IBA '87 noch lief – der Senat und die BSR (= Berliner Stadtreinigung) sich von den Pissoirs durch Abbruch der Achteck- und Rechteck-Häuschen wegen der schlechten baulichen Zustände dieser oft so nötigen „Rettungseinrichtungen“ verabschieden wollten. Da erhob sich damals ein Proteststurm, der den ersten „grünen“ Baustadtrat Werner Orłowski – seines Zeichens Drogist – zum Eingreifen gegen den Abbruch veranlasste.

Aber aus finanzieller Not „war guter Rat teuer“, nämlich diese hygienisch notwendigen, stadtbildtypischen Straßenumöbel erhalten zu können. Wer sprang zum Beispiel am Pissoir Chamissoplatz oder der Cottbusser Brücke ein? Unternehmensgründer Hans Wall! Er wollte allerdings dafür – was damals gern vom Bau-senator akzeptiert wurde – einen

langjährigen Vertrag für die Erhaltung und Aufstellung weiterer Toilettenhäuschen haben. Natürlich ging das nur mit einer Benutzungsgebühr, die der Errichtung und Unterhaltung dienten. Der Senat und die Bezirke waren glücklich, dass Herr Wall sich dieser Problematik annahm und dankten ihm dafür „fast auf den Knien“.

Mit der jetzt beabsichtigten Kündigung der Firma Wall scheint der nun rot-rot-grüne Senat von Berlin wohl erklären zu wollen, er habe den „Menschen neuen Typus“ erfunden und zu bedienen, der sich zukünftig jede Notdurft verkneift und „die Sache“ mit der Benutzung von Kork-Stöpseln erledigt.

Der Herr Regierende Bürgermeister Müller sollte mal zwölf Kilometer quer durch Berlin laufen und nicht im Dienstwagen fahren, um zu erleben, wie angenehm es ist, „mal zu müssen und nicht zu dürfen“. Geht er dann auch in die Büsche? Oder platzt er lieber? **Wolfgang Liebehenschel,
Berlin**



Öffentliches Urinal der Wall AG am Berliner Breitscheidplatz

Zeichen der Zeit

Zu: Marginalisierung (Nr. 41)

Ich muss schon deutlich sagen, dass ich mit „klammheimlicher Freude“ gelesen habe, wer von den BdV-Funktionären aufgrund der Bundestagswahlergebnisse 2017 den Einzug in den Deutschen Bundestag nicht wieder geschafft hat. Wie sagt doch Volkes Mund so treffend? „Wer nicht hören will, muss fühlen.“

Wer gerade als Vertriebener und Funktionär dieser Schicksalsgemeinschaft die Zeichen der Zeit und des allgemeinen Niedergangs Deutschlands nicht erkennt und die Verursacher hierfür aus Feigheit und in Rücksichtnahme auf Karriereaussichten nicht beim Namen benennt, hat kein anderes Los verdient.

Bleibt für unser Volk zu hoffen, dass die übrigen Funktionäre des BdV die Zeichen der Zeit erkennen und endlich in ihrem Verantwortungsbereich so handeln, wie es der Ernst des Zustandes unseres Landes erfordert.

**Karl Krugmann,
Erfurt**

Der Staat Israel ist im Fall Syrien nicht nur Täter, sondern auch Opfer

Zu: Regelmäßige Militärangriffe Israels auf Syrien (Nr. 43)

Der Autor des Seite-1-Artikels stellt Israels Kampfeinsätze gegen Syrien als eine Verletzung des Völkerrechts dar. Diese seien Teil eines zunehmend scheiternden Umsturzplanes, in dessen Folge sich Russland und China nach einem erfolgten Wiederaufbau des Landes die wirtschaftliche Hoheit einer „neuen Seidenstraße“ zum Leidwesen des Westens sichern würden.

Der Vorwurf, Israel würde mit islamistischen Extremisten gemeinsame Sache machen und ihr eigenes Land beschießen lassen, nur um eine Vorwand zu haben, Syrien anzugreifen, ist einfach lächerlich. Das gilt auch für die anderen angeführten Beispiele israelischer Kampfeinsätze. Syrien wird geradezu als Opfer dargestellt. Syrien ist ein Land, dessen Regierung am 4. April 2017 das Nervengas Sarin gegen die oppositionelle Stadt Khan Shaykhun eingesetzt hat. Es ist außerdem

ein Land, das mit geächteten Chemiewaffen die eigene Bevölkerung ermordet.

Aber das ist noch nicht alles. Der iranische Militärführer Bagheri wird dem Leser als todesmutiger Kämpfer für die Freiheit Syriens verkauft. Nur so nebenbei: Der Iran unterstützt die Hisbollah, eine im Libanon und in Syrien auf der Seite Assads kämpfende klerikalfaschistische Terrormiliz, mit jährlichen Milliardenzahlungen. Man kennt diese Organisation bei uns im Zusammenhang mit liba-

nesischen Banden unter den Begriffen Geldwäsche, Raub, Korruption und Drogengeschäften.

Bagheri sei also ein tapferer Mann Irans, eines Landes, das mangels lateinischer Buchstabenkenntnis das Wort Menschenrechte bisher nicht kennt und deshalb munter drauflos unterdrückt, foltert und hinrichtet. In diesem Zusammenhang bekommt der Artikel einen ganz merkwürdigen Beigeschmack.

Der Konflikt mag ein paar tausend Kilometer entfernt sein, aber

die zunehmende Islamisierung unserer Gesellschaft und die damit verbundene Bedrohung „einer Welt, in der wir gerne leben“, erscheint in einem neuen Licht, wenn man sich die palästinenserfreundliche Einstellung gerade

linker Gruppierungen anschaut. Die Hamas, Fatah und Hisbollah arbeiten letztendlich an den gleichen Zielen. Und dann ist Israel plötzlich ganz nah.

**Roger Schmidt,
Brunsbüttel**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Notwehr: Welche freien Waffen darf ich besitzen und führen?

Welche sind sinnvoll, wirksam und – im Notwehrfall – erlaubt?

■ Fast 600 000 Fälle von Gewaltkriminalität und Körperverletzung pro Jahr, Tendenz steigend. Weitere über 1,3 Millionen Fälle von Straßekriminalität, Dunkelziffer unbekannt. Eine strapazierte Polizei, die die Sicherheit der Bevölkerung nur noch schwer gewährleisten kann. Und gleichzeitig immer neue Gesetzesänderungen, die die Rechte der Bürger einschränken und Kriminellen in die Hände spielen. – Es stellt sich die Frage, wie der Einzelne sich und seine Familie heute schützen kann und darf!

Dem Durchschnittsbürger stehen »freie« – besser: frei verkäufliche – Waffen zur Verfügung, bei deren Erwerb beispielsweise kein polizeiliches Führungszeugnis, kein besonderes Bedürfnis, keine Vereinszugehörigkeit und keine Sachkunde nachgewiesen werden muss und zumeist auch keine Registrierung erfolgt. Eine Kaufentscheidung erfordert jedoch produktbezogene und rechtliche Vorüberlegungen!

Dieses Buch greift auf 95 Seiten mit rund 30 Bildern aus der Masse der freien Waffen solche heraus, die sinnvoll, wirksam sowie – im Notwehrfall – erlaubt sind und gibt 15 konkrete Empfehlungen für den Einsatz zu Hause, im Auto oder unterwegs. Es erläutert zahlreiche Produktdetails und Varianten sowie Funktionsweise, Einsatzbereich, Handhabung, Anwendungsrisiken, rechtliche Aspekte, Kosten und Fragen zum Kauf;

dabei wird auch deutlich, welche Verteidigungsmittel für Minderjährige geeignet und zulässig sind. Zudem stellt es mehr als 20 neue Entwicklungen und Trends bei (freien) Waffen vor.

Es zeigt die aktuellen Entwicklungen im deutschen und europäischen Waffenrecht seit 2016 einschließlich weiterer Tendenzen auf, informiert über Trends bei Rechtsprechung und Vollzugsbehörden und gibt einen Einblick in das Waffenrecht der Schweiz und Österreichs, was für Einheimische und für Reisende gleichermaßen von Bedeutung ist.

Dieses Buch versetzt den Leser in die Lage, beim Kauf einer freien Waffe die richtigen Fragen zu stellen – über die Produkte hinaus, die der nächstbeste Händler möglicherweise gerade im Angebot hat oder die in anonymen Internetshops angeboten werden.



T. C. A. Greilich: Selbstverteidigung mit freien Waffen • Paperback • 95 Seiten durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 960 200 • 9,95 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Finsterwalder Gesang

Der Elbe-Elster-Kreis in der Lausitz bietet alles, was das Herz begehrt – »Kanzlerblick« auf dem »liegenden Eiffelturm« inklusive

Ferien in der Lausitz? Warum nicht. Außer auf viel Natur und Kultur trifft man hier auf eine ganze Sängerstadt sowie auf eine weitere sehr spezielle Touristenattraktion.

Der Besucherführer Marc warnt: „Man sollte schwindelfrei sein.“ Schließlich gilt es, eine leicht schwankende „Brücke“ zu betreten, bei der man sich an ihrer höchsten Stelle ganz am Ende 74 Meter über dem Abgrund befindet. Dabei überspannt dieses Bauwerk weder einen Fluss noch ein Tal. Unter ihr liegt nur ebene Erde.

Früher war hier ein Tagebauloch, das inzwischen zugeschüttet ist. Von der Förderbrücke, die hier südlich von Finsterwalde in der Lausitz wie ein umgestürzter Gerüsturm hingestreckt liegt, blickten die Arbeiter früher einmal in einen noch tieferen Abgrund. Jetzt ist sie stillgelegt, aber dennoch nicht ausgemustert. Als „liegender Eiffelturm“ ist dieses Industriemonster zu einer ähnlichen Touristenattraktion geworden wie sein aufrechtes Pendant in Paris.

„Besucherbergwerk F60“ nennt sich dieses Industriemuseum in der Braunkohleregion, in dem sich an diesem Morgen bereits viele Gäste im ehemaligen Aufenthaltsraum der Tagebauarbeiter drängeln. Sie warten auf eine Gruppenführung für dieses gigantische Bauwerk, das einen halben Kilometer lang ist und das den „nur“ 320 Meter langen Pariser Eiffelturm längenmäßig deutlich überlegen ist.

Nachdem jeder einen Bauarbeiterhelm erhalten hat, führt Marc seine Gruppe hinauf auf die Förderanlage. Auch wenn diese Förder-

brücke waagrecht ausgestreckt ist, so müssen doch einige Stufen erklimmen und einige Höhenmeter überwunden werden. Es handelt sich um eine Brücke im wahrsten Sinne, wie Marc erklärt. Sie überspannt auf rund 300 Metern das Kohle-Abraumgebiet. Die „Brückentrichter“ auf beiden Seiten stehen mobil auf Bahngleisen. Mächtige Radsätze mit insgesamt 760 Rädern bewegten die 11000 Tonnen Stahl früher Zentimeter für Zentimeter weiter zum nächsten Abraumort.

Jetzt bewegt sich nichts mehr. Denn die F60 hatte eigentlich ein tragisches Schicksal, das dann aber

doch zu einem Happy End führte. Anders als viele ähnliche Förderanlagen in der Lausitzer Braunkohleregion, die zum Ärger der Grünen seit Langem im Einsatz sind, war die F60 bei Finsterwalde nur 16 Monate in Betrieb. Sie war praktisch ein Opfer der politischen Wende von 1989. In dem Jahr, also noch zu DDR-Zeiten, begann ihre zweijährige Bauzeit. Im Frühjahr 1991 nahm sie den Betrieb auf, wobei sie über mächtige Förderbänder pro Stunde 29000 Kubikmeter Abraum von der Kohle weg bewegte. Es handelte sich dabei quasi um den „Abfall“ aus Sand und

Stein, welche die Förderbagger an den Flößen auf die F60 schaufelten. Dieser Abraum wurde am Ende der Brücke aus großer Höhe heruntergeschüttet. So entstanden gewaltige Abraumhalden, mit denen man später das sogenannte Restloch, aus dem die Braunkohle gefördert wurde, wieder zuschüttete.

Das alles erzählt Marc, während er die Gruppe den sanften Anstieg zur Aussichtsplattform führt. Wer sich bis dahin nicht traut, weil er nicht schwindelfrei ist, der kann sich auf einer Zwischenplattform erholen. Das tat im Jahr 2000 auch Ex-Kanzler Gerhard Schröder bei

einem Besuch der F60, die dort mit einem „Kanzlerblick“ wirbt.

Stillgelegt wurde die Anlage aber zu Zeiten seines Vorgängers Helmut Kohl. Weil die Ex-DDR-Bürger immer seltener mit den hier in einer nahen Fabrik hergestellten Braunkohlebriketts heizten, lohnte sich der Betrieb nicht mehr. Im Sommer 1992 blieben die Förderbänder für immer still. Viele Mitarbeiter verloren ihre Arbeitsplätze. Doch andere wiederum atmeten auf. Bewohner von Dörfern, die früher oder später wegen des gefräßigen Tagebaubetriebs hätten weichen müssen, durften bleiben. Ein Restloch an der Anlage wurde geflutet. So entstand mit dem Bergheider See ein Ort mit vielen Freizeitmöglichkeiten – und als eine Filmkulisse. Für den niederländischen Western „Brimstone“, der aktuell in den Kinos läuft, hatte man am Ufer eine ganze Westernstadt errichtet.

Und schließlich profitiert die unmittelbare Umgebung auch davon, dass ein Förderverein die F60 instandsetzte und sie 2002 für den Besucherverkehr öffnete. Seitdem waren schon über eine Million Besucher auf diesem Eiffelturm der Lausitz. Viele kommen dabei durch die Sängerstadt Finsterwalde und entdecken vor deren Toren das Naturschutzgebiet Loben und die einmalige Heidelandchaft mit den neugesiedelten Auerhähnen aus Schweden.

Finster ist hier gar nichts. Dabei waren die Finsterwalder anfangs wenig begeistert, als im Jahr 1899 eine Berliner Revuegruppe erstmals den Ohrwurm „Wir sind die Sänger von Finsterwalde“ sang. Die Finsterwalder fühlten sich zunächst durch

das Lied als Hinterwälder verunglimpft. Doch sie machten aus der Not eine Tugend und entdeckten im Lied das Werbepotenzial für ihre Stadt. Inzwischen führen sie ganz offiziell im Stadtnamen den Zusatz „Sängerstadt“ und werben mit der höchsten Chordichte Deutschlands. Im November fand erst kürzlich wieder der Gesangswettbewerb „Finsterwalder Sänger“ statt, der alle zwei Jahre Künstler und Besucher aus aller Welt anlockt.

Wer noch mehr Kultur möchte, der findet das in dem famosen Sängerbau- und Kaufmannsmuseum, wo es nicht nur alles Wissenswerte zur Sängerstadt zu hören, sondern auch einen Kolonialwarenladen von 1850 und eine Drogerie aus DDR-Zeiten zu sehen gibt.

Oder man macht sich ins nahe Doberlug auf, um die Zisterzienserkirche und das Renaissanceschloss zu besichtigen, das 2014 mit seiner Landesausstellung „Wo Preußen Sachsen küsst“ bundesweit für Aufsehen sorgte. Bis 1815 gehörte die Region noch zu Sachsen. Doch nach dem Wiener Kongress ging es an Preußen. Am zweiten Adventswochenende sollte man in Doberlug nicht den idyllischen Weihnachtsmarkt verpassen. Eine Woche später findet er in Finsterwalde statt. Selbstverständlich stimmlich begleitet von den vielen Sängern von Finsterwalde. *Harald Tews*

Das Besucherbergwerk ist bis 15. März jeden Mittwoch bis Sonntag von 11 bis 16 Uhr geöffnet. Anmeldung unter (03531) 60800 www.F60.de. Ausflugs- und Übernachtungstipps unter www.lkee.de sowie www.elbe-elster-land.de



Ungetüm aus Stahl: Das Besucherbergwerk F60 ist Teil der Lausitzer Landschaft geworden Bild: tws

Wiener Advent

Weihnachtsmärkte in Österreichs Hauptstadt sind eine Reise wert

Eingebettet in reizvoller Natur, gelegen am schönen Wienerwald, liegt an der Donau die alte Kaiserstadt Wien. Aufgrund ihres historischen Erbes gehört die österreichische Hauptstadt mit mehr als 1,7 Millionen Einwohnern zu den klassischen Zielen der Städtereisen – und das zu jeder Jahreszeit. Wien, mit dem Charme einer großen Vergangenheit versehen, reizt auch in der kalten Jahreszeit mit barocker Pracht in Gestalt von Schloss Belvedere und Schönbrunn. Das enorme kulturelle Erbe manifestieren weltbekannte Museen und Musikinstitutionen.

Die Seele Wiens, die jahrhundertelange Kaffeehauskultur, gehört seit 2011 zum immateriellen Kulturerbe der UNESCO. Besonders in der Adventszeit verwandeln sich die schönsten Plätze der Donaumeetropole in zauberhafte Weihnachtsmärkte. Beim Duft von Weihnachtsbäckerei und heißem Punsch kommt vorweihnachtliche Stimmung auf, die jedes Jahr tausende Besucher aus aller Welt in die Stadt lockt.

Beim traditionellen Wiener Adventszauber wird der Rathausplatz zu einem leuchtenden Märchenland. Die rund 150 Verkaufsstände bieten Weihnachtsgeschenke, Christbaumschmuck, Süßigkeiten und wärmende Getränke an. Ein riesiger Adventskranz mit zwölf Metern Durchmesser dominiert den Platz, außerdem sind die Bäume des umgebenden Rathausparks festlich dekoriert.

Nicht weit davon entfernt befindet sich das Weihnachtsdorf am Maria-Theresien-Platz, zwischen dem Kunsthistorischen und dem Naturhistorischen Museum. Hier stehen zur Adventszeit mehr als 60 Stände mit traditionellem Kunsthandwerk und originellen Geschenkideen. Auch das romantische Weihnachtsdorf auf dem Campus des Alten Allgemeinen Krankenhauses an der Alserstraße ist ein beliebter Treffpunkt in der Vorweihnachtszeit, vor allem für jüngeres Publikum.



Riesen-Adventskranz vor dem Wiener Rathaus

Der Altwiener Christkindlmarkt auf der Freyung in der Innenstadt ist der Tradition verpflichtet. Schon 1772 hat hier ein Christkindlmarkt stattgefunden, heute gibt es dort Handwerkskunst, Glasdekorationen, traditionelle Krippen und Keramik zu kaufen. Ab 16 Uhr ertönt auf dem Platz feierliche Adventsmusik.

Der Kultur- und Weihnachtsmarkt im Ehrenhof vor dem Schloss Schönbrunn bietet weihnachtliche Romantik vor imperialer Kulisse. Der stimmungsvolle Markt zeigt traditionelles Handwerk, handgefertigten Schmuck und rustikale Weih-

nachtsdekoration. Neben einem vielfältigen Kinderprogramm gibt es auch eine Krippenausstellung. Ebenfalls im imperialen Ambiente findet der Adventsmarkt vor dem Schloss Belvedere statt.

Beschaulich geht es bei einem alternativen Weihnachtsmarkt am Karlsplatz zu. Unter dem zahlreichen angebotenen Kunsthandwerk findet sich so manches Weihnachtsgeschenk. Auch beim Weihnachtsmarkt am Spittelberg lässt sich in den idyllischen kleinen Gässchen vieles entdecken.

Im Museums-Quartier (MQ) geht es an kalten Tagen heiß her. Dafür sorgen spezielle Punsch-Kreationen in den neuen Eis Pavillons, eine Eisstockbahn sowie ein abwechslungsreiches Programm mit Musikdarbietungen und allerlei buntem Spaß. Denn das Museums-Quartier ist nicht nur im Sommer ein beliebter Treffpunkt. Videoprojektionen an den Fassaden rücken das Quartier in ein ganz besonderes Licht.

Künstler sorgen beim „Winter im MQ“ mit einem abwechslungsreichen musikalischen Mix für wärmende adventliche Klänge. Großer Andrang herrscht jedes Jahr bei der beliebten Eisstockbahn. Im Wasserbecken des Museums-Quartiers wird das „Winter-Rennen“ ausgetragen – mit ferngesteuerten Autos. Am 5. Dezember gibt es im Rahmen des „Cool Kids“ einen Tag lang ein spezielles Programm für Kinder und Familien. *Andreas Guballa*

Infos: www.wien.info

Kühne Fels-Safari

Selbst in Bulgarien gibt es ein Stonehenge

Rums geht es die Böschung in das ausgetrocknete Flussbett hinunter, rums geht es wieder hinauf. Man kann es kaum glauben, aber der alte Geländewagen aus Sowjetzeiten hält den Strapazen stand. Er hüpfert und holpert über Stock und Stein, schlingert im Sand und windet sich auf wurzelreichen Waldwegen durch die Ausläufer des Strandscha-Gebirges, ohne liegen zu bleiben. Nur die Fahrertür springt immer wieder auf. Mit geübtem Griff zieht der Fahrer sie mit der linken Hand wieder heran, ohne mit der rechten die Kontrolle über das Lenkrad zu verlieren. Achterbahnfahrten auf Bulgarisch!

Jeepsafaris gehören zu den beliebtesten Touristenattraktionen an Bulgariens Schwarzmeerküste. Sie führen weg vom Badetrubel ins walddreiche Hinterland, mitten hinein ins geschützte Naturreservat. Startet man in Primorsko an Bulgariens südlicher Schwarzmeerküste, geht es zuerst auf das nördlich ins Meer ragende Kap. Auf einer Lichtung mitten im Wald, etwa sechs Kilometer vom Ortszentrum entfernt, befindet sich Bulgariens bedeutendes Felsenheiligtum.

Kaum zu glauben, dass dieses Stonehenge am Schwarzen Meer erst 2003 von der Wissenschaft entdeckt wurde. Die Erklärung: Das gesamte Territorium war Sperrgebiet. Es gehörte zur Jagdresidenz von Todor Schiwkow, Bulgariens letztem kommunistischen Staatschef, der das Balkanland 35 Jahre lang, von 1954 bis 1989, regierte. Davor hatte sich niemand für den 0,6 Hektar großen „Steinhaufen“ interessiert.

Dafür ist die Deutung der vor rund 3500 Jahren von den Thrakern aufgestellten Felsbrocken heute umso genauer. Ein bisschen überrascht fragt man sich, woher sie kommen. Schriftliche Aufzeichnungen gibt es nicht.

Hinter dem kreisförmigen Kultplatz von 56 Metern Durchmesser lag an der Mündung des Ropotamo ins Schwarze Meer die antike Hafenstadt Ranuli. Auch ihre Reste verstecken sich im Wald. Wo immer der Blick auf Bulgariens frühe Geschichte fällt, trifft man auf die Thraker, eines der ältesten und größten indogermanischen Völker.

Zur Abhaltung verschiedener Rituale wurden nachgewiesenermaßen Honig, Olivenöl, Wein und Milch über den heiligen Boden gekippt. 14 Schilder erklären die Bedeutung der Felsgebilde: Auf dem Brautbett fand die Hochzeitsnacht statt. Das Labyrinth zu bezwingen gleicht noch heute einer Bewährungsprobe. In der „Heiligen Höhle“ brachte die Göttin-Mutter ihren Sohn-Sonne zur Welt. Am Rand hinterließ sie ihren Fußabdruck, in den die Besucher Münzen werfen. Auch die Sonnenuhr und das Haus des Orakels fehlen nicht.

Unter den großen herzförmigen Stein mit dem mysteriösen Namensschild „Apistol Tash“ legte man angeblich zu Neujahr, einst gleich nach der Sonnenwende, die Neugeborenen. Heute krabbeln mit Vorliebe Touristen fürs Erinnerungs-Foto unter den markanten Felsen. Bleibt die Frage: Wer saß einst auf dem Stein mit der Nummer 4, dem sogenannten Thron? *Helga Schnehagen*

Hinterlassenschaft der alten Thraker

Ferienhäuser auch in Masuren

Die Ostsee gehört bei Ferienhausurlaubern zu den beliebtesten Reisezielen. Neben der deutschen und dänischen Küste zieht es immer mehr Reisende auch an die Ostseeküste von Hinterpommern, West- und Ostpreußen. Statt auf große Ferienhaussiedlungen setzt man in der Republik Polen auf kleine Anlagen mit bis zu sieben Häusern, die auf Familien zugeschnitten sind.

Ideal für Familien sind die von der TUI angebotenen Ferienhäuser in Lükau [Lubkowo]. Die vier Häuser sind für jeweils bis zu sechs Personen ausgerichtet und liegen direkt am Zarnowitzer See mit eigenem Steg und Strand. Die Ostsee ist ebenfalls nur wenige Kilometer entfernt. Familien schätzen hier sowohl die kurzen Wege als auch die zahlreichen Freizeitaktivitäten für Kinder und die Ausflugsmöglichkeiten. Aktivurlaub und Angler kommen ebenfalls auf ihre Kosten, denn ein Kajak und ein Ruderboot für Touren auf dem See sind bereits inklusive. Die 50 Quadratmeter großen Häuser sind ab 449 Euro für fünf Nächte buchbar.

Neben der Ostseeküste zieht es viele Ferienhausurlauber auch an die masurische Seenplatte mit ihren etwa 2700 Seen, die sich über eine Fläche von 1700 Quadratkilometern erstrecken. Unweit des Ufers des Nariensees bietet „TUI-Ferienhaus“ neue, modern eingerichtete Holzhäuser in Golbitten [Gulbity] für sechs bis acht Personen. Den Urlaubern stehen Sauna, Whirlpools, Ruderboote und für die Kinder ein Spielplatz mit Trampolin zur Verfügung. Vier Übernachtungen kosten hier ab 639 Euro.

Weitere Infos gibt es in allen TUI-Reisebüros, im neuen Ferienhaus-Katalog und im Internet unter: www.tui-ferienhaus.de. *tws*

Keine Sternstunde, aber besser als reine Rache

Am 20. November 1945 erklärte der US-amerikanische Chefankläger Robert H. Jackson vor dem Internationalen Militärtribunal: „Dass vier große Nationen, erfüllt von ihrem Siege und schmerzlich gepeinigt von dem geschehenen Unrecht, nicht Rache üben, sondern ihre gefangenen Feinde freiwillig dem Richterspruch des Gesetzes übergeben, ist eines der bedeutsamsten Zugeständnisse, das die Macht jemals der Vernunft eingeräumt hat.“ Ist diese Verheißung in Erfüllung gegangen? Spätestens seit Verkündung der Urteile 1946 streiten sich insbesondere Politiker und Völkerrechtler über die richtige Antwort.

Unter Berücksichtigung der namhaftesten Stimmen geht der Rechtsanwalt und Oberst der Reserve, Rainer Thesen, dieser Frage ebenso akkurat wie umfassend nach. Auf knapp 100 Seiten, die „Das Recht zum Krieg – historische Entwicklung“ beschreiben, folgt „Die Rechtswirklichkeit“, die wohl jeden Leser ebenso belehrt wie bestürzt. Ein Exkurs schildert „Verfahren gegen NS-Täter vor deutschen Gerichten“. Den Abschluss bildet „Die Vollstreckung“, gemeint sind die Urteile – auf makabre Weise in Szene gesetzt.

„Das Recht zum Krieg“ bietet Informationen, die für viele überraschend sein dürften. Thesen zeigt: Schon in der Antike war es ein Thema. Aber systematische Ab-

handlungen finden sich erst bei Augustinus und Thomas von Aquin. Martin Luther warf die Frage auf: „Ob die Kriegerleute in selbigem Stand sein können?“ und bejaht sie. Zusammenfassend stellt Thesen fest, dass bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das ius ad bellum, das Recht zum Krieg, grundsätzlich als Ausfluss der Staatssouveränität unangefochten bestand. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 befasst sich nicht mit dem Recht auf Krieg, sondern setzt es gleichsam voraus, wenn es die Rechte und Pflichten der Kombattanten bestimmt. Allgemein wird angenommen, der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, die Namen stehen für die Außenminister Frankreichs und der USA, habe das Recht zum Krieg endgültig auf die rechtmäßige Verteidigung gegen einen Angriff beschränkt. Doch wer entscheidet, wann ein Angriff vorliegt mit der Folge einer gerechtfertigten Verteidigung? Und welches sind die Sanktionen nach einmütiger Benennung des Aggressors? Strafrechtliche Normen, die dem alten Grundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz“ genügen könnten, finden sich dort jedenfalls nicht.

Somit stand 1945 der Hauptanklagepunkt, die Führung eines Angriffskrieges, auf wackeligen Beinen. Völkermord und Massen-

terror hätte man auch so zum strafrechtlichen Vorwurf machen können. Thesen unternimmt den Versuch, die eigentlichen Kriegsziele der Alliierten offenzulegen, nämlich nachhaltige Schwächung der Konkurrenz. Thesen beginnt mit der als bedrohlich empfundenen Wirtschaftskraft Deutschlands und den weit überproportionalen Zahlen der Nobelpreisträger. Ein weiteres Kriegsziel sollte die Bestrafung Deutschlands durch jahrzehntelange Besatzung sein.

Zwar sprach man nicht allgemein von Kollektivschuld, aber: „Dem deutschen Volk als ganzem muss klargemacht werden, dass die gesamte Nation sich an einer gesetzwidrigen Verschwörung gegen die Anstandsregeln der modernen Zivilisation beteiligt hat.“ Und so geschah es.

Schon dem Buchtitel ist zu entnehmen, dass der Autor die eingangs aufgeworfene Frage verneint, aber nicht

leichtfertig, sondern wohlbegründet.

Keine Sternstunde des Rechts! Und doch: Nicht alle Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, einige sogar unverzüglich auf freien Fuß gesetzt. Wann haben Sieger je ein faires Urteil gesprochen? Im ordentlichen Rechtsleben darf kein Richter in eigener Sache tätig sein. Hier waren es die vier Hauptsieger, um nur den ersten der zahlreichen Makel zu benennen.

Der anspruchsvolle, mit den Namen der wichtigsten Persönlichkeiten und Ereignissen angereicherte Text kann jedem, der sich solide und umfassende Kenntnisse des Kriegsvölkerrechts aneignen möchte, wärmstens empfohlen werden. Konrad Löw

Gibt es ein Recht zum Krieg?

Zwar sprach man nicht allgemein von Kollektivschuld, aber: „Dem deutschen Volk als ganzem muss klargemacht werden, dass die gesamte Nation sich an einer gesetzwidrigen Verschwörung gegen die Anstandsregeln der modernen Zivilisation beteiligt hat.“ Und so geschah es.



Rainer Thesen: „Keine Sternstunde des Rechts. Die Nürnberger Prozesse und die Rechtswirklichkeit“, Osnig Verlag, Garmisch-Partenkirchen 2017, gebunden, 272 Seiten, 24,60 Euro

Krone aller Burgen

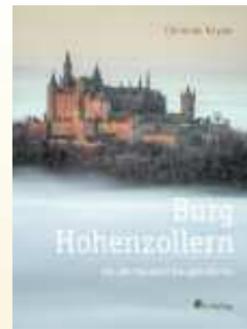
Wer eine Burg besucht, wird oft vom Herren des Hauses begrüßt. Im Fall der „Burg Hohenzollern“ sind es sogar zwei Burgherren: Karl Friedrich Fürst von Hohenzollern und Georg Friedrich Prinz von Preußen.

Ersterer, Chef der schwäbischen Linie der Hohenzollern, weist in seinem Gruß in Christian Kayser Buch „Burg Hohenzollern“ darauf hin, dass „die Krone aller Burgen in Schwaben“ über die Jahrhunderte vielfältige Veränderungen durchlebt hat. „Als Gemeinschaftsprojekt der beiden Zweige der Hohenzollern-Dynastie im Jahre 1867 von König Wilhelm I. von Preußen und Fürst Karl Anton von Hohenzollern fertiggestellt“, habe sie eindrucksvoll die enge Beziehung zwischen dem Hause Preußen und dem Fürstlichen Hause Hohenzollern belegt.

Georg Friedrich Prinz von Preußen bezieht sich gleich auf den Inhalt des Buches. Der Autor ist Architekt und Bauhistoriker in der praktischen Denkmalpflege. Es war ihm ein Anliegen zu erläutern, wie die Burg gebaut wurde,

welche Dachkonstruktionen sich über den Sälen finden und wie Wasser auf den Berg kommt und wie hinunter. Man stößt bei der Lektüre auf eine bewegte Vergangenheit. Das Buch ist spannend zu lesen und mit anschaulichem Bildmaterial belegt.

Zum 150. Jubiläum lässt der aufwendig gestaltete Band den Leser teilhaben an der langen Baugeschichte, die sich im Laufe der Jahrhunderte dank technischer Möglichkeiten eindrucksvoll veränderte. Für das Buch haben die Burgherren ihr Burgarchiv geöffnet und tiefe Einblicke gestattet. Am Ende gibt es noch ein Glossar mit Fachbegriffen zum Festungsbau. Ein informatives Werk für alle architekturhistorisch interessierten Leser, die einen Einblick in die bewegte Vergangenheit der Objekt- und Landesgeschichte bekommen wollen. Silvia Friedrich



Christian Kayser: „Burg Hohenzollern. Ein Jahrtausend Baugeschichte“, Südverlag, Konstanz 2017, gebunden, 224 Seiten, 24,90 Euro

Luther im Osten

Anlässlich des Reformationsjahres hat das Deutsche Kulturforum östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kultur/Geschichte Niederjehna einen Wegweiser zu den Stätten der Reformation im östlichen Europa herausgegeben. Die 60-seitige Broschüre wurde vom Auswärtigen Amt gefördert. Das in sechs Sprachen erschienene Heft wird Institutionen und Interessierten zur Verteilung zur Verfügung gestellt.

Ausgehend von Wittenberg werden, anschaulich bebildert und mit Erläuterungen zu evangelischen Richtungen versehen, wichtige Orte der protestantischen Kirchengeschichte in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, aber auch in Königsberg, vorgestellt.

Die Angabe von Adressen und Öffnungszeiten der Kirchen und Museen helfen dem Leser, den Besuch dieser Orte zu planen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Matthias Donath/Lars-Arne Dannenberg/Harald Roth: „Das Erbe der Reformation im östlichen Europa. Orte evangelischer Kultur und Geschichte in Polen, Russland, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Rumänien“, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2017, broschüriert, 60 Seiten, weitere Informationen bei: Deutsches Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135, Haus K 1, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 200980, E-Mail: deutsches@kulturforum.info

Vor einiger Zeit beklagte ein inzwischen glücklicherweise nicht mehr im Amt befindlicher Bundespräsident die Existenz von Gebieten hierzulande, in denen sich kein Immigrant ohne akute Gefahr für Leib und Leben bewegen könne. Und tatsächlich existieren zahlreiche solcher sogenannten No-Go-Areas, wie der ehemalige Polizist Stefan Schubert in seinem gleichnamigen Buch belegt. Allerdings sind es Sperrzonen für Deutsche! Dies wird aber von der Politik unter den Teppich gekehrt, weil es eine Folge der überbordenden Ausländerkriminalität ist, die unsere Herrschenden und deren mediale Verbündete nach Kräften kleinzureden versuchen. Eine umso wichtigere Funktion erfüllen daher Aufklärungsschriften wie die von Schubert, welche die Mauer des Schweigens durchbrechen.

In „No-Go-Areas“ kann man im Detail nachlesen, auf welcher erbärmlichen Weise der Staat heute versagt, wenn es um die Bekämpfung

von Straftaten durch Migranten geht, während Deutsche gleichzeitig schon wegen GEZ-Boykott und ähnlichen Lappalien drangsaliert oder gar ins Gefängnis geworfen werden. So beschreibt Schubert unter anderem, wie brutale Araberclans die Organisierte Kriminalität beherrschen und dabei mittlerweile so-

Polizisten treten in Bummelstreiks

gar die einstmals gefürchtete Russen-Mafia ins Abseits gedrängt haben. Wobei das Ganze auch noch mit einer wachsenden Islamisierung einhergeht, die das Problem zusätzlich verschärft, weil Kriminalitätsbekämpfung nun teilweise unter „Islamfeindlichkeit“ fällt. Deshalb seien weitere Terroranschläge wahrscheinlich. Außerdem drohen wegen der Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Clans und Glau-

bensrichtungen des Islam bürgerkriegsähnliche Szenarien.

Angesichts dessen wird die immer mehr nachlassende Motivation bei den einfachen Polizisten, die tagtäglich auf der Straße den kriminellen Immigrantemobs gegenüberstehen, zum Sicherheitsrisiko ersten Grades. Wenn es schon jetzt zu Bummelstreiks oder regelrechten Befehlsverweigerungen kommt, weil kein Beamter in den No-Go-Areas Leib und Leben riskieren will, wer soll dann eigentlich die Bevölkerung im Falle größerer Tumulte schützen?

Abschließend nennt Schubert noch die wichtigsten No-Go-Areas hierzulande. Diese liegen zumeist

im Ruhrgebiet sowie in Bremen, Hamburg, Berlin und einigen Städten Baden-Württembergs. Ausgespart – so Schubert – bleibt hingegen der als „ausländerfeindlich“ verschriene Osten. Das dürfte sich freilich bald ändern, denn infolge der Merckelschen Grenzöffnung 2015 entstehen dort nun ebenfalls schon erste kleinere No-Go-Areas in Städten wie Leipzig und Dresden. Wolfgang Kaufmann



Stefan Schubert: „No-Go-Areas: Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert“, Kopp-Verlag, Rottenburg 2017, gebunden, 266 Seiten, 19,95 Euro

Gut gemeinte politische Entwicklungen, die dem Frieden entgegenlaufen

Um ein Gefühl für sprachliche Feinheiten zu bekommen, sollte man das Buch „Es war doch gut gemeint“ aufmerksam lesen und gründlich studieren. Darin geht es um die „Political Correctness“ (PC) in all ihren sichtbaren und subtilen Facetten. Das Buch ist in zehn Akte gegliedert und beginnt mit: „Am Anfang war die gute Idee.“ Die Wurzeln liegen in den USA. Kern sei der universale Gleichheitsgrundsatz: „Alle Menschen sind ihrem Wesen nach gleich und gleichwertig. Alle Unterschiede seien auf gesellschaftliche und kulturelle Einflüsse zurückzuführen und müssten durch „Sprache“ beseitigt werden. Nur Sprache erzeuge und gestalte Realität. Einzig eine „diskriminierungsfreie Sprache“ hebe die „Polarisierungen“ auf, führe zu einer

friedlichen Welt, wo „Lämmer und Löwen“ sich vereinen, der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf sei. Eine schöne, heile Welt.

Akt zwei befasst sich mit den „Mainstreammedien“. Es wird gezeigt, wie Informationen und Ideo-

Wenn Rituale Vernunft ersetzen

logie verschwimmen, wie „paternalistische“ Journalisten vom Richterstatter zum Erzieher werden. Akt drei legt offen, wie die PC-Ideologie zunehmend den Charakter einer „Religion“ annimmt, die zwar von außen verbal auf uns einwirkt, aber uns von innen her in Besitz nehmen und un-

ser Verhalten steuert. Wir würden fremdgesteuert und merken es nicht. Dazu passt Akt vier: „Opferkult und Schuldskult“. Es geht um politisch korrekte „Opferhierarchien“, um „Identitätsprobleme“, wie der „Opferstatus selbst Opfer“ schaffe und schließlich gespaltenen Gesellschaften würden. In Akt fünf geht es um „Doppelstandards – wenn der eine darf, was der andere nicht darf“. Die ver-

ordnete Widersprüchlichkeit führe zu „besorgten Bürgern“. So würden, Akt sechs, Gegenbewegungen geboren, komme es zum Aufstieg von „Alternativmedien“,



Daniel Ullrich/Sarah Diefenbach: „Es war doch gut gemeint – Wie Political Correctness unsere freiheitliche Gesellschaft zerstört“, Riva Verlag, München 2017, gebunden, 288 Seiten, 19,99 Euro

zu „Wohlfühllosen“, zu einer „Neuverteilung des enttäuschten Vertrauens“.

In Akt sieben geht es um „Allgemeine Lernresistenz – Problemlösung statt Umdenken“. Ein kritischer Zustand sei erreicht, sozusagen ein „point of no return“. Unser Geist laufe auf „Autopilot“, bloße Rituale ersetzen die Vernunft. Der Autopilot steuere uns in Akt acht: „Das Ende der Freiheit – Vom Meinungsknebel, der Zensur in Medien, Kunst und Kultur und dem Niedergang der Wissenschaft“. Hier werden in aller Nüchternheit alle Konsequenzen aufgezeigt, wenn wir nicht den Mut aufbringen, gegenzusteuern. Beim „Verfall der Wissenschaft“ haben die Autoren leider nicht bemerkt, dass die Angst vor der Klimakatastrophe der wirksamste Hebel ist.

Bisher galt: Wenn die Realität nicht zu den Thesen passt, müssen die Thesen angepasst werden. Das PC-Dogma lautet: „Die Realität muss der These untergeordnet werden.“

Die beiden Autoren, Sarah Diefenbach ist Psychologin und Daniel Ullrich Medieninformatiker, haben mit viel Fleiß ein Buch geschrieben, das uns die Augen öffnen soll für politische Entwicklungen, die zwar theoretisch gut gemeint scheinen, aber praktisch zwangsläufig dazu führen, dass der postulierte Friedenszustand zu einer Knechtschaft ohne Freiheit gerinnt. Es ist das größte Verbrechen am Menschen, wenn man ihm mit der Freiheit auch noch die Würde nimmt. Wo bleibt der Menschenrechtsschutz? Man lese das vollkommene Buch! Wolfgang Thüne



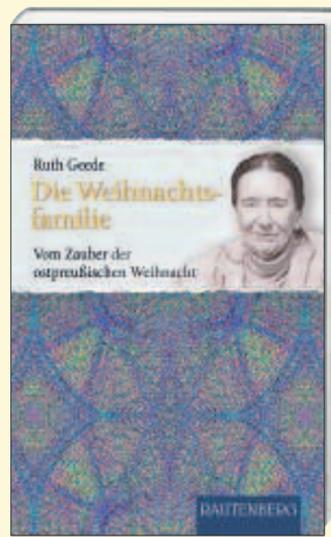
Fröhliche Weihnacht überall
Das allerschönste Weihnachtsbuch
Kein anderes Fest im Jahreskreis ist so abwechslungs- und zauberreich, blickt auf eine so reichhaltige und vielfältige Tradition zurück wie Weihnachten. Lichter und Geheimnisse, Überlieferungen und Bräuche, Gedichte und Geschichten, Rezepte und Lieder – das alles will Hoffnung auf Erlösung und Frieden wecken und ist doch gleichzeitig so menschlich – ja, kindlich – in seinen Freuden und Genüssen. Fröhliche Weihnacht überall ruft althergebrachte Formen des Weihnachtsfestes in Erinnerung, bringt die romantische Stimmung, die Sinnlichkeit der »stillen Zeit« zum Ausdruck. So entsteht ein Weihnachtspanorama, das neben der Bewahrung der alten Kostbarkeiten gerade die heutige Zeit zu inspirieren vermag. Ein Werk nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene, die das Kind in sich noch nicht vergessen haben, denen manchmal wehmütige Erinnerungen an unbeschwerte Weihnachtsfeste kommen. In dieser nostalgisch-prächtigen Ausstattung darf es als einmalig bezeichnet werden. 304 Seiten.
Nr. P A1224 Gebunden 24,00 €



Mini Silhouette Weihnachten
Die kleine Weihnachtskrippe in einer Streichholzsachtel findet überall Platz. (Format: 4,7 x 3 x cm)
Nr. P A1207 Weihnachtskrippe in einer Streichholzsachtel 9,90 €



Das große Fritz Baumgarten Weihnachtsbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Dieses Hausbuch für die ganze Familie enthält Backrezepte, Geschichten und Lieder für die schöne Vorweihnachtszeit. Illustriert mit stimmungsvollen Weihnachtsbildern von Fritz Baumgarten, bietet das Buch Lesestoff für gemütliche Winterabende. Friedrich Karl Baumgarten, geboren am 18. August 1883 in Reudnitz und verstorben am 3. November 1966 in Leipzig, war ein deutscher Bilderbuchillustrator, Lithograf, Zeichner und Maler. Er gilt als der Vater der heute noch weit verbreiteten Zwergengeschichten, der mit seinen klaren, stark farbigen Bildern und einfachen Formen einen unverwechselbaren Stil schuf. 64 S.
Nr. P A0958 Gebunden 12,95 €



Die Weihnachtsfamilie
Vom Zauber der ostpreussischen Weihnacht
„O du fröhliche ...“ sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen“. So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie“ in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreussischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie“ zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren und vernimmt das Zischen der Bratpfel in der Röhre des bullernden Kachelofens. 160 Seiten.
Nr. P 533190 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Elisabeth Bangert
Plätzchen ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat)
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche“
Jeder liebt die Plätzchen aus seiner Kindheit! Wer die duftenden Köstlichkeiten nachbacken möchte, wird in diesem nostalgischen Backbuch garantiert fündig: Vom klassischen Buttergebäck über würzige Zimsterne bis zu schokoladigem Schwarz-Weiß-Gebäck sind hier sämtliche Lieblingsplätzchen versammelt.
Nr. P A0953 Gebunden 6,00 €



Winterreise – CD
Franz Schubert vertonte im Jahre 1827 die Gedichte aus der Urania. Die CD enthält die Lieder, gesungen von Christoph von Weitzel und am Klavier begleitet von Christoph Ullrich. Lieder: Gute Nacht; Die Wetterfahne; Gefrorene Tränen; Erstarrung; Der Lindenbaum; Wasserflut; Auf dem Flusse; Rückblick; Irrlicht; Rast; Frühlingstraum; Einsamkeit; Die Post; Der greise Kopf; Die Krähe; Letzte Hoffnung u.v.m. Laufzeit: ca. 74 Minuten.
Nr. P 533184 CD 12,95 €



Heimat deine Sterne
Kriegsweihnacht 1940
Ringsendung des Großdeutschen Rundfunks Heiligabend 1940: Eröffnung und Gruß aus Potsdam, Weihnachtsgeschichten und Grüße von den verschiedenen Orten der Front in Ost und West mit Liedern gesungen von Herbert E. Groh, Marcel Wittrisch, Alfons Flügel, Wilhelm Strienz, Walther Ludwig, Margarete Slezak, dem Mozartchor Berlin, dem Chor der Staatsoper Berlin. Laufzeit: 79 Minuten.
Nr. P 9256 CD 12,80 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Macht hoch die Tür – Die schönsten Deutschen Weihnachtslieder
Lieder: Es kommt ein Schiff geladen; Es ist ein Ros' entsprungen; Maria durch ein' Dornwald ging; Macht hoch die Tür; Kommet ihr Hirten; Ihr Kinderlein kommet; Ich steh' an deiner Krippe hier; Vom Himmel hoch, o Englein kommt; Alle Jahre wieder; Leise rieselt der Schnee; Stille Nacht; In dulci júbilo; O du fröhliche. Weihnachtslieder von Peter Cornelius: Christbaum; Die Hirten; Die Könige; Simeon u.e.m. Laufzeit: ca. 60 Min.
Nr. P A0801 CD 12,95 €



Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt 50 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte. Das Marzipan-Herz der Coniserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 Marzipan-Herz 2,98 €



20 stimmungsvolle Weihnachts- und Winterkarten mit Umschlägen in einer dekorativen Schachtel
20 Weihnachtskarten mit weihnachtlich/winterlichen Fotomotiven
Nr. P A1189 Weihnachts- und Winterkarten 5,99 €



Holzkestchen Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
400 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5651 Marzipan 28,95 €



Holzkestchen Königsberger Marzipan Teekonfekt
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5653 Marzipan 14,90 €



Holzkestchen Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 Marzipan 15,90 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Unschuldige Soldaten

Berlin – „Verräter“ und Schlimmeres musste ein 16-jähriger russischer Schüler zu Hause an Beschimpfungen über sich ergehen lassen, weil er am Volkstrauertag bei einer Rede im Deutschen Bundestag Wehrmachtsoldaten als „unschuldig umgekommene Menschen“ bezeichnet hatte. Der russische Historiker Wladimir Ryschkow, seine Deutschlehrerin und andere sprangen ihm bei. Seine Hauptaussage sei humanistisch und pazifistisch gewesen. MRK

Freitod nach Vergewaltigung

Stockholm – Wie der österreichische „Wochenblick“ unter Berufung auf schwedische Quellen berichtet, hat sich eine 30-jährige Schwedin das Leben genommen, weil eine Richterin ihren mutmaßlichen Vergewaltiger, einen syrischen Asylsucher, aus „Mangel an Beweisen“ laufen gelassen hatte. Die Tat ereignete sich im Dorf Vittaryd in Småland. Dem Bericht zufolge waren am Tatort keine DNA-Spuren gesichert worden. H.H.

ZUR PERSON

Ein Merkel gegen Merkel

Früher schwamm er in der deutschen Olympiamannschaft von Mexiko 1968 über 400 Meter Lagen. Heute schwimmt Reinhard Merkel gegen den „Mainstream“ an. In der „FAZ“ hat der emeritierte Juraprofessor kürzlich einen Beitrag veröffentlicht, in dem er die Flüchtlingspolitik seiner Namensvetterin im Kanzleramt juristisch auseinandernimmt.

Merkel bezweifelt nicht nur, dass die immigrationspolitik der Regierung eine „hinreichende demokratische Deckung“ hatte, sondern rechnet akribisch anhand von Zahlen vor, dass der ganze Aufwand auch moralisch „eine gigantische Fehlinvestition“ war. An die 300 Milliarden Euro, so seine Rechnung, werde die Aufnahme und Versorgung der schon Zugewanderten in den nächsten zehn Jahren kosten. „Die Politik“, so sein Resümee, „sollte aufhören, der Bevölkerung diesen Wandel allein als Chance zu verkaufen, und sie allmählich auf dessen Zustimmung einstimmen.“

Kaum veröffentlicht, schlug sein Artikel hohe Wellen, und es passierte genau das, wovor Merkel warnt: Dass „unsere kosmopolitischen Eliten“ die Asylkrise zum „theoretischen Sperrgebiet“ erklären und mit dem Stigma des Populismus versehen.

Unpopuläre Meinungen zu vertreten – davor hat der 67-jährige Ex-Leistungssportler und Hamburger Rechtsprofessor keine Scheu. 2011 erklärte er in der „Zeit“, für die er von 1988 bis 1990 als Feuilletonredakteur tätig war, dass der Einsatz der NATO-Truppen in Libyen gegen geltendes Recht verstoße; der Einmarsch der Russen auf die Krim sei völkerrechtlich keine Annexion gewesen; und als Mitglied des Deutschen Ethikrates vertritt er kontroverse Ansichten zu Sterbehilfe und Embryonenforschung. Denkverbote kennt der Mann, der sich auf Kants Vernunftlehre beruft, nicht. H. Tews



Bild: H.-Boll-Stiftung/epress



Rolle vorwärts

Martin, du Guter

Was das mit dem Glyphosat sollte, warum Merkel dem Schulz schon wieder ihr Überleben verdankt, und wo Gabriel steht / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Die Sozialdemokraten taumeln ohnehin am Rande des Nervenzusammenbruchs, da schießt ihnen Landwirtschaftsminister Christian Schmidt auch noch diesen mit Glyphosat vergifteten Pfeil in die Rippen. Er trifft die Sozen, als sie sich gerade einen Weg zu bahnen versuchen durchs stachelige Gestrüpp ihrer „Niemals wieder!“-Schwüre hin zu einer Dann-eben-doch-Groko.

Hat er das mit Absicht gemacht? Wenn ja, mit welcher? Oder war es gar die pure Lust am Piesacken?

Mit seiner merkwürdig zittrigen Rechtfertigung im ARD-„Morgenmagazin“ goss der Christsoziale erst recht Öl ins Feuer der schwelenden Verschwörungstheorien: Wenn wir ihn richtig verstanden haben, war seine Zustimmung, dass das Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat weitere fünf Jahre genehmigt bleibt, nämlich gar nicht nötig. Die EU-Kommission hätte das sowieso durchgewinkt, behauptet Schmidt. Ach ja? Dann hätte er sich doch enthalten können! Somit müssen ihn also andere als sachliche Gründe angetrieben haben.

Die Kanzlerin weiß angeblich von nichts. Klug von ihr. Schließlich wartet sie hungrig darauf, im dritten Gang des Groko-Menüs die Reste zu verspeisen, die von der ehemaligen roten Volkspartei noch auf dem Teller liegen. Da wäre jede Verstimmung, die man auf sie persönlich zurückverfolgen könnte, klimaschädlich.

Ach, hätte die Merkel ihren Martin nicht! Nicht auszudenken, wie schwierig alles geworden wäre: Der Schulz war es, der seine Partei gleich zu Beginn der Wahlkampagne aufs falsche Thema setzte, die „Gerechtigkeit“. Der Gaul zog nicht, weil die Deutschen gebannt auf die Asylkrise blickten und ärgerlich schnell erkannten, was Schulzens „Gerechtigkeits“-Gerede wirklich war: ein Ablenkungsmanöver.

Ein Manöver aber immerhin, welches dafür sorgte, dass der Abstand zwischen Union und SPD annähernd gleich blieb, auch wenn beide in die Tiefe rauschten. Die Tiefe war Merkel egal, auf den Abstand kam es an.

Noch am Wahlabend beschenkte Schulz die CDU-Chefin mit seiner kategorischen Ablehnung einer weiteren Groko ein zweites Mal. Denn damit erklärte sich der gerupfte SPD-Kandidat zum eigentlichen Wahlverlierer, weshalb Merkel so tun konnte, als habe sie von der Co-Niederlage ihrer Union gar nichts mitbekommen.

Nach der Havarie am Strand von Jamaika hätte der SPD-Vorsitzende auf die Idee kommen können, Merks Kopf als Preis für die Dann-eben-doch-Groko zu fordern. Damit wäre sein schmäliches Umfallen in den Mantel einer heldenhaften Attacke auf die „mächtigste Frau der Welt“ gehüllt worden, in dem selbst einer wie Schulz aussieht wie ein Mann, der Geschichte macht!

Davon hätten wir alle was gehabt, denn die Spannung hätte sich ins Unermessliche geschraubt. Merkel sagt ja immerzu, dass sie nur und ausschließlich weiterregieren will (ja muss!), damit „Deutschland eine stabile Regierung“ behält. Es wäre doch überaus reizvoll gewesen zu erfahren, wie sich die CDU-Vorsitzende herausredet, wenn diese „stabile Regierung“ nur für den Preis ihres höchstpersönlichen Abschieds von der Macht zu haben gewesen wäre.

Hätte, wäre – ist aber nicht. Denn Schulz ist nicht der Mann, der Geschichte macht, er ist bloß der Martin, der nach der Devise vorgeht: Warum eine Sache nur zur Hälfte vergeigen, wenn man sie auch komplett in den Sand setzen kann?

Folgerichtig verbrannte er zuerst all die prächtigen Vorschusslorbeeren, die ihm vergangenen Februar zugeflogen waren, bis zum Wahltag zu grauer Asche. Danach manövrierte er seine Partei in die erbärmlichste Ausgangsposition für Verhandlungen über eine neue Groko, auf die man nur sinken konnte.

Ganz nebenbei tut er allerdings auch etwas für uns Wähler, indem er das Mysterium um Merks Dauerregentschaft lüftet. Wie macht sie das bloß, solange im

Sattel zu bleiben? Nicht gestürzt zu werden wie jeder andere, der eine derart verstolperte Energie-wende, einen ruinösen Dauerwortbruch beim Euro, eine brandgefährliche Grenzöffnung und ein katastrophales Wahlergebnis zu verantworten hat, um schließlich sogar an den Sondierungen für seine Wunsch-Koalition zu scheitern?

Ja, wie macht sie das? Endlich haben wir die Antwort: Gar nicht, das machen die anderen für sie, Leute wie Schulz. Während ihre Vorgänger im Turm der Macht von gefährlichen Falken umschwirrt wurden, flattern um Merks Bergfried nur schmalbrüstige Rot-

kehlchen, denen nach einer Umdrehung die Puste ausgeht. Grünen-Frontfrau Katrin Göring-Eckardt hat mit ihren entzückenden Wahlversprechen an Bienen und Schmetterlinge glänzend demonstriert, von welchem Kaliber sie ist. Was haben wir alle gelacht! Aber nur bis zu dem Moment, an dem wir uns daran erinnern, dass diese Frau beinahe mit an die Regierung gelangt wäre. Kinder sind ja niedlich, und kindische Erwachsene können auch ganz drollig aussehen. Doch wer sie bei stürmischer See auf der Brücke weiß, dem erstirbt das Grinsen.

Diese Erfahrung hat uns Christian Lindner versperrt, wofür Mediendeutschland die Freidemokraten gar nicht genug schelten kann.

Kanzlerin Merkel könnte sich im Grunde zurücklehnen und abwarten, bis ihr die verstörte und verwirrte SPD schlapp in den Schoß fällt. Zumal sie bei den Sozialdemokraten nicht nur den Schulz hat, sondern überdies einen Verbündeten von richtigem Wert. Nämlich einen, der allem Anschein nach wirklich was zu sagen hat bei den Sozis: Sigmar Gabriel will, so heißt es aus Berlin, vor allem eines: Außenminister bleiben.

Der Job gefällt dem behäbigen Niedersachsen ausnehmend gut. Schöne Reisen, hübsche Bilder für die heimische Presse, toll! Außer-

dem passt Gabriel wunderbar zur Kanzlerin: Auch von ihm ist keine Meinung überliefert, die er länger vertreten hätte, als es ihm taktisch opportun erschien. Da ist er ganz nahe bei der CDU-Chefin.

Es dürfte also alles reibungslos laufen mit der nächsten Groko. Danach wird von der SPD außer bleichen Knochen nichts übrig bleiben, aber wen schert's? Gabriel ist 2021 bereits 62 Jahre alt und hat seine Schäffchen im Trockenen. Er könnte Bücher schreiben über „Die SPD: Berichte von Zeitzeugen, die diesen Laden noch lebend gesehen haben“. Gruselgeschichten gehen immer.

Und wer kümmert sich nach dem Tod der SPD um die Arbeiter? Das könnte die FDP übernehmen. Ich scherze, sagen Sie? Keineswegs: Erinnern Sie sich an die Fernsehberichte über die Jamaika-Verhandlungen? Oft sahen wir am Anfang, wie die Delegationen zum Tagungsort schritten. Draußen vor der Tür hörte man vernehmlich Trillerpfeifen und Rufe von Demonstranten, die wir aber fast nie zu sehen bekamen. Erstaunlich, wo unsere TV-Sender doch sonst jeden Fünf-Mann-Aufmarsch auf die ganz große Bühne hieven, sofern ihnen das Anliegen der „engagierten Aktivisten“ in den Kram passt.

Einmal bekam ich die Demonstranten dann doch zu sehen: Es waren Kohlekumpel von der Lausitz. Dann geschah das Unglaubliche: Als sich die FDP-Verhandler Linder und Wolfgang Kubicki an die Protestierer wandten, jubelten ihnen die Arbeiter zu, stärkten die Gewerkschafter den Liberalen die Rücken, dass die nur ja hart bleiben mögen im Widerstand gegen die Grünen.

Demonstrierende Arbeiter beklatschen die FDP-Spitze, sehen in den Liberalen die letzten aufrechten Kämpfer für die Rechte des einfachen Malochers. Die FDP, die bis eben noch für jeden, der sich „Arbeiter“ nannte, direkt aus dem Schlund der „neoliberalen“ Hölle entstieg war, wohin sie gefälligst auch zurückkehren sollte! Es ist ja immer aufregend mit anzusehen, wenn die Geschichte kopfsteht. Aber solch pittoreske Akrobatik hat uns die Historie schon lange nicht mehr bieten können.

MEINUNGEN

Die Junge Union (JU) Düsseldorf hat den Rücktritt von Angela Merkel gefordert und damit für Aufsehen gesorgt. Der Düsseldorfer JU-Vorsitzende Ulrich Wensel wundert sich in der „Welt“ (23. November) über die Haltung in seiner Partei gegenüber Merkel:

„Ich kann mir diesen bedingungslosen Kadavergehorsam auch nicht so richtig erklären. Vermutlich liegt es an einer abgehobenen Politikerblase. Wenn ich bei uns im CDU-Kreisvorstand Düsseldorf oder in anderen Gremien die Wahlanalysen höre, frage ich mich, ob ich in einer anderen Welt lebe als viele Funktionsträger. Je höher man in die Ebene kommt, desto realitätsferner wird man wohl leider.“

Stefan Winterbauer kritisiert im Medienmagazin „Meedia“ (22. November), dass die großen TV-Kanäle die erste Rede von AfD-Co-Fraktionschefin Alice Weidel im Bundestag komplett ignoriert haben:

„Natürlich wäre die erste Rede der AfD-Abgeordneten ein Nachrichtenthema gewesen und ein Thema für Analyse und Kommentar. Man muss ja nicht gut finden, was sie sagt. Man kann kritisieren an Form und Inhalt, sich thematisch auseinandersetzen. Aber dieses massive Wegschauen ist irritierend und falsch, zumal es wegen Facebook & Co. nicht funktioniert ... Medienvertreter klagen viel über Facebook, dass das Social Network ihnen Werbegelder und Aufmerksamkeit nimmt. Die Sache mit der Weidel-Rede könnte ein Fingerzeig sein, warum das so ist.“

Peter Haisenko erläutert im Netzportal „Anderweltonline“ (26. November), warum eine Minderheitsregierung für Lobbyisten ungeahnte Probleme brächte:

„Bislang läuft es so: Ein Lobbyist ‚überzeugt‘ einen hochrangigen Abgeordneten/Parteifunktionär, dass die Interessen seines Auftraggebers auch die seinen sind. Nachdem der Abgeordnete über sein Netzwerk die Fraktionsspitze eingebunden hat, wird über den Fraktionszwang zugunsten der Interessen des Lobbyisten zuverlässig ‚abgestimmt‘. Mit einer Minderheitsregierung und grundgesetzkonformem Verbot des Fraktionszwangs geht das nicht mehr so einfach.“

Auch Cora Stephan freut sich auf eine Minderheitsregierung. Auf „NDR-Info“ (26. November) erklärt sie, warum:

„Endlich kann gestritten werden, ohne stets nach dem Konsens zu gieren. Eine Minderheitsregierung könnte keine Alternativlosigkeit mehr behaupten und müsste um jeden Punkt ringen. Was für eine Chance für ein Parlament, das sich in den letzten Jahren viel zu oft vor seiner Aufgabe gedrückt hat, nämlich im Interesse der Wähler, der Freiheit und einer aufgeklärten Öffentlichkeit zu streiten.“

Fritz Esser erklärt in der „Bild“-Zeitung (27. November), was uns die Terrorgefahr noch einbringen wird:

„Früher oder später müssen Glühwein und gebrannte Mandeln dadurch teurer werden. Dann zahlen wir den Preis: 3,50 Euro plus zehn Cent Betonzuschlag für den Erhalt unseres Lebens.“